Prozeß gegen Professor Sigrist Seite 7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 20 vom 16. Mai 1980 14. Jahrgang 1 DM

50 000 demonstrierten für den Frieden

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!

KPD/ML fordert: BRD raus aus der NATO, DDR raus aus dem Warschauer Pakt!

Die militärische Provokation der amerikanischen Imperialisten gegen den Iran und die dreiste Verteidigung der amerikanischen Kriegsabenteuer durch die westdeutsche Bundesregierung haben neue und verstärkte Aktionen der Werktätigen und der Jugend gegen die wachsende Kriegsgefahr hervorgerufen.

Stand schon der 1. Mai ganz im Zeichen der explosiven internationalen Lage, so setzten die Demonstrationen und Kundgebungen zum 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, neue Akzente. Allein in Mannheim, Hannover und München gingen am vergangenen Wochenende annähernd 50 000 Menschen auf die Straße. Schon am Donnerstag demonstrierten über 10 000 Westberliner gegen den Krieg.

10 000 protestierten bereits am Dienstag, den 6. Mai gegen die von der Bundesregierung in Szene gesetzte militaristische Veranstaltung im Bremer Weserstadion.



Die Bewegung gegen die wachsende Kriegsgefahr gewinnt nicht nur an Breite und Intensität, sie wird auch politisch konkreter. Immer deutlicher werden Roß und Reiter benannt, immer öfter werden die Hauptkriegstreiber beim Namen genannt. Immer deutlicher richtet sich der Zorn der Friedensbewegung gegen die **beiden** Supermächte, gegen die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und gegen die Provokation der USA im Iran. In diesem Zusammenhang gerät die Bundesregierung, insbesondere ihre friedensgefährdende Bündnistreue mit den USA, ins Kreuzfeuer der Kritik.

Zunehmend gewinnt auch die Forderung nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO Unterstützung, eine Forderung, für die unsere Partei immer gekämpft hat und in deren Verwirklichung wir einen entscheidenden Schritt beim Kampf um die Verhinderung eines neuen imperialistischen Weltkriegs sehen.



„Wir fühlen uns bedroht..."

Rund zehntausend Schüler, Lehrer und Eltern zogen am Freitag vergangener Woche durch Freiburgs Innenstadt. Trotz eines Verbots durch die Schulbehörden und angedrohter Strafmaßnahmen organisierten die Schüler der Freiburger Schulen einen Schülerstreik und eine Demonstration für die sofortige Stillegung des französischen Atomkraftwerks Fessenheim an der deutsch-französischen Grenze. Seit Januar dieses Jahres war es in diesem AKW bereits das vierte Mal zu einem Störfall gekommen. Für die bedrohte Bevölkerung auf deutscher Seite gibt es bislang keinerlei Vorsorge und Schutzmaßnahmen im Hinblick auf einen eventuellen Katastrophenfall. „Lieber illegal streiken, als legal sterben!" stand auf einem Transparent. Eine andere Parole lautet: „Wir fühlen uns bedroht, in Fessenheim ruht der Tod!" Inzwischen wurde gemeldet, daß einer der Reaktoren abgeschaltet wurde. Er soll auf eventuelle Haarrisse hin untersucht werden.

IG-Druck-Vorsitzender Mahlein:

Arbeitslosigkeit ist eine ungeheure Anklage!

Kritik an sozialpartnerschaftlicher Orientierung des DGB

FRANKFURT.— Auf der Konferenz des Landesverbands Hessen der Industriegewerkschaft Druck und Papier sprach sich der Gewerkschaftsvorsitzende Leonhard Mahlein erneut für eine klassenkämpferische Orientierung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften aus. Zugleich kritisierte Mahlein, daß der Bundesvorstand des DGB die gewerkschaftlichen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 1980 zurückziehen will.

Leonhard Mahlein sagte auf der Frankfurter Verbandstagung seiner Gewerkschaft, es sei eine *„verhängnisvolle Illusion zu glauben, durch Kooperation mit den Unternehmern könnte das materielle Lohninteresse der arbeitenden Menschen langfristig gesichert werden"*. Die sozialpartnerschaftliche Orientierung im DGB sei *„ein wesentliches Hemmnis bei der Kraftentfaltung der Gewerkschaften"*.

Der IG-Druck-Vorsitzende nahm auch Stellung zu der Haltung, die für konsequente Gewerkschafter aus der Tatsache folgt, daß die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik sich zunehmend als ein Grundübel der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung erweist: Die Arbeitslosigkeit sei eine *„ungeheure Anklage gegen ein System, das sich so gerne mit dem Etikett Wohlstandsgesellschaft schmückt und Anspruch auf das Wort ‚frei' erhebt"*.

Das Zurückziehen der Wahlprüfsteine, an denen die Gewerkschafter die politischen Parteien und ihre Kandidaten messen sollten, verurteilte Mahlein als einen Schritt zur *„Entpolitisierung der Gewerkschaftsarbeit"*.

Tandler ist ein Provokateur

MÜNCHEN.— Als der bayrische Innenminister Gerold Tandler den Bericht des bayrischen Verfassungsschutzes vorlegte, äußerte er sich über den im Aufschwung begriffenen Rechtsradikalismus. Auf die Frage nach dem Grund verstärkter neofaschistischer Aktivitäten hatte der Kampfgefährte Franz Josef Strauß' eine verblüffende und zugleich empörende Erklärung: Die Ausstrahlung des Films „Holocaust" im vergangenen Jahr hätte den Neofaschismus aufblühen lassen.

Da aber bekanntermaßen die fehlende Aufklärung über die jüngste deutsche Geschichte manchen Jugendlichen die Verführungskünsten der Nazis ausliefert, da aber bekanntlich die fehlende staatliche Verfolgung neofaschistischer Aktivitäten die Nazis zu Provokation und Terror ermuntert, kann man den bayrischen Innenminister nur als instinktlosen Provokateur bezeichnen, oder sollte er das mit Bedacht gesagt haben? Ist er etwa ein Sympathisant der Nazis?

Olympische Spiele

NOK-Präsidium für Boykott

Mißachtung des Willens der Sportler

FRANKFURT.— Eine Vorentscheidung im Streit um die Teilnahme der westdeutschen Sportler an den Sommerspielen in Moskau ist am Wochenende gefallen. Mit zwölf gegen sieben Stimmen bei einer Enthaltung sprach sich das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees für den von Carter und Schmidt geforderten Boykott aus.

Damit haben sich im Präsidium die reaktionären Elemente, wie der Flick-Manager und Kriegswaffenproduzent von Brauchitsch und der ehemalige Polizeiminister Weyer durchgesetzt. Der Vorsitzende des NOK, Willi Daume, stimmte für die Teilnahme an der Sommer-Olympiade. Die endgültige Entscheidung wird in dieser Woche auf der NOK-Versammlung fallen, wo etwa zwei Drittel der Stimmen auf die Sportverbände entfallen. Dort wird sich dann zeigen, ob die Mehrzahl der Funktionäre bereit ist, dem reaktionären Druck aus Washington und Bonn zu weichen, oder ob sie sich so entscheidet, wie es die Sportler selbst und die demokratische Öffentlichkeit erwarten, nämlich für die Olympischen Spiele, für die westdeutsche Beteiligung in Moskau.

Willi Daume befürchtet inzwischen, daß sich der westdeutsche Sport mit einer Boykottlinie nach dem Wunsch Carters vom übrigen Westeuropa isolieren könnte. Tatsächlich haben sich bisher die NOKs von Britannien, Italien, Dänemark, Griechenland, Schweden, Finnland, San Marino und der Schweiz trotz zum Teil starken Drucks der jeweiligen Regierungen für den Start in Moskau ausgesprochen. In Frankreich fiel am Dienstag die Entscheidung. Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Arbeitskampf in Schweden abgebrochen

Kollegen wurden um Lohnerhöhung betrogen

Der Aussperrungsterror blieb unbeantwortet

STOCKHOLM.— Der größte Arbeitskampf in der Geschichte Schwedens ist vergangenen Sonntagabend abgebrochen worden. Die Gewerkschaftsführung ließ sich trotz zweistelliger Inflationsrate mit einem Abschluß in Höhe von 7 Prozent abspeisen. Die streikenden Arbeiter und Angestellten wurden um eine echte Lohnerhöhung betrogen.

Der Arbeitskampf hatte Anfang Mai seinen Höhepunkt erreicht, als die Gewerkschaften das provokatorische Angebot der staatlichen Schlichtungskommission in Höhe von 2,3 Prozent zurückwiesen.

100 000 traten in den Streik. Im Gegenzug inszenierten die Unternehmer eine brutale Machtdemonstration und sperrten 800 000 Kollegen aus.

Hatte die Führung der Gewerkschaft noch in den letzten Aprilwochen für den Fall einer Aussperrung den Generalstreik angekündigt, so war angesichts der vollzogenen Aussperrung davon keine Rede mehr. So wurden die Gewerkschafter in die Defensive gedrängt. Der erste Schritt zum Verrat war vollzogen.

Trotzdem blieb die Kampfentschlossenheit der Arbeiter und Angestellten ungebrochen. Sie waren bereit, die Wirtschaft des ganzen Landes lahmzulegen, um den Unternehmern die von der Gewerkschaft beschlossenen 11,3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung abzutrotzen.

Doch die Spitzenfunktionäre dachten anders. Sie wurden zu Vollstreckern der Unternehmerinteressen und sind somit mitverantwortlich für den abnehmenden Lebensstandard der Werktätigen in Schweden.



In Schweden standen alle Räder still. Auch der Fährbetrieb wurde bestreikt.

Kommentar

Noch immer sind die Auseinandersetzungen vor dem Bremer Weserstadion nicht aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse verschwunden. Aber da wird nicht etwa das Anliegen der 10000 Kriegsgegner diskutiert, die ihren Protest gegen die NATO-Veranstaltung im Stadion mit einer der machtvollsten Demonstrationen zum Ausdruck brachten, die Bremen in der jüngsten Zeit erlebte.

Die Bremer Friedensdemonstration

Nein, diese — von der Strauß-Partei immer wieder angeheizte — Diskussion ist ausschließlich auf eine Erscheinung am Rande der großen Friedensdemonstration reduziert: auf die blutigen Krawalle einer Handvoll anarchistischer Provokateure. Und das Ganze läuft ab unter der Fragestellung „Wer hat Schuld?", wobei in bekannter Manier Strauß und seine Gefolgsleute die SPD als „Sicherheitsrisiko" an den Pranger stellen und alle Bonner Parteien gemeinsam den Kommunisten und anderen demokratischen Kräften die Verantwortung für die anarchistischen Ausschreitungen in die Schuhe schieben.

Aber bleiben wir einmal bei dieser Frage: Wer trägt denn wirklich die Verantwortung für die Ereignisse vom Bremer Weserstadion? Es sind die Schmidt, Carstens, Strauß, Apel, Koschnik und Co. selbst, diejenigen, die die Vereidigung einiger hundert Bundeswehrsoldaten zu einer militaristischen Propagandaschau für die NATO aufgeblasen haben. Sie sind die eigentlichen, die wirklichen Provokateure. Denn wie anders als eine schwere Provokation aller friedliebenden Kräfte sollte denn dieses Militärspektakel genannt werden? Gerade in einer Situation, wo der Präsident der USA, der eigentliche Oberbefehlshaber der NATO, die Welt durch seinen aggressiven Kurs an den Rand des Krieges bringt, soll dieser Kriegspakt mit einer Zeremonie gefeiert werden, die an unselige wilhelminische und Hitlersche Zeiten erinnert.

Was die Ausschreitungen der Spontis betrifft, so haben sich ja bekanntlich die an der großen antimilitaristischen Demonstration beteiligten Organisationen — darunter auch unsere Partei — davon distanziert. Das ist die eine Sache. Eine andere aber ist das gespielte „Entsetzen" der bürgerlichen Politiker darüber. Sie, die in Treue fest zum Kriegsbrandstifter Carter stehen, haben wahrlich nicht das geringste Recht, sich über ein paar Brandsätze und Rauchbomben zu ereifern. Welcher Hohn, wenn ausgerechnet die reaktionärsten Elemente aus der Strauß-Partei die „armen Soldaten" im Weserstadion bejammerten. Sind es doch die gleichen Typen, die schon seit Monaten verlangen, daß gefälligst auch Bundeswehrsoldaten in den Mittleren Osten entstandt werden, um sich dort als Kanonenfutter im Krieg ums Öl verheizen zu lassen.

Das ganze Geschrei, das immer noch um die erwähnten Randerscheinungen der Bremer Demonstration gemacht wird, darf aber über eines nicht hinwegtäuschen: Die Sache ist den Herren in Bonn mächtig in die Knochen gefahren. Nicht die ausgebrannten Bundeswehr- und Polizeiwagen haben sie verstört, sondern die Tatsache, daß die demokratischen Kräfte in Bremen einmütig das NATO-Spektakel abgelehnt und darauf mit einer derart machtvollen Demonstration geantwortet haben.

Bezeichnend dafür ist etwa die Tatsache, daß die Bundesregierung in ihrer Erklärung zu den „Ausschreitungen in Bremen" den größten Teil des Textes darauf verwandte, die Existenz der Bundeswehr und ihre Eingliederung in die NATO zu rechtfertigen. Strauß und Kohl zeigten sich tief beunruhigt über die breite „Aktionsgemeinschaft von Jusos, Gewerkschaftern und Kommunisten" gegen den Bonner Kriegskurs. Bezeichnend auch, daß die „Zeit" in der letzten Woche mit der Schlagzeile „Droht uns ein neues ‚Ohne mich'?" erschien und damit auf die große „Ohne-mich"-Bewegung gegen die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren anspielte.

Der Bonner Staat und seine Propagandisten fürchten also, daß Bremen der Anstoß für eine neue antimilitaristische Massenbewegung war. An uns wird es liegen, daß dies nicht bloß Befürchtung des Klassengegners bleibt, sondern daß es zur Realität des Klassenkampfes in unserem Land wird.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Landtagswahl in NRW

Schwere Niederlage für Strauß

SPD wird allein regieren

DÜSSELDORF.— Starke Verluste für die CDU und die absolute Mehrheit für die SPD brachte die Landtagswahl vom Sonntag in Nordrhein-Westfalen. Auch die FDP mußte Verluste hinnehmen; sie wird im neuen Landtag nicht vertreten sein.

Nach den bislang vorliegenden Ergebnissen ist die Wahl im Ruhrgebiet entschieden worden. Hier konnte nämlich die SPD ihre Hochburgen nicht nur verteidigen, sondern durchweg noch Stimmen dazugewinnen. In einer Reihe von Städten des Reviers lag ihr Stimmenanteil deutlich über 60 Prozent. Diese bemerkenswerte Erscheinung läuft einem sonst feststellbaren Trend entgegen, nach dem die SPD — wie auch die anderen bürgerlichen Parteien — gerade in den Hochburgen im allgemeinen Stimmen verloren haben.

Die Ursache für die Umkehrung dieses Trends bei den Wahlen am Sonntag liegt eindeutig in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß. Die SPD hat zwar auf einen wirklich offensiven Wahlkampf gegen den CSU-Chef verzichtet. Sie hat jedoch mit Parolen wie „Wählen — statt Strauß" versucht, die bundespolitische Bedeutung der NRW-Wahl herauszustellen. Zudem hat sie sich in der letzten Woche noch mit dramatischen Appellen („Es steht auf Messers Schneide") an ihre Wähler gewandt und einen möglichen Wahlsieg der CDU in Düsseldorf als Vorentscheidung für einen Strauß-Sieg in Bonn gewertet.

Wenn es also der SPD gelungen ist, in breitem Maße gerade die Werktätigen im Ruhrgebiet zu mobilisieren, dann ist das Ergebnis in hohem Maße als Votum gegen Strauß zu werten. Mit dem Sieg der SPD setzt sich zudem die Linie der letzten Landtagswahl im Saarland fort, wo die CDU noch höhere Verluste — nämlich 5,1 Prozent — hatte hinnehmen müssen. Nach der Saar-Wahl hatten ja selbst hohe CDU-Funktionäre unter dem Eindruck des ersten Schocks Strauß die Schuld an der Niederlage ihrer Partei gegeben.

Der CSU-Chef selbst bestritt am Sonntag erwartungsgemäß jeden negativen Einfluß seiner Kanidatur auf das schlechte Wahlergebnis in NRW. Er machte in seiner ersten Erklärung die „Vorsehung" und untergründig seine Parteifreunde in NRW darauf verantwortlich. (Aber gerade deren Spitzenkandidat Biedenkopf hat sich in den letzten Monaten als enger Gefolgsmann von Strauß hervorgetan.) Im Gegensatz zu den anderen Parteien, so sagte Strauß, hätte die CDU mit keinem einzigen Plakat ihres Kanzlerkandidaten im Wahlkampf von NRW geworben. Gerade diese Tatsache spricht ja dafür, daß die CDU wohl gute Gründe dafür gehabt hat, ihren bayrischen Spitzenmann zu verstecken. Auf der gleichen Linie liegt auch der Verzicht von Strauß auf eine im letzten Jahr noch großmäulig angekündigte Wahlkampftournee durch das Ruhrgebiet.



Anti-Strauß-Demonstration in Essen.

Wenn der Kandidat der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals jetzt auch einen empfindlichen Dämpfer bekommen hat, so besteht doch kein Grund dafür, im Kampf gegen seinen nach wie vor behaupteten Machtanspruch nachzulassen. Durch Wahlgewinne für die SPD — sei es in Düsseldorf oder in Bonn — können Strauß und das von ihm vertretene Programm nicht gestoppt werden. Denn es bleibt die Tatsache, daß die SPD-Führung in allen Bereichen einen Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes vollständig entgegengesetzten Kurs steuert. Man denke nur an ihre bedingungslose Vasallentreue gegenüber dem Kriegstreiber Carter.

Der weitere Aufbau der Volksfront zu einer wirklichen Massenorganisation der arbeitenden Menschen, ihre Kandidatur bei den Bundestagswahlen sind also notwendiger denn je. Was die Wahlbeteiligung der Volksfront betrifft, so haben die Landtagswahlen vom Sonntag durchaus günstige Perspektiven eröffnet. Zum einen hat das Votum noch einmal die breite Ablehnung des Straußschen Programms durch die Werktätigen bekräftigt. Zum anderen werden es die deutliche Niederlage der CDU und der klare Sieg der SPD auch erleichtern, der reaktionären Propaganda mit der „verlorenen Stimme" entgegenzuarbeiten und herauszustellen, daß es nicht darum gehen wird, für irgendein „kleineres Übel", sondern für eine wirkliche Alternative zu stimmen.

Zudem sind in NRW auch die Grünen an ihre Grenzen gestoßen. Die konnten ihr Ziel, in den Landtagen einzuziehen, nicht erreichen und nur das Ergebnis der Europawahlen mit etwa drei Prozent halten. Die Grünen, deren Programm auch nach dem „Linksruck" auf ihrem Saarbrücker Parteitag stark von reaktionären, arbeiterfeindlichen Vorstellungen durchsetzt ist, konnten vor allem im Ruhrgebiet keine Erfolge erzielen. Sie werden von den Werktätigen zu Recht nicht als Alternative zu den Bonner Parteien angesehen.

Weg mit der Fünfprozentklausel

Das Wahlergebnis vom Sonntag hat ein bezeichnendes Schlaglicht auf eine der Spezialitäten des Bonner Staates geworfen: auf die reaktionäre Fünfprozentklausel. Ihr ist es zu verdanken, daß mehr als acht Prozent der Wähler um ihre Stimme betrogen wurden. Weit über eine Million Wahlberechtigte, die für die FDP, die Grünen und kleinere Parteien votiert hatten, gaben ihren Wahlschein faktisch für den Papierkorb ab.

Das ist eine klare Vergewaltigung des Wählerwillens und spricht allem Gerede über den demokratischen Charakter der Wahlen Hohn. Dieses Mal hat die Fünfprozentklausel auch die FDP getroffen, was nicht unbedingt im Sinne ihrer Erfinder sein mag. Denn sie haben dieses Instrument zur Verfälschung des Wählerwillens in der Absicht geschaffen, eine Monopolstellung der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten zu schaffen und alle revolutionären und wirklich demokratischen Kräfte davon fernzuhalten.

Es ist zu einem großen Teil dieser Klausel zu verdanken, daß bei den Wahlen die infame Propaganda mit der „verlorenen Stimme" immer wieder zum Tragen kommt, daß sich viele Wähler gegen ihre Überzeugung für eine der großen bürgerlichen Parteien entscheiden, weil sie befürchten, daß sonst ihre Stimme nicht mitgezählt wird. Den undemokratischen Charakter der Fünfprozentklausel hat indirekt sogar das Bundesverfassungsgericht bestätigt, als es 1957 feststellte, sie würde eine „getreue verhältnismäßige Abbildung der politischen Meinungsschichten im Volk" unmöglich machen. Allerdings sah das BVG trotz dieser offenkundigen Tatsache keinen Anlaß, die reaktionäre Klausel aus der Welt zu schaffen.

Auch dieses Gericht verteidigte die Fünfprozentklausel mit dem Hinweis, sonst „könnte sich eine Aufspaltung der Volksvertretung in viele kleine Gruppen ergeben, die die Meinungsbildung erschweren oder verhindern würde". Damit wird faktisch eingestanden, daß es hier im wesentlichen darum geht, den großen bürgerlichen Parteien in den Parlamenten Ruhe für die „Meinungsbildung", die Verständigung über ihre volksfeindliche Politik, zu verschaffen. Für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ist gerade das Wahlergebnis von NRW ein Anlaß, erneut die Forderung nach einer Abschaffung der reaktionären Fünfprozentklausel zu erheben.

Sympathiekundgebung für Paul Plumeyer

OSNABRÜCK.— Die Tatsache, daß die Opposition gegen seine arbeiterfeindliche Politik und sein ständiges Mißachten der innergewerkschaftlichen Demokratie stärker geworden ist, veranlaßt IG-Chemie-Chef Hauenschild zu der Äußerung, die IG Chemie laufe Gefahr, für eine „Wirrwarrgewerkschaft" gehalten zu werden.

Hauenschild beklagte auf der niedersächsischen Bezirkskonferenz der IG Chemie, daß ihm keine unbedingte Loyalität mehr gezollt werde. In der Tat hatte der IG-Chemie-Chef auch auf dieser Konferenz Schwierigkeiten, eine Mehrheit für seinen reaktionären Kurs zu erhalten.

Am vergangenen Wochenende fanden gleichzeitig auch Delegiertenkonferenzen für die Bezirke Rheinland-Pfalz, Nordrhein und Westfalen statt, die der Vorbereitung des Gewerkschaftstages dienten. Auf diesen Konferenzen gelang es den mit Paul Plumeyer sympathisierenden Kräften teilweise, gegen den Widerstand der Hauenschild-Fraktion Delegierte durchzubringen.

Die rheinland-pfälzische Konferenz lehnte in einem Antrag die Empfehlung des Hauptvorstands für eine Satzungsänderung ab, die ein undemokratisches Bestellen von nicht ordnungsgemäß gewählten Vertrauensleuten ermöglicht. Die Delegiertenkonferenz für den Bezirk Westfalen, auf der Paul Plumeyer sprach, entwickelte sich zu einer Sympathiekundgebung für den oppositionellen Plumeyer, den die Hauenschild-Gruppe aus dem Vorstand der IG Chemie hinausdrängen will.

Verlagsherren wollen Betriebsrat absetzen

HAMBURG.— Die Geschäftsleitung des Hamburger Heinrich-Bauer-Verlages hat angekündigt, daß sie ein Verfahren zur Amtsenthebung des Betriebsrates gemäß Paragraph 23 des Betriebsverfassungsgesetzes („Amtspflichtverletzung") einleiten wird.

Der Anlaß für diesen unerhörten Angriff auf die gewählte Belegschaftsvertretung: Zwei Betriebsratsmitglieder hatten am Rande einer Belegschaftsversammlung Kopien eines Artikels aus dem DGB-Jugendmagazin „ran" verteilt, der sich kritisch mit im Bauer-Verlag erscheinenden Zeitschriften befaßt (unter anderem: „Das Neue Blatt", „Sexy", „Quick", „Neue Revue").

Betriebsratsvorsitzender Norbert Neumann erklärte, seine beiden Kollegen hätten die Kopien außerhalb ihrer Arbeitszeit und außerhalb der Betriebsversammlung in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsmitglieder verteilt. Der Betriebsrat habe einstimmig festgestellt, daß es keinen Grund gäbe, sich von den beiden Kollegen — wie von der Geschäftsleitung gefordert wird — zu distanzieren.

Demonstration

Westberlin: 19. Mai, Anti-Strauß-Demonstration.
Abmarsch: 17.00 Uhr, ICC
Abschluß: Schloßstr./Knobelsdorfer Str.

Massendemonstration gegen NATO-Spektakel

Volkskorrespondenz aus Bremen zu den Ereignissen bei der Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980

Erinnern wir uns! Am 8. Mai 1945 kapitulierte die faschistische Werhmacht in Berlin-Karlshorst vor den Mächten der Anti-Hitler-Koalition. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", war der Wunsch des deutschen Volkes. Bereits 10 Jahre später wollten die Herrschenden in unserem Land nichts mehr davon wissen. Die Adenauer-Regierung betrieb die Wiederaufrüstung: 1955 Eintritt in die NATO, 1956 Aufbau der Bundeswehr durch faschistische Generäle der Hitler-Armee, die ersten Rekruten rükken in die Kasernen ein. Gegen diese Remilitarisierungspolitik wurde ein großer Widerstand in unserem Volke organisiert, mit dem in den 50er Jahren versucht wurde, die Wiederaufrüstung zu verhindern. 1956 verbietet das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Adenauer-Regierung die KPD. 1959 verabschiedet die SPD das „Godesberger Programm" und bekennt sich offen zur Bundeswehr und zur Remilitarisierungspolitik der Adenauer-Regierung. Damit ist scheinbar auch der letzte Widerstand in den Reihen der SPD gebrochen.

1969, mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition wird ein Sozialdemokrat, der heutige Bundeskanzler Schmidt von Willy Brandt zum Verteidigungsminister berufen. Seine Nachfolger sind der ehemalige reaktionäre Gewerkschaftsführer G. Leber und Hans Apel.

6. Mai 1980. Fast auf den Tag genau 35 Jahre nach der Kapitulation des Hitler-Faschismus findet im Bremer Weserstadion die öffentliche Vereidigung von 1 700 Bundeswehrrekruten auf Wunsch des Bundespräsidenten statt, dessen braune Vergangenheit hinlänglich bekannt ist.

Als in der Öffentlichkeit das geplante Militaristen-Spektakel bekannt wird, formiert sich eine breite Widerstandsbewegung in der Bremer Bevölkerung. Denn angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr zwischen den Supermächten, dem NATO-Raketen-Beschluß, der Entsendung eines Bundeswehrflottenverbandes in den Indischen Ozean, der laut ausgesprochenen Forderung der reaktionärsten Kreise um Strauß und Dregger nach Einsatz von Bundeswehrsoldaten am Persischen Golf zur Sicherung der Ölquellen bedeutet die öffentliche Vereidigung eine unerhörte Provokation aller friedliebenden und antifaschistisch gesinnten Menschen in unserem Volk. Gleichzeitig soll damit auch die Bevölkerung psychologisch auf Aggression- und Kriegslüsternheit gedrillt und vorbereitet werden, ganz im Stile der Nazizeit **à la Sportpalaststimmung.** Der donnernde Gleichschritt des Militärstiefels auf unseren Straßen soll uns bereit machen für den Gedanken, die Soldaten eines Tages auch in den Krieg zu schicken.

Bürgermeister Koschnick war Ende März vom Bundesverteidigungsministerium über das geplante „Gelöbnis" im Weser-Stadion, das in Anwesenheit von Carstens und hoher NATO-Generale stattfinden sollte, informiert worden und hatte seine Zustimmung bereits gegeben. Sinngemäß: Das öffentliche Gelöbnis junger Soldaten sei kein Säbelrasseln, sondern dokumentiere sowohl das legitime Sicherheitsbedürfnis als auch das Friedensbewußtsein der Bundesrepublik. **Und prinzipiell könne die Veranstaltung im Weser-Stadion die Bündnistreue verdeutlichen.** Auch der SPD-Landesvorstand stellte sich hinter diese Position. Koschnick fuhr dann nach Washington, wo er als Vorsitzender des sicherheitspolitischen Ausschusses der SPD Gespräche mit der US-Regierung führte. Während seiner Abwesenheit formierte sich innerhalb der SPD ein beträchtlicher Widerstand gegen das geplante Zeremoniell. Trotz beschwörender Appelle von Koschnick und Apel hatten die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), die Jungsozialisten sowie Mehrheiten in den beiden Bremer SPD-Unterbezirken Ost und West Beschlüsse gegen die Feier im Stadion gefaßt. Ebenso sprachen sich die 14 Mitgliedsverbände des Landesjugendrings gegen das „militaristische Spektakel" im Weserstadion aus. Der SPD-Unterbezirk Bremen Ost zum Beispiel entschied sich mit 194 gegen 55 Stimmen gegen die geplante Vereidigung. In einem Brief des Vorsitzenden des Unterbezirks Bremen Ost, Hans-Dieter Müller, an Koschnick heißt es:

„Die Mehrheit der Bevölkerung ist zunehmend von Sorge, ja Angst um die Erhaltung des Friedens erfüllt... Aus der Tradition und gelegentlich unheilvollen Wankelmütigkeit unserer Partei in ähnlichen Lagen gibt es unserer Meinung nach heute nur eine Position für Sozialdemokraten: Unbeirrt und fest die Partei des Friedens und der Entspannung zu sein und alle politischen Handlungen und Äußerungen daran zu orientieren, unbeeinflußt von opportuner Rücksicht auf Teilwählergruppen oder Meinungsführer im konservativen Lager." (FR, 6.5.80)

Die Kritiker in den SPD-Reihen forderten entweder die Absetzung der Veranstaltung oder sie vom Stadion in die Kaserne zu verlegen. Koschnick, durch Verteidigungsminister Apel unter Druck gesetzt, lehnte die Vorschläge seiner Parteifreunde ab. Apel sagte zur Veranstaltung in einem Gespräch mit dem „Weser-Kurier" (23.4.80):

„Ich bin überzeugt, daß diese Veranstaltung viele interessierte Bürger bewegen wird, teilzunehmen. Es geht ja nicht um den feierlichen Augenblick der Vereidigung, sondern auch um die Rede des Herrn Bundespräsidenten, aber natürlich auch um das Zeremoniell des Zapfenstreiches, ein historisches Ereignis... Dieses aber ist eine friedliche Demonstration, die den Friedensauftrag der Bundeswehr unterstreicht. Unsere Strategie ist eine Kriegsverhinderungsstrategie."

So viele, wie Herr Apel es sich vorgestellt hatte, kamen nun aber nicht ins Stadion. Es mögen einige tausend gewesen sein, davon die Hälfte auf Bestellung: Offiziere, Feldjäger, Polizisten in Zivil, um im Falle eines Falles — man kann ja nie wissen — eventuelle „Protestler" zu verhaften. Denn dem Herrn Bundespräsidenten, der sich gerade für seine Heimatstadt diese öffentliche Veranstaltung gewünscht hatte, wollten die verantwortlichen Organisatoren eine Galaschau präsentieren. Vor möglichst vollen Rängen, versteht sich, da nun mal das Stadion knapp 30 000 Plätze hat.

Stattdessen aber hatten sich vor den Toren des Weser-Stadions am Osterdeich ca. 10 000 Menschen versammelt, um ihrer ablehnenden Haltung gegen die Militaristenschau Nachdruck zu verleihen.

Und das kam so. Es hatten sich in Bremen zwei Initiativen gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung gebildet. Die eine wurde hauptsächlich getragen von den Jungsozialisten, der SDAJ, der DKP, der VVN, Deutsche Friedens-Union, Teilen der im DGB organisierten Gewerkschaftsjugend, Jungdemokraten und Vertretern der evangelischen Kirche. Die andere Initiative wurde unterstützt von den Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, der KPD/ML, vom KBW, vom KB, verschiedenen anderen Initiativen und der Volksfront.

Diese Initiative führte eine Protestdemonstration vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt direkt bis vor das Weser-Stadion durch. Auf dem Weg dorthin passierte dieser Demonstrationszug einen anderen, nämlich den von den Jusos und ihnen nahestehender Gruppen, so daß es zu einer Vereinigung kam. Dieser Zug ging dann bis kurz vor das Weser-Stadion. Kurz vorher scherten dann einige hundert Teilnehmer der Juso-DKP-Demonstration aus, um eine eigene Kundgebung ca. 500 Meter vom Stadion entfernt abzuhalten.

Die anderen Teilnehmer, ca. 10 000, zogen direkt vors Stadion, wo es zu einer machtvollen vierstündigen Kundgebung gegen Carstens und die Militaristenschau kam.

Gleich zu Anfang, als die Demonstrationsspitze das Vorfeld des Stadions erreicht hatte, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den vor dem Weser-Stadion aufgestellten Polizeieinheiten und den Spontis. Diese Vorfälle sind in der bürgerlichen Presse und in den Medien wärmstens ausgeschlachtet worden.

Diese von den 100 bis 200 Spontis inszenierte Schlacht war ein Fehler und hat der Wirkung der machtvollen Demonstration geschadet. Denn so ist es den herrschenden Politikern und ihren Schreiberlingen in den Redaktionen der Zeitungen und den Rundfunk- und Fernsehanstalten gelungen, von der eigentlichen Bedeutung der Demonstration abzulenken, die Teilnehmer insgesamt zu verunglimpfen und schon den Ruf nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechtes lautwerden zu lassen.

Einigen Mitgliedern der Volksfront gelang es, mit Karte doch noch ins Weser-Stadion von hinten herum zu gelangen. Sie konnten ein großes Transparent entfalten (mit der Aufschrift „Volksfront — Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg — Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden) und es einige Zeit hochhalten, bis die zivilen Greifen kamen und ihnen das Transparent entrissen.

Auch regte sich nocht vereinzelt Protest und Widerstand im Stadion, der aber sofort durch Feldjäger und Zivilpolizei unterdrückt wurde — denn schließlich wollte man dem Herrn Bundespräsidenten in seiner Heimatstadt, zumindest im Stadion, eine gelungene Schau präsentieren — durch nichts getrübt — so, wie er es vielleicht aus alten Zeiten gewohnt war. Dem Herrn Bundespräsidenten werden aber sicherlich noch lange die Sprechchöre im Magen liegen, die an diesem Abend häufig über das Stadion hallten: *„Carstens raus aus Bremen!" „Keine Vereidigung im Weser-Stadion!"*

Wer im Stadion gegen das militaristische Spektakel protestierte, wurde festgenommen und abgeführt.



Am Boden liegende Demonstranten werden mißhandelt.



Mehrfach fuhr die Polizei mit Wasserwerfern direkt in die Menge vor dem Stadion hinein.



Ein Teil der Demonstration gegen die NATO-Feier im Weserstadion



Die Textilarbeiterinnen sind die Hauptleidtragenden des niedrigen Tarifabschlusses.

Trotz Warnstreiks in Baden-Württemberg:

Textil- und Bekleidungsabschluß nur 6,6 Prozent

Einmischung der Regierung in Tarifverhandlungen

Bei Redaktionsschluß lagen für die Textil- und Bekleidungsbranche die Abschlüsse von drei der insgesamt acht Tarifbezirke vor. Neben Aufbesserungen des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes wurden in den Tarifbezirken Hessen, Westfalen und Baden-Württemberg die Löhne und Gehälter für die knapp 200000 Beschäftigten um 6,6 Prozent angehoben, die Ausbildungsvergütung um 7,7 Prozent. Damit bleibt der Abschluß, der mit Sicherheit auch von den übrigen Tarifbezirken übernommen wird, nicht nur hinter der gewerkschaftlichen Forderung von 9 Prozent zurück, sondern auch hinter dem 6,8-Prozent-Abschluß der Metaller und gehört damit nach dem ÖTV-Abschluß zum schlechtesten der diesjährigen Tarifrunde.

Ist dieser Abschluß schon kaum in der Lage, die Teuerung des letzten Jahres auszugleichen, so wird er auf jeden Fall von den Preissteigerungen dieses Jahres vollends aufgezehrt werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird unter dem Strich sogar eine effektive Lohnsenkung herauskommen.

Dabei haben es die Gewerkschafter an der Demonstration ihres Kampfeswillens nicht fehlen lassen. In der ersten Maiwoche organisierten die Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) in zehn Betrieben des Tarifbezirks Baden-Württemberg Proteststreiks gegen das bis dahin vorliegende 5,8-Prozent-Angebot der Unternehmer, für die volle Durchsetzung der 9 Prozent. Insgesamt waren etwa 20000 Kollegen an Warnstreiks beteiligt.

Muß man in der diesjährigen Tarifrunde durch die Bank weg beobachten, daß die Spitzenfunktionäre der DGB-Gewerkschaften zu keiner Zeit die Kampfkraft der Mitgliedermassen in die Waagschale geworfen haben, so kommt in der Lohnrunde der Textil- und Bekleidungsbranche dazu, daß sich die Bonner Regierung direkt in die Tarifrunde eingemischt hat.

Bevor der Beirat der GTB – das höchste Gewerkschaftsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen – die endgültige Forderung beschloß, hatte Staatssekretär Würzen vom Bundeswirtschaftsministerium als Abgesandter des arbeiterfeindlichen Grafen Lambsdorff Gelegenheit, vor den Beiräten zu sprechen.

Der Staatssekretär ermahnte die Beiräte, nicht durch hohe Lohnforderungen das „Hauptziel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die Stabilisierung des Preisniveaus, zu gefährden". Entsprechend niedrig fiel der Forderungsbeschluß aus.

Gerade im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie wird deutlich, wohin Zugeständnisse solcher Art führen: zum Abbau des Lebensstandards der Werktätigen, zur Konsolidierung und Steigerung der Unternehmerprofite, zum weiteren Anreiz für Rationalisierung und Entlassung.

Schon vor der Tarifrunde waren die Löhne und Gehälter der etwa 312000 Beschäftigten der Branche im unteren Drittel der Lohnskala angesiedelt. Textilarbeiter haben einen durchschnittlichen Stundenlohn von 11,82 Mark. 25 Prozent weniger erhalten die Frauen. Sie verdienen im Durchschnitt 1496 Mark brutto.

Da sich Prozentabschlüsse ohnehin bei Niedriglöhnen entsprechend schmal ausnehmen, sind die werktätigen Frauen die Hauptleidtragenden des Tarifabschlusses.

Eindeutig als Sieger gingen die Unternehmer aus der Lohnrunde hervor. Die Leistungssteigerung der Branche in den letzten zehn Jahren war überdurchschnittlich hoch, 63 Prozent im Vergleich zu 36 Prozent im gesamtindustriellen Bereich. Allein 1979 sank die Zahl der Beschäftigten um 12000, die Produktion stieg gleichzeitig.

Während die Preise der Branchenerzeugnisse im letzten Jahr durchschnittlich um 4 bis 5 Prozent stiegen, sank der Lohnkostenanteil am Umsatz um 23,3 Prozent auf 22,8 Prozent. In dem Maße aber, wie die Lohnkosten sinken, steigen die Profite.

Kurz vor der Lohnrunde hatte das Info-Institut bei einer Befragung von 170 Textil- und Bekleidungsunternehmen festgestellt, daß 60 Prozent der befragten Unternehmen eine „Verringerung der Lohnkosten als vorrangiges Motiv für die Automatisierung" ansehen.

Das alles wußten auch die an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaftsfunktionäre. In vollem Bewußtsein haben sie den Unternehmern mit ihre „maßvollen" Abschlüsse den Weg zu weiteren Angriffen auf die Lebenslage der Werktätigen geebnet.

An der diesjährigen Lohnrunde wird wiederum deutlich, daß die führenden Männer im DGB systematisch die Interessen der Millionen Arbeiter und Angestellten verraten, daß sie eher zu Interessensvertretern der Unternehmer taugen als zu Gewerkschaftsführern.

Vetter und Co. weiter im Rückwärtsgang

DGB-Führung läßt Wahlprüfsteine fallen

„Strauß befiehl, wir folgen!"

DÜSSELDORF. — Wie der Presse der letzten Woche zu entnehmen ist, hat der DGB-Bundesvorstand mehrheitlich beschlossen, die im Entwurf vorliegenden Wahlprüfsteine ersatzlos zu streichen. Hand in Hand mit dieser Meldung gehen Gerüchte über Kontroversen in den Reihen des Bundesvorstands, namentlich zwischen DGB-Chef Vetter und IGM-Chef Loderer. Sie seien aber durch den Verzicht beigelegt.

Die zehn Prüfsteine, die im Entwurf vorlagen, beziehen sich auf die Forderung nach Vollbeschäftigung, Humanisierung des Arbeitslebens, Erhaltung der Gewerkschaftsrechte, Ausbau der sozialen Sicherung, Gleichberechtigung der Frauen, mehr Bildungschancen für die arbeitende Bevölkerung, unabhängigen Medien etc.

Kann man auch davon ausgehen, daß diese Prüfsteine in der Formulierung höchst unverbindlich bleiben und daß wesentliche Forderungen wie die nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung kaum vorkommen dürften, so ist doch nicht zu übersehen, daß vor allem die Politik der CDU/CSU einer solchen Prüfung kaum standhalten dürfte, was vor allem bei den Punkten Bildungspolitik (Gesamtschule), Medienprobleme (Privatfunk) oder Gewerkschaftsrechte (Streikrecht und Aussperrung) ins Auge fällt.

Zusätzlich dürften auch immer mehr Gewerkschafter Zweifel an der Aufrichtigkeit der SPD-Politiker in Parlament und Regierung kommen, die zwar im Gegensatz zur CDU/CSU des öfteren Forderungen der Arbeiterklasse im Munde führen, sie in Wirklichkeit jedoch mit Füßen treten.

Auf diesem Hintergrund besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Verabschiedung von Wahlprüfsteinen zu der Erkenntnis beitragen könnte, daß es gegenwärtig im Bundestag keine Partei gibt, die sich für die grundlegenden Interessen der Arbeiter und Angestellten einsetzt. Verständlich, daß diese Aussicht die auf die Sozialpartnerschaft eingeschworene DGB-Führung schrecken dürfte.



Steuert Franz Josef Strauß bereits die Politik der DGB-Führung?

Doch scheint hier noch ein anderer Grund für den Verzicht auf die Wahlprüfsteine zu bestehen. Interessanterweise wird laut „Frankfurter Rundschau" in DGB-Kreisen „energisch bestritten", daß der Verzicht auf die Wahlprüfsteine im Zusammenhang mit der Drohung Edmund Stoibers stehe, die CSU wolle den Gewerkschaften Gegenprüfsteine vorlegen, um so den DGB-Mitgliedern die „Erwartungen der Union an die Einheitsgewerkschaften" nahezubringen.

Muß man heute schon davon ausgehen, daß die Politik der DGB-Führung auf Dr. Stoibers Schreibtisch ausgearbeitet und formuliert wird? Leider ist diese Spekulation nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Gewerkschafter gegen Strauß

Für parteipolitische Unabhängigkeit — gegen politische Abstinenz

Gemeinsame Veranstaltung von IG Drupa und HBV

An einer Podiumsdiskussion nahmen teil: Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, Christian Götz, Pressesprecher der HBV und weitere Mitglieder der beiden Gewerkschaften.

Leonhard Mahlein erklärte in einem Diskussionsbeitrag, daß das Programm des Kandidaten nicht nur gegen unsere Einheitsgewerkschaft gerichtet sei, sondern gegen die internationale Arbeiterbewegung.

Ausdrücklich warnte er davor, den DGB-Gewerkschaften unter dem Vorwand von „Neutralität und Pluralismus" den Kampf gegen Strauß zu untersagen. „Parteipolitische Unabhängigkeit bedeutet keineswegs politische Abstinenz", erklärte Mahlein.

Genau in diese Kerbe schlagend, verurteilte ein anderer Kollege den jüngsten Beschluß des DGB-Bezirks Nordmark, der den Kampf gegen Strauß untersagen will, als „schädlich und unverantwortlich".

Immer deutlicher zeigt sich, daß sich in den DGB-Gewerkschaften zwei Strömungen angesichts der Kanzlerkandidatur des CSU-Chefs herauskristallisieren.

Die eine Strömung, die die überwiegende Mehrheit der DGB-Mitglieder unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung repräsentiert, tritt für den offensiven Kampf der DGB-Gewerkschaften gegen den Kandidaten ein, begreift die Gewerkschaften als Hüter der Demokratie.

Die andere Strömung, die vor allem durch die Spitzenfunktionäre des DGB um Vetter und Schwab, durch Reaktionäre wie Hauenschild, Schmidt und solche Gewerkschaftsfeinde wie die Vorstandsmitglieder des DGB-Bezirks Nordmark repräsentiert wird, setzt alle Hebel in Bewegung, um den Kampf der Gewerkschaften gegen Strauß zu stoppen.

Sind diese Vertreter der innergewerkschaftlichen Reaktion auch rein zahlenmäßig eine verschwindende Minderheit, so üben sie doch durch ihre Spitzenfunktionen beträchtlichen Einfluß auf den gesamten DGB aus und haben zur Zeit noch die Macht, mißliebige Funktionäre zu maßregeln und auszuschliessen.

Gerade diese Tatsache muß von den fortschrittlichen und antifaschistischen Gewerkschaftern unbedingt beachtet werden. Ihre Aufgabe ist es, für einen offensiven Kurs des gesamten DGB gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, gegen Strauß zu kämpfen. Die Voraussetzung dafür ist, den schädlichen Einfluß der reaktionären Spitzenfunktionäre organisiert zu brechen.

V-Leute kritisieren ÖTV-Abschluß

WESTBERLIN. — Die Vertrauensleuteversammlung des Westberliner Bezirksamts Spandau übte anläßlich der diesjährigen Lohnrunde im öffentlichen Dienst, die zu dem skandalösen 6,3-Prozent-Abschluß geführt hatte, scharfe Kritik am ÖTV-Hauptvorstand.

Die Kollegen kritisieren, daß der Abschluß nicht nur erheblich unter der ursprünglichen Forderung der ÖTV zurückbleibt, sondern auch hinter den Abschlüssen der anderen Branchen. Noch nicht einmal der tatsächliche Preisauftrieb werde durch die 6,3 Prozent abgedeckt.

Weiter verurteilten die Kollegen aus Spandau den ÖTV-Hauptvorstand, weil der Kampf für die Durchsetzung eines Mindestbetrags vollständig eingestellt wurde. Insgesamt werteten die Spandauer Kollegen das Verhandlungsergebnis als Rückschritt in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.

Sie formulierten ihre Kritikpunkte zu einem Antrag an den Westberliner Bezirksvorstand der ÖTV und gaben ihn gleichzeitig allen ÖTV-Betriebsgruppen in Westberlin zur Kenntnis.

IG Metall bekam recht

HAMM. — Als am 12. Dezember 1978 auf einen Aufruf der IG Metall hin etwa 150000 Metaller in mehr als 34 Städten durch Proteststreiks, Demonstrationen und Kundgebungen ihre Solidarität mit den streikenden und ausgesperrten Stahlarbeitern bekundeten, hat der Verband der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen beim Arbeitsgericht Hagen eine einstweilige Verfügung gegen weitere Aktionen erwirkt, die jedoch von anderen Arbeitsgerichten abgelehnt wurde.

Die erwirkte Verfügung wurde dann vom Landesarbeitsgericht in Düsseldorf aufgehoben. Dieselbe Haltung hat jetzt auch das Landesarbeitsgericht in Hamm eingenommen.

IG Druck und Papier:

Friedenssicherung hat Vorrang

Der 12. ordentliche Landesbezirkstag Baden-Württemberg der IG Druck und Papier, der am 19./20. April getagt hat, hat unter dem Motto „Friedenssicherung hat Vorrang" einstimmig beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, „allen Pressionen Widerstand zu leisten, die den Frieden gefährden. Weiter heißt es in einer Resolution: *„Wir schließen uns dem offenen Brief der Schriftstellerkollegin Kirsch und der Kollegen Brasch, Grass und Schneider vom 17.4.1980 an, in dem es heißt: ‚In unserem durch den Krieg geteilten Land hat jede Bündnistreue ihre Grenze, sobald der Frieden fahrlässig oder gar mutwillig bedroht wird.'"*

„Einheitsgewerkschaft — unabhängig, stark, erfolgreich!?"

Auszüge aus dem Interview des Reutlinger DGB-Vorsitzenden mit „Statt-Bild"

Der „Rote Morgen" veröffentlicht im folgenden längere Auszüge aus dem Interview, das der Reutlinger DGB-Kreisvorsitzende Knödel der dortigen Zeitschrift „Statt-Bild" gegeben hat. Das Interview, das so ein heftiges Echo in den DGB-Vorstandsetagen hervorrief, ist in verschiedene Abschnitte gegliedert, von denen wir die wichtigsten wiedergeben. Hervorhebungen sind von der Redaktion RM.

„Statt Bild": Wieso hat sich dann der DGB trotz anfänglicher Zusage nicht am Internationalen Frauentag beteiligt?

Knödel: Das ist so eine Sache. Mir selber paßt der Beschluß am allerwenigsten. Für mich ist das ein Schweinerei, wenn Leute im Bundesvorstand sich auf den Schlips getreten fühlen, und da muß man fragen warum? Mit der fadenscheinigen Begründung, daß innerhalb des DGB alle Gruppen vorhanden sind und da sich da ja auch Leute befinden, die CDU wählen, würden sich diese vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn man jetzt einseitig einen Frauentag abzieht. Weil ja der Frauentag bestimmt nicht von der CDU kommt.

SB: Der 1. Mai auch nicht.

K: Eben.

SB: Der steht in der gleichen Tradition.

K: So ist es. Und wenn man dann sieht, woher der kommt, daß die Clara Zetkin ihn mit ins Leben gerufen hat, und was da für ein Gedanke dahintersteht. Dies wurde auch hier im Hause diskutiert und da heißt es: „Wir sind doch keine Kommunisten." Und wenn man dann sagt: „Wir sind Sozialdemokraten und Sozialisten", dann heißt es: „Sozialdemokraten ja, sozial auch, aber keine Sozialisten." Solche Gespräche werden geführt, und wir sind im Hause sieben Geschäftsführer. (...) Da kann man sich vorstellen, was im Bundesvorstand vorgeht, wenn man an Karl Schwab und Maria Weber denkt.

(...)

SB: Wieviele Frauen sind im DGB-Bundesvorstand?

K: Das kann ich gar nicht genau sagen. Im Geschäftsführenden Vorstand sind es zwei. **Eine davon ist die Maria Weber, die noch den Karl Schwab zur Seite hat. Das ist derjenige, der den Jugendsekretär rausgeworfen hat. Das ist derjenige, der die Jugendarbeit systematisch kaputt macht, weil er was gegen die Jugend hat. Aber er ist Jugendsekretär.**

SB: Ist der auch für die Vorgänge bei der Zeitschrift „ran" verantwortlich?

K: Genau der ist es. Der hat die „ran"-Redaktion zugemacht, weil sie eine Karikatur gebracht hat, wo sich die Maria Weber wiedergefunden hat, bloß weil Maria drinstand. Solche Beschlüsse sind nicht tragbar, und meiner Ansicht nach sind solche Funktionäre nicht tragbar. Tut mir leid, so was zu sagen. Das sage ich aber in aller Öffentlichkeit. Normalerweise müßte ich, wenn ich konsequent wäre, sagen: „Ich bin ab morgen kein DGB-Kreisvorsitzender mehr, ich lege mein Amt nieder." Solche Leute, die in Düsseldorf sitzen und die Jugendarbeit kaputt machen, die Redaktionen schließen, die Meinungsfreiheit einschränken, die Frauendiskriminierung durchführen usw. **Alles, was im Grundsatzprogramm des DGB steht, was sie nicht wollen, führen die in persona durch. Das ist also völlig inkonsequent, aber was nutzt es, wenn wir als kleines Fußvolk den Löffel hinschmeißen? Nichts.** Sondern man muß über den DGB-Bundeskongreß gehen und dort Anträge einreichen, daß sie zum Rücktritt aufgefordert werden. Aber wieviele sind es denn, die das tun? Ich bin eh schon das schwarze Schaf. Auch im Landesbezirk. (...)

SB: Das Anti-Strauß-Komitee will in Reutlingen eine Veranstaltung machen. Der DGB hat sich geweigert, hier als Mitveranstalter aufzutreten. Warum?

K: Auch da gibt es ein Verbot. Und zwar ähnlich begründet wie das Verbot, den Frauentag mitzugestalten. **Da fühlen sich doch tatsächlich im Bundesvorstand einige auf den Schlips getreten, wenn man gegen Strauß loslegt und sich Gewerkschafter gegen Rechtsradikalismus verwehren. (...)**

SB: Darf der Referent auf der Maikundgebung dann überhaupt gegen Strauß Stellung beziehen?

K: Er darf. Weil jeder Referent Redefreiheit hat. Nur wird der kein zweites Mal mehr reden! Das muß man mal ganz klar sagen. Er kann also mordsmäßig ein abziehen auf dem Marktplatz, das heute gut ankommt und morgen gut ankommt. Der spricht nie wieder! (...)

K: ...Dieser Rechtsruck, der rechts der Mitte steht, den kann man fast schon nicht mehr aufhalten, weil's schon fast zu spät ist. **Weil wir halt viel zu wenig Leute drin haben, die den Mund aufmachen.**

SB: Wie steht der DGB zur Nachrüstung der NATO, wobei auch der Beschluß des letzten SPD-Parteitags berücksichtigt werden muß. Kernkraft und Rüstung haben ja das Problem Arbeitsplätze gemeinsam.

K: Ja. Das wird schwer gehandelt als Arbeitsplatzbeschaffung. Zum Nachrüstungsprogramm der NATO hat sich der DGB noch nicht geäußert. **(...) Ich finde, man sollte alles versuchen, daß die Nachrüstung nicht stattfindet, weil man gegen solche Kriegshetzer wie Strauß, Carter, Thatcher, und wie sie alle heißen, etwas machen sollte.** Man sollte die Position dieser Kriegshetzer nicht auch noch stärken, indem man solche Beschlüsse unterstützt, wie sie da beschlossen worden sind, auch von der SPD. Ich bin SPD-Mitglied, aber ich trage den Beschluß nicht mit. Das ist eine Schweinerei. (...)

Westberliner DGB-Chef zunehmend isoliert

HBV-Konferenz: Sickert soll den Hut nehmen

Funktionäre mit Unternehmerstandpunkt sind gewerkschaftsschädigend

WESTBERLIN.— Auf der 10. Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), die am vorletzten Wochenende (3./4. Mai) tagte, wurde der amtierende Westberlinger DGB-Vorsitzende Walter Sickert aufgefordert, nicht mehr für dieses Amt zu kandidieren. In einem weiteren Antrag wurde er aufgefordert, „sofort sein Amt (...) zur Verfügung zu stellen".

Weiter heißt es in dem Antrag, der mit 91 gegen 24 Stimmen bei drei Enthaltungen verabschiedet wurde: „Sollte sich Walter Sickert zu einem solchen Schritt nicht entschließen können, fordern wir den Landesbezirksvorstand des DGB Berlin auf, Maßnahmen zu beschließen, die sicherstellen, daß Walter Sickert als Vorsitzender des DGB Berlin abgelöst wird."

Obwohl dem DGB-Chef nahegelegt worden war, die von 118 Delegierten besuchte HBV-Konferenz zu meiden, war Sickert trotzdem erschienen und mußte erleben, wie sein Grußwort mit eisigem Schweigen honoriert wurde.

Nachdem schon vorher auf dem Landesbezirksparteitag der IG Druck und Papier der Westberliner DGB-Chef scharf verurteilt worden war — eine Rücktrittsforderung wurde nach Intervention des IG-Drupa-Landesvorsitzenden gestrichen —, wächst die Ablehnungsfront gegen den reaktionären Spitzenfunktionär.

Das SPD-Mitglied Walter Sickert war ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, als er Anfang März frei nach Unternehmerart erklärte: „Das absolute Recht auf Aussperrung ist genauso falsch wie dauerndes Streiken." Ferner hatte er sich gegen den in Berlin üblichen Nulltarif für Kindertagesstätten gewandt.

Insgesamt dürften die letzten Ausfälle des seit 30 Jahren amtierenden Sickert das Faß zum Überlaufen gebracht haben. Bereits vor vier Jahren diffamierte er die ihm unbequeme HBV als kommunistisch unterwandert. Bis heute verweigert er der Westberliner GEW den Beitritt in den DGB, obwohl die gewerkschaftlich organisierten Lehrer und Wissenschaftler ordnungsgemäß Beitrag abführen und sich selber zum DGB bekennen.

Walter Sickert, der Spitzenfunktionär mit Unternehmerstandpunkt, verhält sich in höchstem Maße gewerkschaftsschädigend. Seine Politik bewirkt Spaltung und Zersetzung in den Reihen des DGB. Walter Sickert ist ein Gewerkschaftsfeind!

Wird „Welt der Arbeit" CDU-Hauspostille?

Es ist kaum zu glauben. Jener CSU-Stratege Dr. Edmund Stoiber, der sich unter anderem mit seinen im Auftrag des Chefs ausgearbeiteten Rohmaterialien zur Gewerkschaftspolitik einen Namen als hochkarätiger Gewerkschaftsfeind gemacht hat, darf ausgerechnet in der Maiausgabe der DGB-Wochenzeitung gegen die „Verunglimpfung" seines Brötchengebers wettern und die SPD-Basis der „Volksfront-Politik" anklagen.

Des weiteren wird dem CDU-Generalsekretär Geißler „Verläßlichkeit, Fleiß und Bescheidenheit" attestiert, und die rheinische CDU darf unwidersprochen verbreiten, daß in ihren Reihen Gewerkschafter schon immer die Hauptrolle gespielt haben.

Will man den DGB-Mitglieder. verschweigen, daß Stoiber chilenische Zustände herbeiwünscht? Will man verschweigen, daß die CDU/CSU unter Führung von Strauß die Gewerkschaften kastrieren will?

Was heißt hier überhaupt wollen? Die DGB-Wochenzeitung ist ja bereits kastriert. Ob dieser Eingriff vorgenommen wurde, als H.O. Vetter im vergangenen Herbst beim Chef-Chirurgen der CSU weilte?

DGB-Kreisvorsitzender zurückgetreten

Abgesägt auf Druck der Rechten!

REUTLINGEN.— Anfang Mai ist der DGB-Kreisvorsitzende des Kreises Reutlingen, Klaus Knödel, von seinem Amt zurückgetreten. Nachdem er sowohl vom Kreisvorstand (der allerdings für eine weitere Zusammenarbeit war) als auch vom Landesbezirksvorstand für seine Aussagen in einem Zeitungsinterview kritisiert worden war und auf einer Bundesvorstandssitzung seine Abberufung beschlossen werden sollte, zog er diese Konsequenz.

Anlaß war ein Interview Klaus Knödels, der zu Beginn dieses Jahres für vier Jahre sein Amt angetreten hatte, mit der Reutlinger Jugendzeitschrift „Statt-Bild" gewesen (siehe Dokumentation auf dieser Seite), in dem er ausführlich seine politischen Ansichten darlegte und freimütig Kritik an verschiedenen Repräsentanten der DGB-Führung geübt hatte.



Klaus Knödel, Kreisvorsitzender des DGB in Reutlingen

Der DGB-Landesbezirksvorstand hatte es wenige Tage vor Knödels Rücktritt abgelehnt, ihm das Vertrauen auszusprechen, und welche Entscheidung der Bundesvorstand treffen würde, lag auf der Hand.

Mit dem Rücktritt des SPD-Mitglieds Knödel, eine Entwicklung, die übrigens seine eigene Aussage im betreffenden Interview („Alles was links der Mitte steht, ist nicht mehr tragbar") bestätigt, ist ein weiterer Fall der politischen Zensur, der Unterdrückung unbequemer Meinungen, der Verhinderung kämpferischer Aktionen im DGB zu der bereits langen Liste hinzugekommen. Aber es ist das erste Mal seit langem, daß ein gewählter DGB-Kreisvorsitzender abgesägt wird, weil er dem Vorstand nicht paßt. Ein Vorgang, der ohne weiteres an die Kommunistenjagd und die Putschmethoden eines Georg Leber in den fünfziger Jahren erinnert. (Siehe auch den RM-Gewerkschaftskommentar auf dieser Seite.)

Man muß dazu betonen, daß Knödel, ehemals stellvertretender Ortsvorsitzender der IG Druck und Papier, nicht nur eine fortschrittliche politische und gewerkschaftliche Haltung vertrat, sondern sich auch bemühte, diese in die Tat umzusetzen.

Gewerkschaftskommentar

Nun ist er also doch selbst zurückgetreten. Klaus Knödel, Kreisvorsitzender des DGB in Reutlingen. Warum und wieso, mag dahingestellt bleiben, das ist auch nicht die Hauptsache. Was dann?

Die Hauptsache ist, um es mit seinen eigenen Worten zu sagen, daß hier einer den Mund aufgemacht hat. Gewiß wird nun unter fortschrittlichen Gewerkschaftern heftig darüber debattiert werden, ob sein Vorgehen richtig war, ob er mit seiner Meinung nicht lieber hätte hinterm Berg halten, sie in Gremien zum Ausdruck bringen sollen usw.

Wir Kommunisten meinen: Der Mann hatte recht! Es stimmt doch, wenn er sagt, daß da eine rasante Rechtsentwicklung stattfindet. Es stimmt doch, wenn er sagt, daß es zu wenige sind, die da den Mund aufmachen. Es stimmt doch, wenn er sagt, man muß etwas unternehmen gegen die Strauß und Carter, wenn er seiner eigenen Partei vorwirft, diesen Kurs zu tragen. Er hat doch völlig recht, Namen zu nennen.

Jetzt erst recht!

Was ist denn die Alternative? Und zwar jetzt, in der heutigen Situation, angesichts der Hexenjagd der rechten Spitzenfunktionäre im DGB und ihrer Erfüllungsgehilfen? Die Empörung über deren Vorgehen auf ewig zornbebend anhäufen? Zähneknirschend Position um Position aufgeben? Mit geballter Faust — in der Tasche — klein beigeben? Alles nur, um sich selbst keiner Gefahr auszusetzen oder um langfristiger Taktiererei willen? Natürlich: Man muß überlegen, was man zu welchem Zeitpunkt tut.

Aber diese Binsenweisheit führt nicht darum herum festzustellen, daß es heute dringend not tut, daß es möglichst viele sind, die den Mund aufmachen. Aufmachen gegen alle diese Hexenjäger, Kommunistenschnüffler, Strauß-Spezis in der Gewerkschaft. Denn die meinen etwas ganz anderes, wenn sie Einheitsgewerkschaft sagen. Die meinen, daß Einheitsgewerkschaft heißt, daß alle nach einer Pfeife tanzen — und zwar nach ihrer.

Heute ist die Situation so, daß der Kampf gewagt werden muß, sonst ist er verloren. Risiko? Ja, das auch. Keiner kann dafür garantieren, daß diese Leute nicht eine regelrechte Absetzungskampagne vom Zaun brechen, daß sie nicht die Ausschlußkeule schwingen wollen.

Natürlich sind dann — ohne jetzt konkret auf die Reutlinger Entwicklung eingehen zu können — freiwillige Rücktritte kein Weg, um Positionen zu verteidigen. Nein, wenn diese Herren aktive Gewerkschafter loswerden wollen, dann sollen sie auch so in aller Offenheit handeln müssen, sich zu erkennen geben. Dann sollen sie die Augen jener öffnen, die bisher noch an die Ehrlichkeit der Rechten oder an was auch immer geglaubt haben. Dann sollen sie für jeden Geschaßten ein paar Neue da haben, die ihnen Widerstand leisten, dann lohnt sich auch ein Opfer. Nur, wenn man selbst Farbe bekannt hat, Farbe bekannt gegen diese rasante Rechtsentwicklung, dann wird man auch die Möglichkeit haben, Mitkämpfer zu finden, die ebenfalls bereit sind, für die Verteidigung gewerkschaftlicher Positionen zu kämpfen.

Denn die Zeit, wo sich mancher sagen konnte: „Was interessieren mich diese politischen Streitereien, ich mache meine Gewerkschaftsarbeit, in meinem Betrieb, in meiner Gruppe", die ist vorbei. Denn es geht bei dieser rechten Offensive ja bei weitem nicht nur um die politischen Auffassungen, um die Meinungsfreiheit, was an sich schon wichtig genug sein muß für einen Gewerkschafter.

Sondern es geht um die gesamte Gewerkschaftsarbeit, um die Alltagsarbeit im Betrieb wie um die Stellung der Gewerkschaften zu den brennenden Fragen von faschistischer Gefahr und Kriegsabenteurern.

Wenn die kommunistischen, die revolutionären und alle anderen fortschrittlichen und aktiven Gewerkschafter diese Herausforderung der Rechten nicht annehmen, nicht jetzt annehmen, ihr nicht jetzt entgegentreten, nicht jetzt Kräfte dagegen mobilisieren, dann wird es zu spät sein. Und das haben auch viele erkannt. Ein Beispiel dafür ist eben Klaus Knödel. Ein anderes sind die Maikundgebungen gewesen. Und die Aktivitäten, die trotz allem zum Frauentag gemacht wurden. Und der Widerstand bei Tarifverhandlungen.

Wenn Vetter mit Strauß Absprachen trifft, wenn Stoiber in der „Welt der Arbeit" zum ständigen Kommentator wird, dann kann man sich nicht mehr darauf beschränken, in den Gremien und Gruppen Opposition zu machen. Dann muß mobilisiert werden, organisiert, abgesprochen. Dann muß man sich an die Öffentlichkeit wenden, an alle Gewerkschaftsmitglieder.



Neben zahlreichen anderen Organisationen hatte auch die VOLKSFRONT zur Mannheimer Demonstration aufgerufen.


Der Aufruf der Wuppertaler Friedensinitiative richtet sich gegen beide Supermächte.

800 demonstrierten für den Frieden

„Dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen!"

Wuppertaler DKP unterstützt Aufruf gegen beide Supermächte

WUPPERTAL. — Zahlreiche demokratische und antifaschistische Organisationen und Einzelpersonen hatten zum 10. Mai zu einer Demonstration gegen die wachsende Kriegsgefahr aufgerufen. Rund 800 Menschen beteiligten sich an dem Marsch durch die Elberfelder Innenstadt.

Ausgehend von dem offenen Brief der vier Schriftsteller an Bundeskanzler Schmidt, hatten die Initiatoren der Demonstration einen Aufruf vorbereitet, der unter der Überschrift „Verhindert einen neuen Krieg" die Politik der beiden Supermächte verurteilt.

So heißt es unter anderem: „Die Krise um Iran und Afghanistan und die Konfrontation der Großmächte USA und UdSSR bedroht das Leben aller Menschen." Nachdem dann am Beispiel der sogenannten Nachrüstungsbeschlüsse nachgewiesen wird, daß das Hauptschlachtfeld eines dritten Weltkrieges zweifellos Mitteleuropa sein würde, heißt es weiter: **„Wir lehnen die Rückkehr zum Kalten Krieg, der uns durch die Politik der Großmächte aufgezwungen wird und die Entspannungspolitik gefährdet, ab."**

Wie ein Sprecher der Aktionseinheit im Rahmen der Abschlußkundgebung erklärte, ist es insbesondere an dieser Frage zu mitunter scharfen Auseinandersetzungen gekommen.

Doch bei allen verbliebenen Meinungsunterschieden sei man sich schließlich doch einig geworden, die Politik **beider** Großmächte anzugreifen.

In einer von der Aktionseinheit beschlossenen Kundgebungsrede wurde die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt gefordert. **Als außerordentlich positiv ist zu bewerten, daß schließlich auch die Wuppertaler DKP diese Politik unterstützte.**

Das Wuppertaler Liedersängerduo „Achim & Susi" sowie der Essener Eisler-Chor trugen Antikriegslieder vor.

Zum Abschluß der Kundgebung stimmten die Sänger gemeinsam mit den Kundgebungsteilnehmern das „Einheitsfrontlied" an, um die „Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zum Ausdruck zu bringen", wie ein Sprecher erklärte.

„Graue Wölfe" stören antifaschistische Manifestation

„35 Jahre ist es her — nie wieder Faschismus mehr!"

Volkskorrespondenz aus Mannheim

MANNHEIM.— Über 14 000 Menschen, darunter viele aktive Gewerkschafter, beteiligten sich am letzten Wochenende an einer antifaschistischen Demonstration anläßlich des 35. Jahrestags des Siegs über den Hitlerfaschismus. Diese Manifestation, die im Rahmen eines bundesweiten Kongresses stattfand, der hauptsächlich von der VVN und fortschrittlichen Persönlichkeiten initiiert wurde, war eine der größten Nachkriegsdemonstrationen in Mannheim. Vor dem Hintergrund der Kriegshetze wurde durch die sich anschließende Kundgebung vor allem die Sorge um die aktuelle Kriegsgefahr zum Ausdruck gebracht und die Forderungen wurden unterstrichen, noch aktiver für Frieden und Völkerfreundschaft zu kämpfen. Die Kundgebung wurde von einem blindwütigen Angriff der „Grauen Wölfe" auf türkische und deutsche Antifaschisten überschattet.

Als der Demonstrationszug sich in die Mannheimer Innenstadt bewegte, wurde die Losung „Stoppt Strauß" schnell unüberhörbar und unübersehbar, obwohl die Initiatoren nicht ausdrücklich auf die von Strauß ausgehende Gefahr hingewiesen hatten. In der belebten Mannheimer Innenstadt folgten viele ältere Menschen der Aufforderung, sich einzureihen; viele hatten sicherlich die großartige Tradition des antifaschistischen Kampfes in Mannheim unter Führung Georg Lechleiters und Jakob Faulhabers in Erinnerung. Eine Mahnwache am Georg-Lechleiter-Platz würdigte den mutigen Kampf des kommunistischen Landtagsabgeordneten, der am 15. September 1942 von den Nazifaschisten ermordet wurde — vor allem wegen der Herausgabe des antifaschistischen Organs „Der Vorbote".

Einige antifaschistische Initiativen brachten zusammen mit der VOLKSFRONT immer wieder die Forderung nach dem NATO-Austritt der BRD vor.

In der Rede auf der Abschlußkundgebung wies der VVN-Vorsitzende auf das chauvinistische Kriegsgeheul des US-Präsidenten Carter hin und erklärte, wie leicht es wäre, die Forderung vieler antiimperialistischer Menschen nach Auslieferung des Schahs von Persien zu erfüllen. Er rief aus: „Wie schnell wären dann die amerikanischen Geiseln frei!" Zugleich mahnte er, der Unterstützung des „Schahs von Bayern" für die Cartersche Kriegspolitik eine klare Absage zu erteilen.

Doch plötzlich wurde die kämpferische Atmosphäre jäh gestört: Panik macht sich breit, blutige Köpfe und eine Rauchwolke begleiteten den brutalen Überraschungsangriff türkischer Faschisten auf antifaschistische Landsleute. 15 Faschisten waren es, die in einem Coup sich einiger Transparente bemächtigten und mit den genagelten Transparentlatten auf alles einschlugen, was sich bewegte. Mit einem abgerissenen Feuerlöscher sprühten sie in die Menge, eine Pistole wurde gezogen. Nachdem die angegriffenen Kundgebungsteilnehmer sich wieder gefaßt hatten, ergriffen die Faschisten schnell die Flucht.

Die Empörung der Antifaschisten erreichte den Siedepunkt, und die Forderung, die über den Lautsprecher kam „Wir fordern diese Regierung auf, solche Verbrecherorganisationen endlich zu verbieten" fand massive Unterstützung.

An dieser Demonstration beteiligte sich auch die VOLKSFRONT mit einem großen Block. Sie stieß mit ihren Losungen und Flugblättern bei der Mannheimer Bevölkerung auf großes Interesse. Besonderen Anklang fand die Losung „USA — Hände weg vom Iran! — Russen — raus aus Afghanistan!"

Zu Beginn des bundesweiten Kongresses verteilte die VOLKSFRONT noch einen offenen Brief an die Delegierten. Darin wurde noch einmal der Anspruch der Kongreßinitiatoren zitiert: „Wir rufen alle antifaschistischen Organisationen und Persönlichkeiten, gleich welcher parteipolitischen oder weltanschaulichen Richtung auf, an diesem Kongreß teilzunehmen." Doch in krassem Gegensatz dazu steht der Ausschluß der VOLKSFRONT aus der lokalen Vorbereitungskommission. Diffamierungen und Unterstellungen gegen Vertreter der VOLKSFRONT und Behauptungen wie, die KPD/ML hätte sich in der VOLKSFRONT aufgelöst, sowie das angebliche Vertreten der Sozialfaschismustheorie führten zum Ausschluß der VOLKSFRONT. Deshalb stellte sie in ihrem offenen Brief die Frage: „War dieser Aufruf ernst gemeint und ist der Ausschluß der VOLKSFRONT eine regionale Fehlentscheidung oder wurde nach genehmen und ungenehmen Antifaschisten unterschieden und somit der Grundsatz des Kongresses gebrochen?"

Einige Delegierte waren über diesen Vorgang entsetzt, was Anlaß zu Optimismus gibt. Die VOLKSFRONT wünschte in ihrem Brief dem Kongreß ein gutes Gelingen und verband damit die Hoffnung, daß solche Fehlentscheidungen in Zukunft vermieden werden.


15 Mitglieder der „Grauen Wölfe" greifen die Demonstranten an.


Der Essener Eisler-Chor bei seinem Wuppertaler Auftritt.

Strauß war unerwünscht

DÜSSELDORF. — Am Donnerstag, den 8. Mai hatte die rheinländische CDU den Kanzlerkandidaten aus München einfliegen lassen, um ihm kurz vor der Landtagswahl noch einmal Gelegenheit zu geben, für den kleinen Professor Biedenkopf die Werbetrommel zu rühren.

Die entsprechende Antwort blieb nicht aus. Etwa 1 000 Antifaschisten und Demokraten protestierten auf einer von Gewerkschaftern initiierten Demonstration gegen den Strauß-Besuch. Auf der Abschlußkundgebung sprach Lutz Pfundner, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier.

Anschließend zogen die Demonstrationsteilnehmer zum Ehrenhof, wo Franz Josef Strauß mittlerweile unter freiem Himmel Stellung bezogen hatte. Weit über die Hälfte der dort anwesenden 10 000 Menschen sorgten mit Sprechchören dafür, daß die Tiraden des CSU-Chefs weitgehend unverstanden verhallten.

Die VOLKSFRONT, die von Anfang an für die Bildung einer breiten Aktionseinheit eingetreten war, hatte ebenfalls zur Demonstration aufgerufen.

Berufungsverhandlung gegen Professor Sigrist

Die bittere, die scheußliche Wahrheit

Immer noch wirft der Tod des Kommunisten Günter Routhier seine Schatten

MÜNSTER—. Ausgerechnet am 8. Mai wurde die Berufungsverhandlung gegen den Münsteraner Soziologie-Professor Christian Sigrist vor der 8. Strafkammer des Landgerichts Münster fortgeführt. An diesem Tag jährte sich zum 35. Mal das Datum, da Deutschland von der Barbarei des Hitler-Faschismus befreit wurde. Vor 80 bis 100 Zuhörern entwickelte sich die Verhandlung im überfüllten Gerichtssaal zu einem Tribunal gegen eine Justiz, die nach wie vor das Erbe aus der düstersten Epoche deutscher Geschichte nicht aus ihrem Wirken getilgt hat.



Sigrist sagte in seinem Schlußwort: „Von meinem Engagement im Fall Günter Routhier erhoffe ich, daß sich in dieser Hinsicht [Aufklärung von Polizeiübergriffen] eine Wendung zum Besseren erreichen läßt. Darum geht es mir vor allem in diesem Prozeß, nicht darum, meine bürgerliche Haut zu retten."

Im August 1978 war Professor Sigrist in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 5400 Mark, ersatzweise anderthalb Monate Haft verurteilt worden. Er hatte im Mai desselben Jahres an einer Podiumsdiskussion in Stockholm teilgenommen, bei der es um politische Unterdrückung in der Bundesrepublik ging. Veranstalter waren die Universität Stockholm und das Goethe-Institut. Zu den Mitwirkenden gehörte auch der damalige nordrhein-westfälische Justizminister Diether Posser, heute Finanzminister desselben Bundeslandes.

Die Diskussion wurde teilweise vom WDR aufgezeichnet und im westdeutschen Regionalprogramm ausgestrahlt. Posser, der bei der Diskussion eine scharfe Kontroverse mit Sigrist hatte, sorgte dafür, daß der Soziologe aus Münster wegen bestimmter Stellungnahmen in dieser Diskussion von der bundesdeutschen Justiz strafrechtlich verfolgt wird. Es waren folgende Äußerungen des angesehenen Professors, die deutsche Staatsanwälte auf den Plan riefen:

Sigrist hatte den Staatsapparat des Hitler-Regimes als *„blutige, mörderische Bestie"* gekennzeichnet. Dieses Wort wurde ihm von Posser im Munde umgedreht und so ausgelegt, als habe Sigrist den Staatsapparat der Bundesrepublik gemeint. Zweitens hatte Sigrist die Feststellung getroffen, daß viele Personen, die im faschistischen Staatsapparat Nazi-Deutschlands tätig waren, später in den Staatsapparat der Bundesrepublik übernommen wurden. Beider Feststellungen wegen erklärte das Amtsgericht Münster den Soziologen gemäß Paragraph 90a StGB der *„Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland"* für schuldig.

Die dritte angeklagte Äußerung steht im Zusammenhang mit dem Tod des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier. Im Juni 1974 war Günter Routhier infolge von Mißhandlungen durch Polizisten anläßlich einer Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg an einem Bluterguß im Gehirn gestorben. Justizminister Posser hatte Sigrist im Verlauf der Diskussion durch provokatives Fragen dazu gebracht zu erklären, daß das KPD/ML-Mitglied Günter Routhier *„von der Polizei ermordet worden"* sei.

Zu diesem Zeitpunkt lief übrigens noch ein anderes Strafverfahren gegen Professor Sigrist. Der Grund: Zusammen mit anderen Professoren hatte Sigrist in einer Presseerklärung die Aufklärung des Todes von Günter Routhier gefordert. In dieser Sache ist Sigrist später auch verurteilt worden.

Wegen der Aussage in Stockholm wurde Sigrist nun erneut der Beleidigung der Duisburger Polizei angeklagt. Auch an diesem zweiten Verhandlungstag konnte der Prozeß vor dem Landgericht Münster nicht zu Ende geführt werden. Nach den Schlußplädoyers wurde die Verhandlung auf den 19. Mai vertagt. Der Staatsanwalt plädierte erneut für einen Schuldspruch. Er forderte, daß das Strafmaß aus der 1. Instanz bestätigt werden soll.

Der lange Arm der Bonner Justiz

Vieles an dem Prozeß gegen Professor Sigrist ist skandalös und empörend. In diesem Fall kommen zwei Besonderheiten zu allen sonstigen politischen und moralischen Perversionen dieses Beispiels politischer Justiz hinzu.

Erstens geht es um eine Meinungsäußerung, die nicht im Inland, sondern außerhalb des Wirkungsbereiches des bundesdeutschen Strafrechtes stattfand. Zweitens stützt sich die Verurteilung Sigrists in erster Instanz hauptsächlich auf eine Kopie der Fernsehaufzeichnung von der Stockholmer Podiumsdiskussion, die als entscheidende Beweisgrundlage herangezogen wurde. Jedoch muß dieser Kopie der Beweischarakter schon von daher abgesprochen werden, weil der Film nachweislich Schnitte enthält, wobei inzwischen nicht mehr festgestellt werden konnte, an welchen Stellen die Schnitte angesetzt sind, welche Passagen aus Sigrists Äußerungen als verstümmelt und damit verfälscht dokumentiert sind.

In der Berufungsverhandlung beantragte Sigrist unter anderem die Einholung eines Rechtsgutachtens darüber, daß seine Äußerungen nach den schwedischen Gesetzen nicht strafbar sind. Das Landgericht Münster folgte jedoch der Auffassung des Staatsanwalts, nach der der Arm der bundesdeutschen Justiz eben bis nach Schweden reicht. Der Beweisantrag wurde abgelehnt.

Der Maulkorb-Paragraph 90a

Sigrist und seine beiden Rechtsanwälte deckten die juristischen Ungereimtheiten der Anklage gründlich auf. Aber sie versäumtes es dabei nicht, dem politischen Charakter des Prozesses Rechnung zu tragen. Unter anderem enthüllten sie den antidemokratischen Gehalt des Staatsgefährdungs-Paragraphen 90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik).

Rechtsanwältin Mechthild Düsing wies in ihrem Schlußplädoyer überzeugend nach, daß dieser Paragraph mit dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung unvereinbar ist, und daß er in der Praxis der bundesdeutschen politischen Strafjustiz zur Unterdrückung einer konsequenten Kritik an den Realitäten des Bonner Staates und an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik dient.

Daß dieser Knebel in der Regel gegen die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte gebraucht wird, verdeutlichte Frau Düsing unter anderem an dem Beispiel eines neonazistischen Flugblattes, welches diese Republik eine *„stinkende Bonner Kloake"* genannt hat. Mit der Begründung, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung sei ein übergeordneter Wert, sprach das Oberlandesgericht Hamm die für dieses Flugblatt verantwortlichen Faschisten frei.



Genosse Günter Routhier

Diese politische Einseitigkeit, die der bundesdeutschen Justiz in der Anwendung ihrer Paragraphen eigentümlich ist, zeigte dann auch Rechtsanwalt Schily auf und zwar im Zusammenhang mit der Anwendung des Wortes „Mord": Kenner der Materie wissen, daß jeder mit einer Verurteilung wegen Beleidigung zu rechnen hat, der im Zusammenhang mit dem Tod Günter Routhiers von Mord spricht. Ganz anders reagieren deutsche Richter aber meist, wenn Nazis mit dem Begriff Mord ihre faschistische Volksverhetzung betreiben. Da verunglimpfte etwa ein neonazistisches Flugblatt einen vom Nazistaat durch das Fallbeil ermordeten Widerstandskämpfer als „politischen Mörder". In diesem Fall sprach das Oberlandesgericht Hamm die faschistischen Schmierfinken frei.

Monströses Urteil

Das Schlußplädoyer von Rechtsanwalt Schily wurde zu einer ebenso erschütternden wie brilliant geführten Anklage gegen eine Justiz, die immer noch den Ungeist des braunen Terrorregimes kultiviert. Schily würdigte eingangs das besondere Datum dieses Verhandlungstages. Er verschaffte dem antifaschistischen Gedenktag in einer Weise Einzug in das düstere Gemäuer des Gerichtsgebäudes, von der die 80 bis 100 Zuhörer stark beeindruckt waren.

Das Urteil, das gegen seinen Mandanten in erster Instanz verhängt worden war, nannte Schily monströs. Und diese Monströsität brachte er schonungslos zum Vorschein: Sigrist wird vor Gericht gestellt, weil er ausgesprochen hat, daß alte Nazis zu Tausenden in den Dienst dieses Bonner Staates übernommen wurden, sowohl in hohe und höchste als auch in untergeordnete Ämter. *„Ist das"* — **so schleuderte der Rechtsanwalt den Richtern und dem Staatsanwalt entgegen — *„nicht die bittere, die scheußliche Wahrheit?!"***

Schily zeigte nicht nur die personelle Kontinuität zwischen dem Nazi- und dem Staatsapparat der Bundesrepublik mit schlagenden Beispielen auf. Er bewies auch anhand von zahlreichen Fällen, wie der berüchtigte Ausspruch des furchtbaren Nazijuristen Filbinger noch wie vor von hohen und höchsten Gremien der bundesdeutschen Justiz praktiziert wird: ***„Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein."* 80000 Todesurteile wurden von der bluttriefenden Justiz des Hitlerstaates verhängt! Keiner, nicht ein einziger deutscher Richter, ist für diese Justizmorde je zur Verantworung gezogen worden!**

Ein einziger Scherge des von dem Bluthund Freisler geleiteten sogenannten „Volksgerichtshofes" in Berlin wurde vor Gericht gebracht: der Beisitzer Rehse. Das Westberliner Schwurgericht entschied auf Freispruch. Rehse war an Hunderten von Todesurteilen beteiligt. Lediglich über acht von ihnen wurde in dem Verfahren überhaupt verhandelt. Und für alle befand das Gericht, daß heute nicht Unrecht sein könne, was damals rechtens war!

So etwa der Fall eines katholischen Geistlichen, der 1942 ein Manifest gegen Hitler und seinen Krieg ins Ausland geschickt hatte. Das Berliner Schwurgericht befand es durchaus für rechtens, daß dieser Mann durch das Fallbeil gemordet wurde, denn er habe ja Wehrkraftzersetzung betrieben! Mit Recht — so das Westberliner Gericht — habe Freislers Blutgericht darauf bestanden, daß *„das deutsche Volk hinter seiner kämpfenden Truppe steht"*, und daß derjenige gerichtet werden muß, der diese Haltung zersetzt.

„Solche Richter sind es doch, die diesen Staat verunglimpfen!" hielt Schily dem Münsteraner Landgericht entgegen. Das Weiterwirken der faschistischen Denkweise innerhalb der Justiz, die Tatsache, daß so viele alte Nazis in diesem Staat wieder zu Amt und Würde gelangten — **das sei doch der Schatten, der über der Bundesrepublik liege!**

Der Angeklagte selbst ließ in seinem Schlußwort keine Zweifel daran, daß er um kein Jota von seinem Engagement abrückt. Die Erfahrungen, die er im Zusammenhang mit dem Tod des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier gemacht habe, seien für ihn von großer Bedeutung. *„Mir ging es um die Aufklärung dieses Falles. Ich mußte aber die Erfahrung machen, daß die Justiz in Duisburg und das Oberlandesgericht in Düsseldorf nichts taten, um die Sache aufzuklären, geschweige denn die Taten der beteiligten Polizisten zu ahnden."* Nicht in erster Linie die Brutalität von Polizeieinsätzen in diesem Land sei so beunruhigend. In Ländern wie etwa Frankreich gehe die Polizei vielleicht noch brutaler vor. Aber dort sei die Reaktionsweise der Gesellschaft, der Institutionen und Behörden in der Regel anders, weniger skandalös und erschreckend als in der Bundesrepublik. Wörtlich sagte der Sozialwissenschaftler: *„Von meinem Engagement im Fall Günter Routhier erhoffe ich, daß sich in dieser Hinsicht eine Wendung zum Besseren erreichen läßt. Darum geht es mir vor allem in diesem Prozeß, nicht darum, meine bürgerliche Haut zu retten."*

Dieses Foto wurde am 5. Juni 1974 vor dem Duisburger Arbeitsgericht aufgenommen. Es zeigt, wie der bewußtlose Günter Routhier von zwei Polizisten zu dem Polizeifahrzeug geschleppt wird. Diese beiden Polizisten waren es auch, die Günter Routhier im Arbeitsgericht die Treppen hintergestoßen hatten. Anklage wurde jedoch nie gegen sie erhoben.



Eine Welle von Strafprozessen entfesselte die Justiz gegen Personen, die für die Aufklärung des Todes von Günter Routhier kämpften. Auch Professor Sigrist ist aus diesem Grund bereits einmal zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Protest gegen Diskriminierung

Behinderte demonstrieren gegen Schandurteil

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Zwischen drei- und viertausend Demonstranten, darunter viele in Rollstühlen, protestierten am Donnerstag, den 8. Mai, in Frankfurt gegen ein Skandalurteil des Frankfurter Landgerichts. In dem Urteil war ein Reiseunternehmen verpflichtet worden, einer Touristin rund die Hälfte des Preises einer Griechenlandreise zu erstatten, weil durch die Anwesenheit einer Reisegruppe von Behinderten im selben Hotel ihr „Urlaubsgenuß beeinträchtigt" worden sein soll.

Aus Köln, Dortmund, Würzburg, Bochum, Neckar-Gemünd und vielen anderen Städten waren die Rollstuhlfahrer, Contergan-Geschädigten, Gehbehinderten sowie ihre Angehörigen und Freunde nach Frankfurt gekommen. Mit Transparenten, Flugblättern, Liedern und Parolen protestierten sie vor dem Frankfurter Landgericht, in den Straßen Frankfurts und auf dem Römerberg gegen das Schandurteil: „Weg mit dem ungerechten Urteil!" — „Wir sind also zu einem Mangel im Reisebetrieb geworden", formulierte ein Redner, „wie unsaubere Städte und defekte Klimaanlagen."

In der Tat fordert das Frankfurter Urteil zu schlimmen Assoziationen und Vergleichen heraus, erinnert es an eine Zeit, die noch nicht lange zurückliegt und in der Behinderte als „unwertes Leben" abgestempelt wurden. Wie weit es von der Diskriminierung der Behinderten, die dieses Urteil bedeutet, von dem Zurückdrängen und dem Ausschluß der Behinderten aus der Öffentlichkeit bis zur Euthanasie, bis zur Vernichtung des „lebensunwerten Lebens"? Der Geist ist doch derselbe! — Die Behinderten forderten Hessens Justizminister Dr. Günther auf, sich bei den Behinderten für die Richter zu entschuldigen und sie ihres Amtes zu entheben. Nun müssen Taten folgen!

Auf dem Frankfurter Römer sprach auch der Direktor des schwedischen Bundesverbandes bewegungsbehinderter Kinder und Jugendlicher, Per-Olov Kallmann, und äußerte seine „größte Bestürzung" über das Urteil. Eine schwedische Reisegruppe nämlich — nach dem Gerichtsentscheid „körperlich und geistig schwerstbehindert" — war für die Klägerin der Stein des Anstoßes gewesen. In dieser Formulierung selbst liegt schon eine Verdrehung und Diffamierung. Denn wie Kallmann mitteilte, war unter den Reiseteilnehmern „kein einziger geistig Behinderter" gewesen, sondern ausschließlich „körperbehinderte Jugendliche". — In Schweden sind bis jetzt bereits 200000 Unterschriften gegen das Frankfurter Schandurteil gesammelt worden.

Auf der Kundgebung wurde die schwierige Situation von Behinderten in der Bundesrepublik überhaupt zur Sprache gebracht. Trotz allen Redens vom „gemeinsamen Leben und Arbeiten von Behinderten und Nichtbehinderten" und von der „beruflichen Integration der Behinderten" würden diese noch immer „in Gettos, Sonderschulen, Sonderwerkstätten" gedrängt. — Die Demonstration — darunter Vorträge von Musik- und Pantomimengruppen — fanden großen Anklang und Zuspruch seitens der Bevölkerung.

Übrigens zeigte sich bereits bei der Vorbereitung der Demonstration deutlich die besondere Diskriminierung, der die Behinderten hierzulande ausgesetzt sind. — Die Demonstration kam auf Initiative des größten Rehabilitationszentrums der Bundesrepublik in Neckar-Gemünd bei Heidelberg zustande. Um das Eintreten der Behinderten für ihre Interessen zu erschweren, hatte die dortige Heimleitung jedoch eine Teilnahme an der Protestaktion verboten...

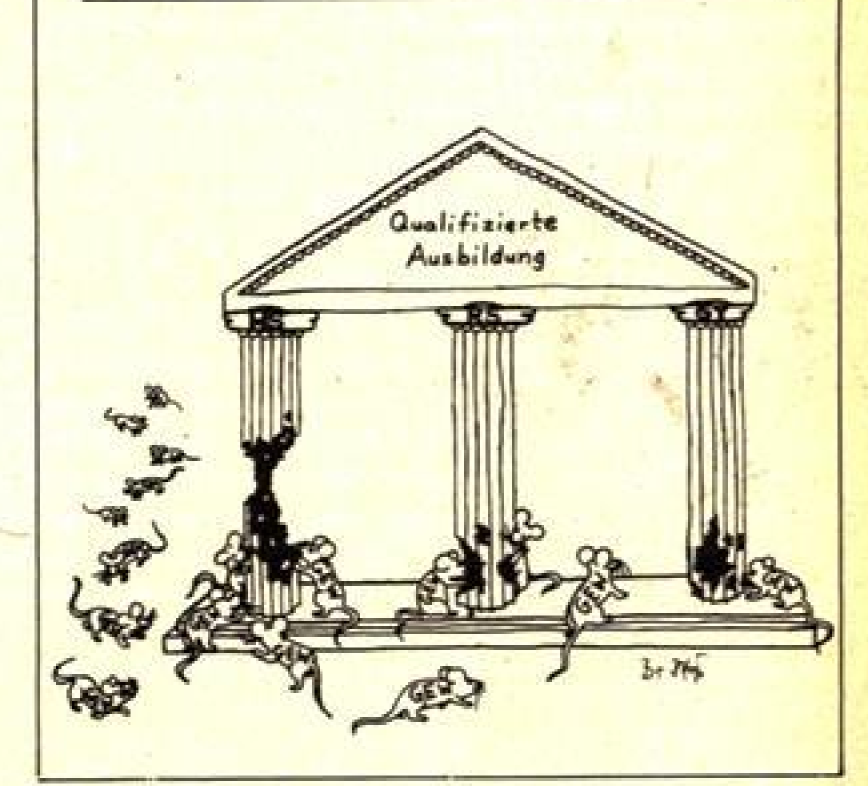


Im Rahmen der Demonstration traten auch Musik- und Pantomimegruppen auf und fanden großen Anklang bei der Bevölkerung.

Wir Realschullehrer

wollen die Realschule erhalten
und so weiterentwickeln,
daß Realschüler auch zukünftig
eine qualifizierte Ausbildung erhalten.

Wer gegen die Abschaffung der Realschule ist, gehört in den VDR!



Nazi-Jargon greift um sich

Volkskorrespondenz aus Flensburg

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), ein reaktionärer Standesverein, scheint in dem ehemaligen Offizier für wehrgeistige Führung eine Art geistigen Vorbeter gefunden zu haben. Nachdem Strauß in fortschrittlichen Schriftstellern nichts als Ungeziefer erblicken konnte, wurden in der April-Ausgabe der VDR-Zeitschrift „Realschule in Schleswig-Holstein" GEW-Mitglieder als Ratten dargestellt. Frage an die VDR-Kollegen: Wann kommt der Aufruf, die Ratten zu vertilgen?

Fortsetzung der Landesvertreterversammlung Schleswig-Holstein

GEW-Mitglieder auf fortschrittlichem Kurs

Volkskorrespondenz aus Neumünster

Am 24. April fand die Fortsetzung der Landesvertreterversammlung der GEW Schleswig-Holstein in Neumünster statt. Wie der Kieler Volkskorrespondent bereits im „Roten Morgen" vom 28. März berichtete, hatte der Landesvorstand vergeblich versucht, die Fortsetzung zu verhindern.

Es folgen einige Anträge, die mehrheitlich verabschiedet wurden:

- **Deutsche Lehrer sollen die Möglichkeit erhalten, die Muttersprache ausländischer Schüler zu studieren.**
- **Die Personalräte der GEW sollen die asozialen Stundenund Angestelltenverträge ablehnen.**
- **Die GEW soll sich auch in Schleswig-Holstein für die Gesamtschule als Regelschule einsetzen.**
- **Das Grundsatzprogramm des DGB soll wie folgt ergänzt werden: „Tarifautonomie und Streikrecht für alle Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei voller sozialer Absicherung."**
- **Für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Beseitigung des Einflusses der Parteien auf Rundfunk und Fernsehen.**

Zu harten Auseinandersetzungen kam es über Fragen der politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik. Der Landesvorstand wollte mit aller Macht einen Antrag durchbringen, der die heutige Berufsverbotspraxis verschleiert: *„Keine Regelanfrage mehr. Anfrage beim Verfassungsschutz erst vor der endgültigen Übernahme in den öffentlichen Dienst."* Begründung: „Wer unseren Staat aktiv bekämpft, den wollen wir nicht im öffentlichen Dienst!"

Der Landesvorstand scheiterte. Angenommen wurde folgender Antrag:

- **„Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972! Vernichtung des Verfassungsschutzmaterials bei der Einstellungsbehörde! Keine Überprüfung durch den Verfassungsschutz!"**

Einen Antrag zur Beseitigung der reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse allerdings konnte der Landesvorstand gerade noch verhindern. Er drohte für den Fall, eine Mehrheit werde sich gegen diesen innergewerkschaftlichen Radikalenerlaß, mit dem Ausschluß aus dem DGB.

Zusammenfassend muß die Landesvertreterversammlung als Erfolg der fortschrittlichen Gewerkschafter angesehen werden. Festzustellen ist, daß der Landesvorstand in wesentlichen Punkten in Opposition zur Vertreterversammlung steht. Es darf daher bezweifelt werden, ob er sich energisch genug im Sinne der Anträge einsetzen wird. Trotzdem ist der Einfluß der kämpferischen Gewerkschafter gewachsen. **Deshalb sollten bei den nächsten Wahlen zum Landesvorstand entsprechende Konsequenzen gezogen werden.**

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden ein:

P.K., München	**1 000,—DM**
J.B., Essen	**2 000,—DM**
H.B., Bonn	**50,—DM**
W.K., Bremen	**200,—DM**
Zelle Süd Münster	**140,—DM**
J.N., Essen	**100,—DM**
Genossen aus Düsseldorf-Eller	**300,—DM**
insgesamt	**3 790,—DM**
Stand der Spendenkampagne am 11.5.	**10 461,25 DM**

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho" Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000 Mark für die VOLKSFRONT zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt!

Bitte überweisen an: KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Neuerdings wird Fruchtwasseruntersuchung ambulant vorgenommen

Alles für das Wohl des Ungeborenen?

Volkskorrespondenz zur Kostendämpfung

Während meines Krankenhausaufenthalts in einer großen Universitätsfrauenklinik erfuhr ich von einer einschneidenden Maßnahme, die die Krankenkassen im Rahmen des Kostendämpfungsgesetzes seit neustem praktizieren.

Bei schwangeren Frauen, in deren Familien erbliche Krankheiten bekannt sind, ist eine Untersuchung des Fruchtwassers notwendig. Durch diese Untersuchung kann man bestimmte Krankheiten des Embryos wie Mongolismus, offener Rücken oder schwere Formen der Idiotie feststellen.

Die Fruchtwasserentnahme wird zu einem relativ frühen Zeitpunkt der Schwangerschaft vorgenommen, so daß bei entsprechenden Befunden zu einem Schwangerschaftsabbruch geraten werden kann.

Da dieser Eingriff (Punktion) nicht ganz ungefährlich ist, mußten die Patientinnen bislang die Nacht nach der Punktion im Krankenhaus verbringen. Durch Ruhe und gegebenenfalls ärztliche Kontrolle soll die Gefahr eines Abortes durch einen Blasensprung möglichst gering gehalten werden.

Das ist jetzt anders. Neuerdings zahlt die Krankenkasse diesen Krankenhausaufenthalt nicht mehr, so daß die Frauen nach dem Eingriff gegen Nachmittag oder Abend nach Hause entlassen werden.

Meine Bettnachbarin, die im Außenbezirk der Stadt wohnte, hat den Arzt nach einer kürzlich vorgenommenen Fruchtwasseruntersuchung dann immerhin um einen Taxischein gebeten. Sie stieß auf folgendes Problem: Die Kosten für das Taxi wären nach Auskunft des behandelnden Arztes von den Kassen nicht erstattet worden, denn — so argumentierten die Kassen — eine Patientin, die nicht gehfähig ist, könne auch nicht entlassen werden.

Dieses an sich ganz logische Argument wird aber dadurch völlig absurd, daß die Kassen auf der anderen Seite einen Krankenhausaufenthalt nach der Punktion nicht finanzieren.

Das Ende vom Lied: Die Patientin muß die Schaukelei im Bus in Kauf nehmen oder ein Taxi aus eigener Tasche bezahlen.

Und das alles in einem Land, in dem nach offizieller Lesart insbesondere bei den kirchlichen Abtreibungsgegnern alles für das Wohl des ungeborenen und geborenen Lebens getan wird, in dem nach offizieller Lesart der Egoismus der jungen Paare für die niedrige Geburtenrate verantwortlich ist.



1. Mai in Albanien

Im Zeichen neuer Erfolge

TIRANA.— In einer Atmosphäre der Freude und der Siegesgewißheit feierten die albanischen Werktätigen den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Alle Städte und Dörfer, alle Straßen und Arbeitsstätten waren zum Anlaß des Feiertages festlich geschmückt.

Überall im Land strömten die Werktätigen zu den traditionellen Massenkundgebungen auf die Straße und nahmen an den verschiedenen kulturellen Aktivitäten teil. In der Hauptstadt Tirana säumten die Einwohner den Boulevard „Helden der Nation", auf dem alljährlich die zentrale Maidemonstration stattfindet. Mit stürmischem Applaus wurden Genosse Enver Hoxha und die anderen Partei- und Staatsführer begrüßt, die an der großen Kundgebung teilnahmen. Aus vielen Ländern waren Freunde gekommen, die diesen Tag zusammen mit dem albanischen Volk feierten.

Darunter vor allem Vertreter von ausländischen Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Organisationen wie der RGO. Nach dem Abspielen der Nationalhymne begrüßte Genosse Rita Marko, Mitglied des Politbüros der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzender des Zentralrats der albanischen Gewerkschaften, die Anwesenden.

Dann setzte sich — vorbei an den Tribünen — der Demonstrationszug in Bewegung. In den ersten Reihen wurden große Porträts von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie von Enver Hoxha und anderen albanischen Führern getragen. Dadurch brachten die Demonstranten die Tatsache zum Ausdruck, daß sich die PAA und das albanische Volk immer von den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus leiten lassen. Auf den Transparenten waren Losungen zu lesen wie: „Ruhm dem Marxismus-Leninismus!" „Ruhm der Partei der Arbeit Albaniens!" und „Lang lebe Enver Hoxha!"

Auf großen Schautafeln, die im Zug mitgeführt wurden, waren die Erfolge bei der Erfüllung des sechsten Fünfjahrplans verzeichnet, der in diesem Jahr abgeschlossen wird. Man konnte diesen Angaben unter anderem entnehmen, daß sich die industrielle Produktion 1979 im Vergleich zu 1975 um 28 Prozent gesteigert hat. Arbeiter und Genossenschaftsbauern trugen Transparente, mit denen sie ihre Entschlossenheit bekundeten, die Ziele des sechsten Fünfjahrplans vorfristig zu erfüllen.

Die albanischen Bauern bereiten gegenwärtig ein wichtiges Ereignis vor: den 6. Kongreß der landwirtschaftlichen Genossenschaften. In ihren Parolen auf der Maidemonstration brachten sie im Vorfeld des Kongresses die revolutionäre Orientierung der albanischen Landwirtschaft zum Ausdruck: „Die Partei der Arbeit Albaniens — Führerin und Organisatorin der genossenschaftlichen Ordnung" oder „Lang lebe das Bündnis der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauernschaft!"

Die Maifeier im vergangenen Jahr war von einer großen Naturkatastrophe überschattet worden: 15 Tage zuvor hatte ein Erdbeben gewaltige Schäden in Nordalbanien angerichtet. In diesem Jahr konnten mehr als 100 000 Mitglieder der damals betroffenen Familien den 1. Mai in neu erbauten Häusern feiern. Die Erdbebenschäden sind schon im vergangenen Herbst vollständig beseitigt worden. Auch diese Tatsache, die deutlich für die Überlegenheit des sozialistischen Systems spricht, wurde auf den Transparenten der diesjährigen Maidemonstration gebührend gewürdigt.

Wie schon erwähnt, läuft in diesem Jahr der sechste Fünfjahrplan aus. Der neue, die Jahre von 1981 bis 1985 umfassende Fünfjahrplan wird dem albanischen Volk noch größere Perspektiven eröffnen. Eine besondere Bedeutung liegt darin, daß er ausschließlich mit eigenen Kräften, ohne jede ausländische Hilfe oder Kredite, verwirklicht wird. Nach den Berechnungen wird in diesem Zeitraum die industrielle Produktion um 40 Prozent und die landwirtschaftliche Produktion um 33 Prozent ansteigen. Die Investitionen werden größer sein als die während der ersten vier Fünfjahrpläne getätigten Investitionen zusammen. Auch dieser neue Fünfjahrplan war ein bestimmendes Thema beim diesjährigen 1. Mai. Die albanischen Werktätigen drückten ihren Entschlossenheit aus, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen, jede Blockade der imperialistischen und revisionistischen Feinde zu durchbrechen und das Vaterland um jeden Preis zu verteidigen.

Ein weiterer Schwerpunkt der großen Maidemonstration in Tirana war das Bekenntnis der albanischen Werktätigen zum proletarischen Internationalismus. Sie bekundeten ihre feste Verbundenheit mit den marxistisch-leninistischen Parteien und den kämpfenden Völkern auf der ganzen Welt. Dabei standen angesichts der aktuellen internationalen Lage folgende Parolen im Vordergrund: „Das albanische Volk preist die unnachgiebige Haltung des iranischen Volkes gegenüber dem Druck, den Drohungen und der Blockade des US-Imperialismus!", „Sowjetische Aggressoren — raus aus Afghanistan!" sowie Losungen, in denen die Unterstützung für den Kampf der arabischen Völker, der Völker von Namibia und Azania ausgedrückt und die aggressive Politik der beiden Supermächte verurteilt wird.

Die Maidemonstration in Tirana und die anderen Kundgebungen im ganzen Land waren ein Ausdruck der stählernen Einheit des albanischen Volkes um die Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze; einer Einheit, wie sie kurz zuvor, am 20. April, auch bei den Wahlen für die Volksräte und Volksgerichte dokumentiert wurde, an denen sich 100 Prozent der Wähler beteiligten und bei denen 99,99 Prozent der Stimmen für die Kandidaten der Demokratischen Front abgegeben wurden.

DAS RENTENALTER

Aus „Neues Albanien" 6/79

Unsere sozialistische Gesetzgebung legt keine einheitliche Grenze für das Rentenalter bzw. für das Dienstalter fest. Das Rentenalter und die Dienstjahre, die für das Erhalten einer Rente notwendig sind, werden in erster Linie nach der Schwierigkeit der geleisteten Arbeit und dem Geschlecht bestimmt. Je schwieriger die Arbeit ist, desto niedriger liegt das Rentenalter. Nach diesem Prinzip werden die Werktätigen hinsichtlich des Rentenalters in drei Kategorien eingeteilt:

Zur **ersten** Kategorie gehören die Werktätigen, die eine Arbeit geleistet haben, die als sehr schwer gilt. In diesem Fall ist das Rentenalter für Frauen auf 45 Jahre und für Männer auf 50 Jahre festgelegt. Die notwendige Dienstzeit beträgt für Frauen 15 Jahre und für Männer 20 Jahre. Zu dieser Kategorie gehören die Werktätigen, die unter Tage arbeiten, einige Berufe der Metallurgie und der chemischen Industrie, so die Werktätigen, die an den Hochöfen arbeiten, die Metallschmelzer und -gießer usw., die Werktätigen, die an der Herstellung von Ammoniumnitrat und Superphosphat arbeiten. Ebenso gehören die Werktätigen, die radioaktiven Stoffen und ionisierender Bestrahlung ausgesetzt sind, zu dieser Kategorie, ferner einige Berufe im zivilen Flugverkehr sowie im Bildungswesen und im Bereich der Kultur, wie Tänzer, Akrobaten, Zirkusartisten, Musiker, die Blasinstrumente spielen, Angehörige des Tanzensembles usw. Im Bereich des Gesundheitswesens werden dazu die Röntgenologen, das Personal der Kobalttherapieabteilungen u.a. gerechnet.

Zur **zweiten** Kategorie gehören die Werktätigen, die eine weniger schwere Arbeit leisten, als die der ersten Kategorie. Bei ihnen ist das Rentenalter auf 50 Jahre für Frauen und auf 55 Jahre für Männer gesetzt, das Dienstalter auf 20 bzw. 25 Jahre. Das Recht auf Rente nach dieser Kategorie haben die Werktätigen in einigen Berufen der Erdöl- und Erdgasindustrie, einiger weiterer Berufe der Metallurgie und der chemischen Industrie, die eine weniger schwere Arbeit leisten als die der ersten Kategorie. Ebenso gehören zu dieser Kategorie einige Berufe der Geologie, der Textilindustrie, der Lederindustrie, der Tabakindustrie, einige Berufe in der Handelsflotte; außerdem fallen die im Fischfang Beschäftigten, Lehrer, Chirurgen und Psychiater u.a. in dieser Gruppe.

Zur **dritten** Kategorie gehören alle Werktätigen, die eine andere Arbeit leisten, die nicht zu der ersten bzw. zweiten Kategorie gehört. Das Rentenalter beträgt in diesem Fall 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer, das Dienstalter 20 bzw. 25 Jahre.

Um im Alter von 45, 50 oder 55 Jahren eine Rente zu erhalten, genügt es, wenn der Werktätige drei Viertel seiner Dienstzeit in einem dieser Berufe tätig gewesen ist. Für die Werktätigen der Bergwerke genügt es, wenn sie die Hälfte ihrer Dienstzeit unter Tage gearbeitet haben, um die Rente der ersten Kategorie zu erhalten. Wenn beispielsweise ein Bergarbeiter eines Chrombergwerkes, der 10 Jahre lang unter Tage gearbeitet hat, sich auf seinen eigenen Wunsch hin verändert, um in einer anderen Stelle zu arbeiten, sagen wir als Mechaniker in einem metallverarbeitenden Werk, wo er weitere 10 Jahre arbeiten wird, dann hat er nach vollendetem 50. Lebensjahr das Anrecht auf die volle Altersrente, weil er die Hälfte seiner Dienstzeit unter Tage gearbeitet hat.

Für einige besondere Kategorien von Werktätigen sind Altersrenten unter noch günstigeren Bedingungen vorgesehen. Dazu gehören beispielsweise Mütter mit vielen Kindern, Blinde, Taubstumme und Personen mit angeborenen körperlichen Schäden. Die ersteren — die Mütter mit vielen Kindern — können nach 15 Dienstjahren und nach vollendetem 50. Lebensjahr in Rente gehen, wenn sie sechs oder mehr Kinder zur Welt gebracht und bis zum 8. Lebensjahr großgezogen haben. Blinde usw. können nach 15 (Männer) oder 10 (Frauen) Dienstjahren in Rente gehen, wenn sie das 50. bzw. 40. Lebensjahr vollendet haben.

Ebenso gibt es eine Rente „für besondere Verdienste". Diese Rente erhalten Personen, die einen außerordentlich großen Beitrag im großen Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf geleistet haben,



Bergbewohner aus der Gegend von Kruja

oder die sich auf dem Gebiet der Wissenschaften, der Technik, der Kultur, im staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich der Wirtschaft usw. ausgezeichnet haben.

Heute kommen in unserem Land nicht nur die Werktätigen aus der Stadt, sondern auch die des Dorfes in den Genuß der Altersrente. Die Höhe der Rente ist für die Werktätigen von Stadt und Land gleich, sie beträgt 70 Prozent des jeweiligen Lohnes. Für die Berechnung dieser Rente hat der Werktätige das Recht, sich den höchsten Lohn, den er in drei aufeinanderfolgenden Jahren in den letzten 10 Jahren erhalten hat, auszusuchen.

Die SVR Albanien und die Olympiade

Die Zeitungen in der Bundesrepublik veröffentlichen gegenwärtig von Zeit zu Zeit die Liste derjenigen Länder, die bislang — zumeist auf den massiven Druck aus Washington hin — die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen abgesagt haben. Kommentarlos wird dabei auch die SVR Albanien aufgezählt. Heißt das nun etwa, daß sich das sozialistische Albanien auf der Front der von Carter befehligten Boykotteure angeschlossen hat?

Keineswegs. Für jeden, der die albanische Politik kennt, ist eine solche Annahme auch völlig absurd. Denn die PAA und das albanische Volk stehen in der ersten Linie des weltweiten Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und die gegenwärtige Kriegspolitik des Präsidenten Carter. Ebenso entschieden stellen sich die Albaner auch der anderen imperialistischen Supermacht, der Sowjetunion, entgegen. Und ein konsequenter Ausdruck dieser entschlossenen antiimperialistischen Haltung ist die Tatsache, daß die SVR Albanien jeglichen Kontakt zu den beiden Supermächten (ebenso wie zu faschistischen Staaten) ablehnt.

Und das bedeutet: Es bestehen nicht nur keine diplomatischen, wirtschaftlichen oder militärischen Beziehungen zu den genannten Ländern, sondern auch keine sportlichen. Albanische Sportler treten also bei internationalen Veranstaltungen dann nicht an, wenn sie auf dem Territorium dieser Länder stattfinden. So sind sie auch nicht zu den Winterspielen nach Lake Placid gegangen, so sind sie auch nie zu internationalen Begegnungen etwa nach Israel oder Südafrika gereist. Albanische Sportler führen auch keine Wettkämpfe durch, bei denen sie Mannschaften aus den genannten Ländern gegenüberstehen würden. So tragen beispielsweise keine Fußballspiele gegen sie aus.

Was die Albaner praktizieren, ist also die konsequente antiimperialistische und antifaschistische Politik eines sozialistischen Landes — auch auf der Ebene der Sportbeziehungen. Es liegt auf der Hand, daß sich diese Politik vollständig von der gegenwärtigen Boykottkampagne gegen die Moskauer Sommerspiele unterscheidet. Denn diese Kampagne beruft sich zwar heuchlerisch auf den aggressiven Charakter der sowjetischen Supermacht. Sie ist jedoch alles andere als ein Ausdruck antiimperialistischer Gesinnung. Denn sie selbst ist das Werkzeug einer imperialistischen Supermacht, nämlich der amerikanischen.

Unsere Partei hat diese Kampagne von Anfang an bekämpft und sich für die Teilnahme der westdeutschen Sportler an der Sommerolympiade eingesetzt. Das steht natürlich nicht im Widerspruch zu der konsequenten albanischen Weigerung, irgendwelche Beziehungen zu **beiden** Supermächten aufzunehmen. Sowohl in der Beurteilung der gegenwärtigen internationalen Lage wie auch in den mit der diesjährigen Olympiade zusammenhängenden Fragen besteht zwischen der KPD/ML und der PAA völlige Einigkeit.

Sie küssen und sie schlagen sich

Die Pariser Revisionistenkonferenz — Spaltung greift um sich

Frontwechsel von Georges Marchais?

Am 30. April endete in Paris die sogenannte Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas mit einem Aufruf der Teilnehmer an die europäischen Völker zur Verteidigung des Friedens und zur Abrüstung. Diese Konferenz, organisiert von der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, hatte als Stoßrichtung den Kampf gegen die Nachrüstungsbeschlüsse der NATO, insbesondere die Stationierung amerikanischer Atomraketen in Westeuropa.

Angesichts der großen Sorgen, die sich die europäischen Völker wegen des Kriegstreiberkurses des USA-Imperialismus machen müssen, wollten die Moskauer Revisionisten die Gelegenheit ergreifen, sich selbst als Friedenskraft darzustellen, ihre eigene aggressive imperialistische Politik vergessen zu machen und nach Möglichkeit die Reihen der revisionistischen, pseudokommunistischen Parteien wieder mehr zu schließen.

Trotz des Frontwechsels der KPF, die sich aus der eurorevisionistischen Ablehnungsfront gegen diese Konferenz entfernte und die Partei der Breschnew und Co. ergriff, scheiterten die Moskauer Imperialisten mit dieser Absicht: nur 20 Parteien unterzeichneten die Pariser Erklärung. Neun Parteien weigerten sich, an der Konferenz teilzunehmen, zwei Parteien nahmen nur als Beobachter teil.

Diese Entwicklung wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der verschiedenen revisionistischen Parteien und Strömungen, die heute nur noch im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die proletarische Revolution einig sind, während sich in allen anderen Fragen die Spaltungen vertiefen und erweitern, was gerade in der heutigen Lage internationaler Spannungen beschleunigt ersichtlich wird.

Abgesang auf die internationale Einheit

Das Pariser Treffen war die dritte internationale Konferenz der revisionistischen Parteien nach der revisionistischen Weltkonferenz vom Juni 1969 in Moskau und der Europakonferenz im Juni 1976 in Berlin.

Anhand dieser drei Konferenzen läßt sich die Entwicklung der verschiedenen revisionistischen Strömungen gut nachvollziehen. War bei der Moskauer Konferenz die KPdSU noch fast alleine tonangebend (da die chinesische revisionistische Strömung fehlte) und konnte sie damals ihre imperialistischen Doktrinen wie der "begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten" noch ohne größere Kritik verkünden, so wurde bei der Berliner Konferenz sieben Jahre später deutlich, wie tief die Spaltung der revisionistischen Parteien bereits war.

Nur mit großen Konzessionen an die sogenannten eurokommunistischen Parteien aus Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Island und Schweden sowie an die — erstmals anwesenden — Tito-Revisionisten konnte noch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden.

Mit der Berliner Erklärung wurde klar, daß für eine wachsende Anzahl von Parteien Moskau nicht mehr das Zentrum ihrer Bewegung war.

Jetzt, weitere vier Jahre später, war nicht einmal mehr eine gemeinsame Erklärung möglich. Die bereits auf der Berliner Konferenz sichtbare Spaltung in drei Richtungen unter den europäischen Pseudokommunisten hat sich seitdem so wesentlich verstärkt, daß es keine Chance mehr gab, eine gemeinsame „Friedenserklärung" zu verabschieden.

Die Parteien aus Jugoslawien und Rumänien, Italien, Spanien, Großbritannien, Island, Schweden, Niederlande und San Marino weigerten sich, an der Konferenz teilzunehmen, Belgien und die Schweiz waren nur als Beobachter da.

So unterschiedlich die Begründungen für die Nichtteilnahme auch gewesen waren, real betrachtet lassen sie sich auf zwei verschiedene Gründe zurückführen. Die westeuropäischen revisionistischen Parteien, die sogenannten Eurokommunisten, sind heutzutage bereits so weit in ihrer Entwicklung, daß sie die NATO-Mitgliedschaft ihrer Länder, bzw. im Falle Spaniens die Existenz amerikanischer Stützpunkte im Lande, offen unterstützen. In ihrem Bemühen, von der jeweiligen herrschenden kapitalistischen Klasse als regierungsfähig angesehen zu werden, haben sie in den letzten Jahren diese Grenze überschritten. Da sie nun aber NATO-Befürworter sind, können sie nicht an einer Anti-NATO-Konferenz teilnehmen.

Die jugoslawische und rumänische Partei, als Parteien an der Macht, weigerten sich teilzunehmen, weil sie das sowjetische Militärkonzept, das ihre eigene Schaukelpolitik zwischen den beiden imperialistischen Blöcken bedroht, naturgemäß ablehnen.

Denn trotz aller Bemühungen der französischen und polnischen Revisionisten, den Kreis der Teilnehmer durch ein Herunterspielen der Bedeutung dieser Konferenz zu erweitern, war es so, daß diese Tagung nur dazu diente, die imperialistische Politik Moskaus zu beschönigen.

Insbesondere in der Rede des KPdSU-Abgesandten Boris Ponomarjew wurde dies deutlich. Es gäbe keine Alternative zwischen zwei gleichwertigen Militärblöcken, so Ponomarjew, sondern nur die Wahl „zwischen dem Kriegsblock der NATO und dem Friedensblock des Warschauer Paktes". Dabei könne es auch keinen dritten Weg zwischen den Blöcken geben, sondern alle wirklichen Kriegsgegner, meint die KPdSU, müssen sich ihr anschließen.

Verschiedene Züchtungen aus einem Stall

Ablauf und Vorgeschichte der Pariser Konferenz haben verschiedensten Spekulationen darüber, welche Kraft der unterschiedlichen revisionistischen Strömungen wohl besser oder stärker sei, neue Nahrung gegeben.

Sieht man sich aber den Inhalt der Streitigkeiten der Revisionisten an, so wird schnell deutlich, daß keiner besser ist als der andere, daß sie allesamt trotz ihrer Streitereien einem Lager angehören, dem Lager des Kapitalismus, des Imperialismus.

Wenn die sowjetischen Revisionisten sich heute des öfteren als Verteidiger des Marxismus-Leninismus gegen die Eurorevisionisten aufspielen können, dann deswegen, weil diese ihre Abkehr von der revolutionären Theorie Marx' und Lenins in aller Offenheit vollziehen. Während die Führer der KPdSU ihre imperialistischen Doktrinen mit der Behauptung verkünden, sie seien Weiterentwicklungen des Marxismus-Leninismus entsprechend der heutigen Zeit, sprechen die eurorevisionistischen Häuptlinge ganz offen ihre Meinung aus, Marx und Lenin hätten sich geirrt, müßten korrigiert werden.

Diese Tatsachen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sowjetischen Revisionisten nicht nur aus der erstmals sozialistischen UdSSR ein kapitalistisches Land gemacht haben, das heute eine imperialistische Supermacht unter der Herrschaft einer neuen Kapitalistenklasse ist, sondern daß sie es auch sind, die ein geschlossenes und allseitiges ideologisches Konzept ausgearbeitet haben, das durch und durch antimarxistisch ist, von dessen Boden auch die Eurorevisionisten ausgehen. Der friedliche Übergang anstelle der proletarischen Revolution, die Partei des ganzen Volkes anstatt der Partei der Arbeiterklasse, die friedliche Koexistenz als wichtigstes internationales Moment anstelle des proletarischen Internationalismus, alles dies sind und bleiben Erfindungen aus dem Arsenal der Chruschtschowianer, aus dem sich die anderen, all die Berlinguer, Marchais, Carillo, Hermannson, Ceaucescu, und wie sie sonst noch heißen mögen, nach Kräften bedienen.

Die Chruschtschowianer — Vordenker aller Revisionisten

Es verhält sich genau so, wie es die Partei der Arbeit Albaniens auf ihrem VII. Parteitag feststellte:

„Der Sowjetrevisionismus, die kompletteste und ausgefeilteste Theorie und Praxis der revisionistischen Konterrevolution, repräsentiert die Revision der marxistisch-leninistischen Theorie auf allen Gebieten und in allen Fragen."

Es war, das muß hier betont werden, der XX. Parteitag der KPdSU, der in allen kommunistischen Parteien die Kräfte des Opportunismus, der Kapitulation, des sozialen Friedens mit den Ausbeutern zum Sturm auf den Marxismus-Leninismus ermutigt hat, es war die Führung der KPdSU, die den ausgestoßenen Verräter Tito wieder in die Arme nahm.

Und in dieser Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen revisionistischen Spielarten sind es die Tito-Revisionisten, die ja über die größte Tradition als Agentur der Imperialisten verfügen, die die Rolle des Maklers spielen. Sowohl vor der Berliner Konferenz 1976 als auch vor dem sogenannten Eurogipfel (Berlinguer, Carillo und Marchais) 1977 reisten Delegationen dieser Parteien zu einem Meinungsaustausch nach Belgrad. Die KP Spaniens und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens gaben sogar in einem gemeinsamen Kommuniqué bekannt, daß sie ihr Auftreten auf der Berliner Konferenz gemeinsam abgesprochen hätten. Die Rolle des Maklers übernehmen die Tito-Revisionisten — gemeinsam mit Ceaucescu — aber auch gegenüber den chinesischen Revisionisten bei deren Wiederannäherungsversuchen an die anderen revisionistischen Parteien. Die Tito-Clique war es auch, die mit ihrer Theorie der „blockfreien Länder" der chinesischen „Drei-Welten-Theorie" ebenso die nötige Munition verschaffte, als auch den Eurorevisionisten mit dem „jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus" das Vorbild für deren „pluralistischen Sozialismus" lieferten.

Die Aktivitäten der Tito-Revisionisten sind nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien und Strömungen des Revisionismus der aktuellen Konjunktur unterworfen sind, daß die Führungscliquen dieser Parteien ihre Politik ändern, je nachdem, woher der Wind weht, daß sie sich heute küssen und morgen schlagen, um sich übermorgen wieder in die Arme zu fallen.

Verbunden werden sie durch ihre gemeinsamen strategischen Ziele. Ihr großes strategisches Ziel aber ist es, die Klassenversöhnung und den sozialen Frieden zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, die diametral entgegengesetzte Interessen haben, der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, zu erreichen und dabei die Arbeiterklasse der Bourgeoisie zu unterwerfen, den Kapitalismus zu verewigen oder wiederherzustellen.

Getrennt werden sie durch ihre jeweiligen eigenen Machtinteressen. Während die sowjetischen Revisionisten gerne bereit sind, in verschiedenen Ländern die von ihnen gesteuerten Parteien fallenzulassen, wenn sich zum Beispiel eine nationalrevolutionäre Bewegung unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus zur Hilfe an sie wendet, um das betreffende Land in die Finger zu bekommen, sind die eurorevisionistischen Parteien gezwungen, die Schwankungen der jeweiligen herrschenden Kapitalisten ihres Landes mitzumachen und all deren reaktionäre Maßnahmen zu verteidigen.

Die Eurokommunisten — offene Verteidiger des Imperialismus

Die Eurokommunisten, also jene Revisionisten, die ihre antimarxistischen Theorien und Praktiken am offensten vertreten, die sich den Bedingungen der kapitalistischen Herrschaft in hochentwickelten kapitalistischen Ländern völlig angepaßt haben, sind also nicht zu dieser Konferenz gekommen — mit Ausnahme der KP Frankreichs.

Die Tatsache, daß die KPF an dieser Konferenz teilnahm, wurde denn auch mit größerer Überraschung zur Kenntnis genommen, als die Nichtteilnahme der anderen Parteien, die abzusehen war.

Die Gründe für diese unterschiedliche Haltung liegen in Geschichte und Charakter der jeweiligen Parteien, in den konkreten Umständen ihres Verrats am Marxismus-Leninismus und der Revolution.

Während die KP Italiens unter der Führung von Palmiro Togliatti und Luigi Longo bereits eine lange Tradition des offenen Verrats hat, Togliatti der erste westeuropäische Parteiführer war, der nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 mit einer eigenen ausgearbeiteten italienischen Theorie des friedlichen Übergangs auftrat, und das Streben der italienischen Parteiführung dahin geht, endlich Regierungspartei zu werden, ist der heutige Kurs der spanischen Carillo-Clique direkt in der Kapitulation vor dem francistischen Terror zu suchen, im Kampf ums eigene Überleben.

Die KP Italiens arbeitete ihren Kurs in der Zeit zwischen dem XIII. Parteitag (März 1972) und dem XIV. Parteitag (März 1975) vollständig aus, verbreitete den bekannten Slogan des „historischen Kompromisses", der Einheit mit der christlichen demokratischen Partei und bekräftigten dabei offen die Unterstützung für die EG und die NATO. Die Berlinguer-Leute sorgten dafür, daß jegliche Polemik gegen den Vatikan, den sie als „beträchtliche Kraft" bezeichnen, eingestellt wurde und befahlen dem größten Gewerkschaftsverband, der CGIL, (rund 4 Millionen Mitglieder) den Austritt aus dem von Moskau geleiteten Weltgewerkschaftsbund und den Eintritt in den westdeutsch/amerikanisch geleiteten IBFG.

Seit dem Herbst 1977 agiert die Partei als heimliche Regierungspartei und bietet mit Lucio Lama allen Einfluß auf, die Gewerkschaften „von allzu vielen Streiks" abzuhalten. In letzter Zeit mehrten sich die Stimmen aus der Parteiführung, die verlangten, die italienischen Arbeiter sollten zuerst mehr arbeiten, bevor sie mehr Lohn verlangen — eine Auffassung, die in zentralen Organen der Partei verbreitet wird.

Das hat den wachsenden Widerstand nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Moskauer Fraktion in der Partei hervorgerufen, die sich zunehmend um den Generalsekretär der Metallgewerkschaft Bruno Trentin, sammelt, der besorgt registrierte, daß die CISL-Gewerkschaft mehr Streiks organisiere als die CGIL und deshalb zunehmend an Boden gewinnt.

Die spanische Partei Carillos hat sich dagegen unter dem Druck des faschistischen Terrors sozusagen zum eurokommunistischen Chefteoretiker entwickelt, mit Carillos Buch „Eurokommunismus und Staat", gegen das auch die sowjetischen Revisionisten in demagogischer Weise polemisierten. Dieses Buch stellt den Versuch dar, die Zustimmung Carillos zur sogenannten Demokratisierung Spaniens und zur Monarchie zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang unternahm diese Partei alles, um die breite Bewegung der Völker Spaniens gegen den USA-Imperialismus zu stoppen, entsprechend ihrer Bejahung der amerikanischen Militärstützpunkte.

Die französischen bürgerlichen Nationalisten

Eine andere Entwicklung nahm dagegen die KP Frankreichs, die sich ja erst auf ihrem XXII. Parteitag 1976 offen zum Eurokommunismus bekannt hatte, wo sie, wie die Spanier, offen gegen den Leninismus Stellung bezog und den nationalen Weg zum Sozialismus, den „Sozialismus in den Farben Frankreichs" propagierte. Die schon früher oft aufgetretenen nationalistischen Strömungen in der Partei, die sich am deutlichsten in der Haltung zur Kolonialpolitik der französischen Imperialisten gegenüber Algerien gezeigt hatten, haben dort die Vorherrschaft errungen. Deshalb auch das Angebot an die gaullistische UDR, bzw. ihren sogenannten linken Flügel, in der „Verteidigung der Souveränität Frankreichs" in der Linksunion (mit der Sozialistischen Partei) mitzuarbeiten, deshalb im Jahre 1977 die ausdrückliche Forderung der KPF nach einer eigenen französischen Atomstreitmacht, deshalb die lange Zeit geübte Ablehnung der EG mit denselben Überlegungen wie die französischen Monopolkapitalisten, mit der Furcht vor der westdeutschen Vorherrschaft. Dementsprechend, mit der bekannten Distanzierung der französischen Imperialisten von der NATO, ist es auch nicht überraschend, daß sich die KPF an dieser Anti-NATO-Kampagne beteiligt — für sie ist es gegenüber den Herrschenden kein Qualifikationsmerkmal, für die NATO zu sein.

Der zweite Grund für ihre Teilnahme ist schließlich in den taktischen Differenzen mit der KPI zu sehen, wo sich die KPF aufgrund der eigenen schlechten Erfahrungen mit der „Linksunion" gegen deren Konzept der „Eurolinken" gemeinsam mit der Sozialdemokratie wendet. Dieses Konzept hatte Berlinguer durch seine Treffen mit Willy Brandt und — ein offener Affront gegen Marchais — mit Mitterand verfolgt. Denn, im Gegensatz zu Italien existiert in Frankreich eine starke sozialdemokratische Partei, die bei einem allzu offen sozialdemokratischen Kurs der KPF dieser den Rang endgültig ablaufen würde. Das ist der Grund für die aktuelle Distanzierung der KPF von den anderen eurorevisionistischen Parteien und nicht etwa eine Änderung ihrer Linie.

Der reaktionäre Charakter aller dieser Parteien aber bringt es mit sich, daß die Konstellationen morgen schon wieder ganz andere sein können, je nachdem, welche Clique sich gerade durchsetzt oder wie sich die aktuelle Lage entwickelt und welche Anforderungen die eigene Bourgeoisie stellt.



Polizeieinsatz gegen Metallarbeiter in Sao Paulo.

Die Solidarität der Metaller tut not

Die Streikenden von Sao Paulo rufen den Internationalen Metallarbeiterbund um Hilfe an

Seit fünf Wochen Streik bei VW und Mercedes

SAO PAULO. — Am 5. Mai errichteten die streikenden Metallarbeiter von Sao Bernado do Campo Barrikaden, um sich gegen Polizeiüberfälle zu schützen. Den ganzen Nachmittag über gab es Auseinandersetzungen mit bewaffneten Sicherheitskräften, die in Gruppen das Stadtviertel durchstreiften. Die Regierung des Foltergenerals Figueredo hat sich jetzt entschlossen, den seit 1. April andauernden Streik mit brutaler Gewalt zu brechen. Angesichts dieses Terrors und der sich leerenden Streikkassen haben die Metaller von Sao Paulo sich mit der Bitte um Solidarität an alle Metallgewerkschaften gerichtet.

Im Zentrum des Kampfes steht heute wieder ganz direkt die Frage des Streikrechts — das offiziell immer noch nicht besteht. Nach den großen Streikkämpfen im Frühjahr und Herbst letzten Jahres hatte die brasilianische Generalsjunta aber faktisch nichts mehr gegen Streiks unternommen und sich darauf beschränkt, den Terror der faschistischen Mordschwadrone gegen Streikende zu dulden. Der jetzige Streik im industriellen Herzen Brasiliens, der vor allem die rund 75 000 Automobilarbeiter umfaßt, von denen fast 34 000 bei VW do Brasil arbeiten, hat den geballten Haß der multinationalen Monopole aus den USA und Westdeutschland entfacht, die ultimativ von der Regierung die Einhaltung der Gesetze verlangten.

Damit verlangen sie vor allem die Anwendung des „Lei de seguranca nacional" (Gesetz der nationalen Sicherheit) aus dem Putschjahr 1964, das Streiks verbietet und Streikorganisatoren 12 Jahre Gefängnis androht.

In dieser Situation ist es den Monopolherren aus Wolfsburg, Stuttgart und Detroit egal, daß die Regierung Figueredo, die ja zunächst als Reformregierung vorgestellt worden war und dem Kampf der Werktätigen einige Zugeständnisse machte, jetzt ihr Gesicht verliert und wieder den blanken Terror anwenden muß, um diese unmittelbare Forderung der Multis zu erfüllen.

Denn es sind vor allem die Werke der großen Monopole in Sao Bernardo, die zu 90 Prozent bestreikt werden, während der Streik in den beiden anderen wichtigen Industrievororten, Santo Andre und Sao Caetano, wo die Mittel- und Kleinindustrie vorherrschend ist, nur zu 70 Prozent befolgt wird bzw. bereits am 6. Mai abgebrochen wurde.

Die Forderungen, die zum Streik der Metallarbeiter geführt haben, sind einfach und völlig berechtigt. Hauptsächlich werden zwei Dinge verlangt:

- die vierteljährliche Angleichung der Löhne an die Inflationsrate statt wie bisher halbjährlich; bei einer Inflationsrate von 82 Prozent im letzten Jahr ist leicht zu verstehen, daß kein halbes Jahr auf eine Lohnangleichung gewartet werden kann; zusätzlich dazu werden zum ersten Mal seit 15 Jahren reale Lohnerhöhungen verlangt — 15 Prozent mehr;
- eine Mindestarbeitszeit von einem Jahr, da die Taktik schneller Entlassungen die Arbeiter daran hindert, in die Sozialgesetzgebung hineinzukommen, die erst nach einiger Zeit gültig wird und solche Dinge umfaßt wie Steigerung des Arbeitslohns, Arbeitsqualifikation usw.

Es sind die deutschen Monopole, die sich selbst rühmen, sie bezahlten die höchsten Löhne — sechsmal mehr als der Mindestlohn. Nun ist es so, daß der Mindestlohn (rund 120 Mark) zum Leben nicht ausreicht, und daß die höheren VW-Löhne kein Luxus sind. Außerdem bekommt nur eine Minderheit diese höheren Löhne. Vor allem aber ist ein Großteil dieses Lohns Bestandteil des wildesten Akkordsystems, das in Brasilien von VW eingeführt worden ist.

Wenn die brasilianische Regierung heute darüber klagt, und Sprachrohre des Kapitals wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" darin übereinstimmen, es gäbe im Lande nichts umzuverteilen, sondern mehr Lohn müßte erarbeitet werden, so ist dem insofern zuzustimmen, als die multinationalen Monopole in den Jahren der Militärdiktatur mehr als 80 Milliarden Dollar aus Brasilien herausgesogen haben.

Demgegenüber wächst der Widerstand der Werktätigen, die unter Arbeitslosigkeit, Hunger, Inflation und politischer Rechtlosigkeit leiden, immer mehr an. Im letzten Jahr gab es die meisten Streiks seit dem faschistischen Putsch. In diesem Jahr streikten bereits die Hafenarbeiter von Santos, streiken jetzt auch die Lehrer von Minas Gerais, den Bundesstaat in dessen gigantischen Erzminen die Arbeiter ebenfalls einen Streik vorbereiten, obwohl die Minen teilweise von Militär besetzt sind.

Angesichts der Tatsache, daß in Brasilien offensichtlich der Entscheidungskampf für das Militärregime heranreift ist, klären sich auch zusehends die politischen Fronten im Lande.

Während in der katholischen Kirche die Kräfte erstarken, die die Forderungen der Arbeiter auch angesichts von Gefängnisdrohungen für Bischöfe unterstützen, Drohungen die die berüchtigte DOPS (Abteilung für politische und soziale Ordnung — Politische Polizei) ausgestoßen hat, trennt sich die Militärdiktatur von allen jenen, die nach wie vor für Reformen und Zugeständnisse eintreten. Innerhalb der revisionistischen Brasilianischen Kommunistischen Partei ist ein Richtungskampf ausgebrochen, ob und wieviele Positionen als Gegenleistung für die Legalisierung aufgegeben werden sollen.

Die Kommunistische Partei Brasiliens dagegen, die bei den letzten Gewerkschaftswahlen im Staate Sao Paulo einen großen Sieg errungen hatte, steht an vorderster Front der Organisierung der Streikkämpfe im Industriezentrum. Die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, die gerade in den großen Industriebetrieben der Metallindustrie über einen bedeutenden Einfluß verfügt, ist auch Garant dafür, daß der Kampf trotz der Verhaftungs- und Mordwelle weitergeht. Während die Todesschwadrone weiter morden, hat die DOPS bereits 17 Streikorganisatoren in Sao Paulo und mehr als 10 der streikenden Lehrer von Belo Horizonte verhaftet. 54 Verletzte gab es bei den Auseinandersetzungen am 5. Mai. In dieser Situation, und da die Streikkassen, die aus illegalen Beiträgen und einer landesweiten Spendenkampagne gebildet werden, sich leeren — denn es muß Essen für Zentausende von Familien beschafft werden —, haben die Metallarbeiter von Sao Paulo eindringlich um die Unterstützung der internationalen Metallarbeitergewerkschaft und besonders der IG Metall gebeten. Denn die IGM ist die größte Metallgewerkschaft, und gestreikt wird vor allem gegen deutsche Monopole.

In verschiedenen Werken wurde bereits damit begonnen, diese Solidarität zu organisieren. Vertrauensleute bei VW Wolfsburg sammelten Geld, Resolutionen wurden verfaßt, bei der Botschaft protestiert — das ist der Beginn.

Angesichts dieser Sachlage ist es im besonderen die Aufgabe der kommunistischen, revolutionären und klassenbewußten Metallgewerkschafter unseres Landes, eine Solidarisierung der westdeutschen Metallarbeiter mit ihren brasilianischen Klassenbrüdern zu organisieren.

Die Kommunistische Partei Kanadas / Marxisten-Leninisten feierte den 10. Jahrestag ihrer Gründung

Mit einer internationalistischen Großveranstaltung in Montreal feierte die Kommunistische Partei Kanadas/Marxisten-Leninisten den 10 Jahrestag ihrer Gründung. An der von revolutionärer Begeisterung geprägten Veranstaltung nahmen Vertreter mehrerer kommunistischer Parteien und revolutionärer Organisationen teil. Darunter eine Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, die vom Genossen Agim Popa, Chefredakteur des Zentralorgans der PAA, „Zëri i Popullit" (Stimme des Volkes), geleitet wurde. Als Vertreter des Zentralkomitees unserer Partei nahm Genosse Horst-Dieter Koch an der Kundgebung teil und überbrachte den kanadischen Genossen die Glückwünsche und brüderlichen Grüße unserer Partei.

Die Kommunistische Partei Kanadas/Marxisten-Leninisten kann am 10. Jahrestag ihrer Gründung auf eine Reihe wichtiger Erfolge zurückblicken. So konnte Genosse Hardial Baines, der Vorsitzende unserer kanadischen Bruderpartei, in seiner Rede feststellen: „In 10 Jahren Leben und Kampf der Partei wurde die Partei in allen 10 Provinzen aufgebaut, mit Verbindungen in den ländlichen Gebieten und in allen größeren Städten und Produktionszentren Kanadas. Zum ersten Mal in der Geschichte Kanadas hat das Proletariat unseres Landes seine politische Partei, die den Marxismus-Leninismus zur Grundlage hat und auf nationaler Ebene organisiert ist. (...) Das ist der Sieg unserer Partei. Unsere Partei, ihre Grundeinheiten und Mitglieder führten und führen verschiedenste Massenkämpfe und Kampfaktionen der Arbeiter, kleinen Bauern und Fischer, der Eingeborenen der Jugend und Studenten an. Die große Mehrheit unserer Mitglieder und Unterstützer ist nach Klassenherkunft oder Klassenlage proletarisch, der proletarische Anteil in unseren Reihen wächst ständig."

Gleichzeitig betonte Genosse Baines, daß bei allen Erfolgen die die KPK/ML in den 10 Jahren ihres Bestehens erreicht habe, die Partei selbstkritisch sein müsse: "Unsere Partei hat nicht die Gewohnheit, ihre Schwächen, Krankheiten und Leiden mit kosmetischen Mitteln zu verbergen. Sie betrachtet ihre Schwächen und Mängel unter dem Gesichtspunkt, daß sie überwurnden werder müssen, und erzieht alle ihre Mitglieder und Sympathisanten, ihre Kader und Organisationen dazu, im gleichen Sinn selbstkritisch und um die Berichtigung der Fehler bemüht zu sein. (...) So hat das Zentralkomitee unserer Partei entschieden, diesen freudigen Anlaß als Gelegenheit zur Selbstkritik zu nutzen, um Rechenschaft abzulegen und eine Bilanz der Siege und Niederlagen in der bisherigen Arbeit zu ziehen und eine Aufstellung jener Arbeit zu machen, die nun am dringendsten auf der Tagesordnung steht. Es ist die Gelegenheit, unseren Kurs für die 80er Jahre abzustecken (...)"

Ausführlich setzte Genosse Baines sich mit den Auswirkungen der Mao-Tsetung-Ideen auf die Partei auseinander. Sowohl was die Auswirkungen der Mao-Tsetung-Ideen auf das Verhältnis der Partei zur Arbeiterklasse angeht (Tendenzen zum Sektierertum und zur Isolation von der realen Arbeiterbewegung), als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das innerparteiliche Leben (vom Klassenkampf losgelöster ideologischer Kampf, Personaldiskussionen zur Erziehung der Genossen) deckten sich die Erfahrungen ihres Bruderpartei weitgehend mit den Erfahrungen, die unsere Partei in dieser Frage gemacht hat.

Genosse Baines analysierte einige Entwicklungen des Kapitalismus in Kanada, insbesondere den Prozeß der Konzentration der Produktion und des Kapitals, der Vorherrschaft des US-Kapitals und des USA-Imperialismus in Kanada, der Rolle der kanadischen Monopolbourgeoisie und ging dann auf die Strategie der Partei ein: „Der Hauptfeind des Proletariats und der werktätigen Massen sowohl in der Stadt als auf dem Lande ist die Bourgeoisie, die Klasse aller Ausbeuter, an deren Spitze die Finanzoligarchie, die Monopolbourgeoisie steht. Eine kleine Schicht von Millionären und Milliardären und der USA-Imperialismus. Die strategische Mission des Proletariats, sein Maximalprogramm, das Programm, das die gesamte Etappe der Revolution umfaßt, ist der Sturz der Bourgeoisie, ihrer Diktatur, die sie ‚Demokratie' nennt, und die Vertreibung der US-Imperialisten und aller ausländischen Imperialisten aus Kanada und die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus."

Zur Taktik der Partei erläuterte Genosse Baines die gegenwärtige taktische Hauptlosung der Partei „Laßt die Reichen zahlen!". Unter dieser Losung arbeitet die kanadische Bruderpartei dafür, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Versuche der Kapitalisten, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, zu mobilisieren. Genosse Baines ging auf die Bedeutung des demokratischen Kampfes und auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den faschistischen Terror ein. Zur Abwehr des Terrors der Faschisten und Rassisten haben die kanadischen Genossen in den Wohnvierteln sogenannte Selbstverteidigungskomitees aufgebaut. Genosse Baines unterstrich die Notwendigkeit, angesichts der Verschärfung der Kriegsgefahr, verstärkt gegen die imperialistischen Kriegstreiber zu kämpfen. Er erklärte die Unterstützung der kanadischen Kommunisten für den Kampf des Volkes von Québec, der französisch sprechenden Provinz Kanadas, für sein nationales Selbstbestimmungsrecht. Dabei bekämpfen die kanadischen Genossen zu Recht den bürgerlichen Nationalismus, der das Ziel hat, das Proletariat in Kanada zu spalten und gegeneinander zu hetzen. Der indianischen Bevölkerung Kanadas versicherte Genosse Baines die uneingeschränkte Unterstützung im Kampf für die Wiederherstellung ihrer altergebrachten Rechte.

„Wir sind absolut sicher, daß die proletarische Revolution siegen wird — nicht nur in Kanada, sondern im Weltmaßstab!". Mit diesen Worten beendete Genosse Baines seine Rede, für die den rund 900 Kundgebungsteilnehmern mit langanhaltenden Beifall und Hochrufen auf die Partei und den Marxismus-Leninismus aufgenommen wurde.

Mit internationalistischen Sprechchören beantworteten die auf der Kundgebung versammelten kanadischen Genossen die Grußbotschaften der ausländischen Bruderparteien. Zu nahezu tumultartigen Begeisterungsszenen kam es, als Genosse Agim Popa im Namen der Partei der Arbeit Albaniens das Wort ergriff. So viel eher südländisches Temperament hätte man im kalten Kanada eigentlich nicht erwartet.

Das kanadische Kulturarbeiterkomitee gestaltete den Hauptteil des der Veranstaltung abschließenden revolutionären Kulturprogramms. Politisch klare Texte, zündende Melodien und hohe Professionalität im Vortrag sind die hervorstechenden Merkmale dieser hervorragenden proletarisch-revolutionären Kulturgruppe. Man darf sich wirklich darauf freuen, daß diese Genossen zum internationalen Jugendlager nach Deutschland kommen werden.

Um 10 Uhr vormittags hatte die Veranstaltung begonnen. Gegen Mitternacht, als sie offiziell längst beendet war, saßen immer noch Hunderte von Genossen in der Halle, um gemeinsam zu singen.

Mit der Rolle der Bundesrepublik beschäftigte sich die letzte Folge unserer Serie über die Kriegsgefahr. Die bedingungslose Gefolgschaft zum Kriegstreiberkurs der USA, die Haltung der westdeutschen Monopolkapitalisten, die Politik der CDU/CSU-Opposition standen dabei im Mittelpunkt der Darstellung. Dabei wurde deutlich, daß der Kurs von Strauß und seiner Mannschaft mit dem von ihm benutzten Slogan, der so fatal an den aus der deutschen Geschichte bekannten „Blut, Schweiß und Tränen" erinnert, genau dargestellt ist. Der Vorwurf der CDU/CSU an die Bundesregierung hingegen, sie betreibe eine Politik der Neutralität, entbehrt — leider — jeder Grundlage.

Sterben für die USA? (9. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

Tief bewegt

Kein Wunder, daß der inzwischen zurückgetretene amerikanische Außenminister Vance sich angesichts dieser servilen, liebedienerischen Haltung der Bundesregierung „tief bewegt" zeigte und daß Carter versicherte: „Ihr Einstehen für die Geiseln in Teheran und ihre Verdammung der sowjetischen Invasion in Afghanistan war für uns sehr wertvoll."

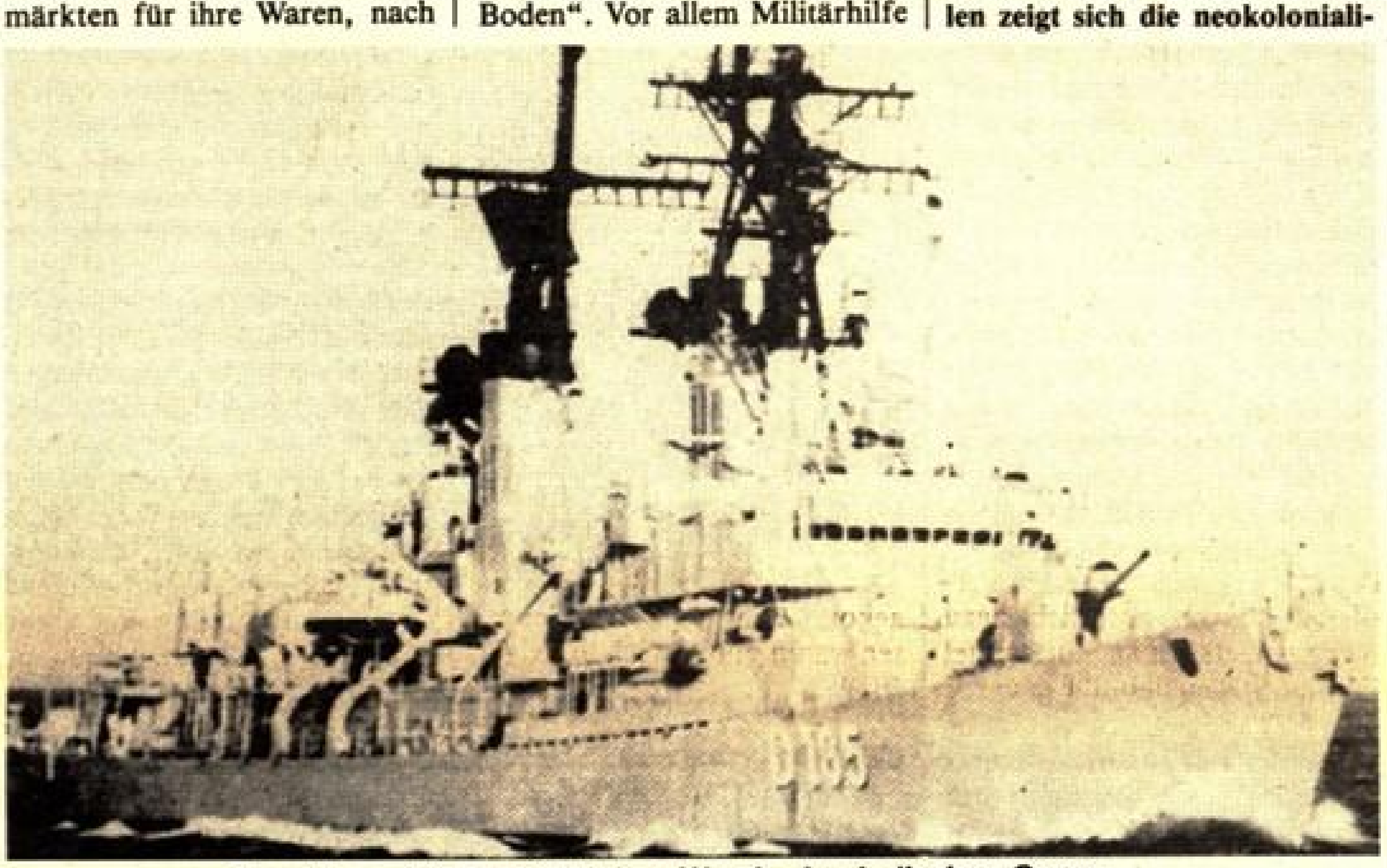
Es ist schon so, daß die Schmidt-Fraktion im Chor der sozialdemokratischen Parteien auf dem äußersten rechten Flügel steht. Wie anders zum Beispiel der österreichische Bundeskanzler Kreisky, der erklärte, wer die sowjetische Invasion in Afghanistan verurteile, der müsse genauso die israelische Invasion arabischer Gebiete und die Vertreibung der Palästinenser verurteilen. Doch während der Regierung in Wien in konsequenter Weise die Palästinensische Befreiungsfront (PLO) offiziell anerkannte, ließ Schmidt — um sein gutes Verhältnis zu den zionistischen Aggressoren nicht zu gefährden — seinen Regierungssprecher Bölling erklären: Dieser Schritt Wiens habe „keinen Modellcharakter" für Bonn.

Wo ist denn der unterschied zwischen Bundesregierung und Opposition, wenn CDU-Dregger fordert, daß europäische Kriegsschiffe im Südatlantik und im Indischen Ozean „Aufgaben übernehmen" sollten und die Bundesregierung dieser Forderung prompt nachkommt, **indem sie in typischer Kanonenbootstrategie ihre Kriegsschiffe, die Lenkwaffenzerstörer „Lütjens" und „Bayedrn", zur Unterstützung des amerikanischen NATO-Verbündeten in den Indischen Ozean entsendet?**

Wie Schmidt davon spricht, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in einen schweren Konflikt geraten, ohne ihn eigentlich gewollt zu haben, spricht Strauß davon, „daß weniger Kriege aus Absicht als dadurch entstanden seien, daß die Beteiligten die Überschreitung der Reizschwelle, des point of no return, nicht erkannt hätten. Eben darin treibe heute die Entwicklung im Mittleren Osten, vor allem in Afrika."

Heißt das, daß Schmidt und Strauß Marxisten-Leninisten geworden sind, die die dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, dem Imperialismus innewohnende zum Kriege führende Gesetzmäßigkeit erkannt hätten? Mitnichten! Für sie stellt sich die Sache so dar, als taumelten die imperialistischen Großmächte ohne daß sie es wollten, ohne daß sie irgendeine Verantwortung dafür trügen, in den Krieg. **Demnach gebe es keine am Kriege Schuldigen mehr, weder Kaiser Wilhelm noch Hitler, und die Nazifaschisten hätten mit ihrer These von der „Kriegsschuldlüge" doch recht. Wozu denn die Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg, wenn man da nur so hineinstolpert, in den Krieg?**

Nein, sie haben schon Namen und Adresse, die Herren Kriegsbrandstifter. Sie heißen zum Beispiel Krupp, Morgan, Flick, Rockefeller, Siemens usw. Es sind die Herren der Monopole und Banken. Ihr Streben nach Maximalprofiten ist es, das die Politik der von ihnen geförderten und ausgehaltenen Regierungen bestimmt. Eine Politik des Strebens nach dem Besitz von Rohstoffquellen für die Herstellung ihrer Produkte, nach Absatzmärkten für ihre Waren, nach Einfluß und Herrschaft, eine Politik, die sie zwangsläufig in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Mitbewerbern auf dem Weltmarkt bringt, **eine Politik, für die der Krieg ihre Fortsetzung eben mit anderen Mitteln ist.**


Zerstörer „Lütgens" auf dem Weg in den Indischen Ozean.

Sicher, welcher Staatsmann, welcher Politiker will schon — angesichts seiner katastrophalen Auswirkungen — heute einen Krieg, vor allem, wenn er weiß, daß an seinem Ende die Abdankung, der Selbstmord oder der Galgen steht. Vielleicht wollte auch Kaiser Wilhelm persönlich keinen Weltkrieg, aber für Krupp kam er wie ein warmer Regen. Warum wohl brachte Thyssen, brachten die Ruhrmonopole die Hitler-Partei an die Macht? Weil sie wußten: Er, der Hitler, erweitert unseren Einfluß, macht uns den Krieg, an dem wir Milliarden verdienen. Nur, daß sie in Nürnberg am Galgen fehlten, wofür schon ihre Mitkonkurrenten aus Übersee sorgten. Dort hing nur die zweite Garnitur, ihre anführenden Handlanger.

Nein, sie haben schon ihre Namen, die Herren Kriegsbrandstifter und ihre Handlanger in Regierung, Staatsapparat und Meinungsmache im Osten wie im Westen und **niemand soll später sagen, er habe es nicht gewollt.** Nicht Herr Strauß, nicht Herr Schmidt. Denn was tun sie dagegen, daß es infolge der Kriegspolitik der Supermächte zu einem neuen Weltkrieg kommt? Nichts! Im Gegenteil, sie üben „Solidarität" mit dem Weltgendarm Nr. 1, der amerikanischen Supermacht — und das auch noch auf unsere Kosten.

Militärhilfe in Milliardenhöhe

Während die Preise für Heizung, Strom und Gas allein von 1978 auf 1979 um 20,8 Prozent stiegen, während sich das Lohnsteueraufkommen des Bundes von 49,8 Milliarden DM im Jahre 1972 auf schätzungsweise runde 107 Milliarden DM im Jahre 1980 erhöhte, pumpte die Bundesregierung allein im vergangenen Jahr 1,4 Milliarden DM an „Finanzhilfe" in die Türkei des Erzreaktionärs Demirel. In, wie Schmidt sagte, ein „Faß ohne Boden". Vor allem Militärhilfe floß reichlich: 930 Millionen Mark wurden seit 1964 für sieben Schnellboote, zwei U-Boote, Panzerinstandsetzungswerke usw. bezahlt. Außer Barem lieferte die Bundeswehr für 300 Millionen Mark: Kanonen, Munition, Panzer, Handfeuerwaffen, die sie wegen Neuanschaffungen nicht mehr benötigte. **Jetzt will die Bundesregierung im Rahmen eines europäischen Kredits eine weitere Milliarde Mark in die Türkei pumpen, in ein Land, das allein in diesem Jahr 800 Millionen Dollar an Kreditzinsen und Tilgung an die USA zurückzahlen muß.**

Wozu diese von unseren Steuergroschen finanzierte sogenannte Finanzhilfe dient? Zum einen dazu, das Land stärker an den Westen, an die Bundesrepublik zu binden, um seine Bevölkerung besser ausplündern zu können; zum anderen dazu, die Türkei als Vorposten der NATO zu stärken und das profaschistische Demirel-Regime in seinem Kampf gegen die türkischen Werktätigen zu stärken. Einem Kampf, einem Krieg gegen die türkische Arbeiterklasse, die türkischen Werktätigen, der allein in den letzten zwei Jahren an die **3 000 Todesopfer** gefordert hat. Die Devisenschulden der Türkei betragen mit allen Zinsen und zugesagten Krediten mittlerweile 40 Milliarden Mark. So viel nimmt das Land in zehn Jahren nicht ein. Und in diesem Jahr kommt ein Minus von sechs Milliarden hinzu. Das Land ist reif für die Revolution.

Kaum anders ist die Lage in Pakistan, dem — um es im „Kampf gegen die Sowjets" zu stärken — bei einem Schuldenberg von über 7 Milliarden Dollar Bonn weitere großzügige Hilfe von 100 Millionen versprach. Dabei soll ihm großzügig eine Milliarde Mark an Rückzahlungen erlassen werden. Einem Land, in dem über die Hälfte der 23 Millionen Arbeitsfähigen ohne feste Arbeit und Einkommen ist, in dem die Wirtschaft des Landes in den Händen von 22 Familien liegt.

Entwicklungshilfe — zur Öffnung neuer Märkte

Nicht zuletzt an diesen Beispielen zeigt sich die neokolonialistische Politik der Bundesregierung, die sie im Auftrag der westdeutschen Monopole und Banken führt. Praktisch ist diese sogenannte Bonner Entwicklungshilfe nichts anderes als ein Teil des strategischen Gesamtkonzepts des westdeutschen Imperialismus, das faktisch in den Versuch mündet, Entwicklungsländer zu zwingen, ihre nationale Unabhängigkeit aufzugeben, ihre Märkte zu öffnen, der Bundesrepublik Arbeitskräfte und Rohstoffe zur Verfügung zu stellen und ein unkontrolliertes Wirtschaften der Monopole zu dulden.

Praktisch gibt die Bundesregierung ihre staatliche Hilfe nur solchen Entwicklungsländern, die unmittelbar der Eroberung neuer Märkte und Rohstoffquellen für die westdeutschen Konzerne dienen. Ein besonderer Schwerpunkt für das Jahr 1980 ist dabei der arabische Raum, in den die Bundesregierung von ihren für das Jahr vorgesehenen 3,4 Milliarden „Entwicklungshilfe" 789 Millionen gehen läßt, darunter 250 Millionen an Ägypten und 100 Millionen an Syrien. Wobei allein Ägypten mit 933 Millionen Mark an Bonn verschuldet ist.

Über diese beiden Länder hinaus sollen 1980 weitere Entwicklungsgelder in den arabischen Raum fließen. Und zwar an den Jemen (AR) 25 Millionen (Schulden 162 Mio.), Marokko 75 Millionen (Schulden 557 Mio.), Mauretanien 14 Millionen, Sudan 105 Millionen (Schulden 239 Mio.), Tunesien 150 Millionen über mehrere Jahre (Schulden 581 Mio.), Jordanien 70 Millionen (Schulden 284 Mio.). Für Israel, den Polizisten des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus im arabischen Raum, ist bei einem Schuldenstand von 1 692 Millionen eine weitere Kapitalhilfe von 140 Millionen eingeplant. An die 6 Milliarden Mark mußte der westdeutsche Steuerzahler bisher für die Ausrüstung des zionistischen Unterdrückers der arabischen Völker, des palästinensischen Volkes berappen.

Zu diesen Kapitalinvestitionen des westdeutschen Staates im arabischen Raum, kommen die Investitionen deutscher Firmen, die zum Beispiel im Iran 528, in Ägypten 169, in Saudi-Arabien 40, in Tunesien 57 Millionen Mark betragen. Diese Investitionen und die gleichzeitige Sicherung des Ölstroms, der beispielsweise im Januar/Februar 1980 aus Saudi-Arabien 16,8%, aus Libyen 16,3%, aus dem Iran 15,1%, aus Algerien 7,7%, aus den Arabischen Emiraten 6,5% betrug, sind eines der Hauptanliegen des westdeutschen Imperialismus, der Bundesregierung. Deshalb die Worte des CDU-Vorsitzenden von Hessen, Alfred Dregger: **„Notfalls müssen deutsche Soldaten den Öl-Golf schützen. Wir Deutsche können uns nicht unter Berufung auf Hitler der Pflicht entziehen, einen Beitrag zur Abwehr der globalen Bedrohung zu leisten."**

Das meinen auch die US-Imperialisten. So forderte US-Kriegsminister Harold Brown vor dem Streitkräfte-Ausschuß des Senats von der Bundesrepublik Mithilfe beim Transport von Truppen, falls im Nahen und Mittleren Osten ein militärischer Einsatz zur Sicherung der Ölfelder erforderlich werden sollte. Zur Begründung der amerikanischen Wünsche wies er darauf hin, daß die USA nicht sicher sein könnten, allein einen sowjetischen Vorstoß zum Persischen Golf abzuwehren. **Dafür gibt es in Washington Pläne, wonach Teile der westdeutschen Ostseeflotte Kurs auf das Mittelmeer nehmen sollten,** um der 6. US-Flotte Raum für den Einsatz am Golf zu verschaffen. Nach den Plänen des Pentagon wären die Franzosen für Afrika oder Irak zuständig, **die Deutschen würden sich bei der Hilfe für die Türkei und Pakistan engagieren,** die Briten Landebasen bereitstellen und die anderen Verbündeten Zugangswege offenhalten.


Das türkische Terrorregime bekommt Militärhilfe aus Bonn.

Daß nicht nur der Scharfmacher Dregger solchen Plänen zugetan ist, sondern auch der Herr Schmidt, beweisen seine Ausführungen vor hohen Generälen der Bundeswehr, denen er gerade die Notwendigkeit des engen Zusammengehens der Bundesrepublik Deutschland mit den Vereinigten Staaten verdeutlichte. Der Kanzler erklärte ausdrücklich, **Amerika sei eine junge, dynamisch Nation, und daher könnten die Vereinigten Staaten „noch gut um weitere einhundert Jahre die Führungsrolle in dieser Welt" übernehmen. Eine Vorstellung, die angesichts der zahllosen Aggressionen und grausamen Verbrechen des USA-Imperialismus jeden Demokraten, jeden fortschrittlichen Menschen — nicht so Schmidt-Schnauze — zutiefst erschrecken muß.**

In einer Rede vor dem SPD-Parteirat beschwor Schmidt seine Genossen, jede Kritik an den USA zu unterlassen und öffentlich die volle Solidarität mit ihnen zu bekunden. Im Gegensatz zu SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky, der auf eine diesbezügliche Frage erklärte, er halte nichts von solchen Kraftakten, warb Schmidt vor allem nach der fehlgeschlagenen Aggression, dem Kraftakt Carters in Iran, um Verständnis für dessen Haltung. Wenn es hart auf hart komme, gebe es auch für die Bundesrepublik keinen Ausweg. **Man fragt sich, was unterscheidet diesen Mann denn überhaupt noch von dem Revanchisten Strauß,** der die Haltung des amerikanischen Präsidenten Carter in der Iran-Krise verteidigte und ihm ein „Höchstmaß an Geduld" bescheinigte?

Was seine Haltung zur Frage des Iran und der diesbezüglichen Haltung der amerikanischen Supermacht betrifft, nichts. Hier vertreten sie, der Strauß wie der Schmidt, die gleichen imperialistischen Interessen. Denn es war ja nicht nur die amerikanische Supermacht, die durch die antiimperialistische Revolution im Iran eine empfindliche Niederlage erlitt. Bekannt sind auch die herzlichen Beziehungen des persischen Schahs, dieses brutalen Unterdrückers des iranischen Volkes, zur Bundesregierung, die enge Zusammenarbeit des BND, des Verfassungsschutzes mit den Folterknechten des SAVAK. **So war denn der Sturz des Schahs, die Befreiung des iranischen Volkes vom Joch des USA-Imperialismus gleichzeitig eine Befreiung von der Ausplünderung durch die westdeutschen Monopole, eine Niederlage Bonns.**

Im nächsten „Roten Morgen": Die Politik der Bundesregierung in Nahost und in Afrika, die Pläne der westdeutschen Imperialisten.

Im folgenden veröffentlicht der RM einen Bericht, den die Genossen der Bayer-Zelle in Leverkusen an die Zentrale gesandt haben. Sie haben darin in anschaulicher Weise ihre Erfahrungen mit einem von der Zelle selbst erarbeiteten Schulungskurs niedergelegt. Sicher werden auch andere Zellen darin Anregungen für die eigene Arbeit finden. Den Abdruck dieses Berichts möchten wir mit der Aufforderung an alle Genossen und Parteiorganisationen verbinden, auch über ihre Arbeit (natürlich nicht nur auf dem Schulungssektor) zu berichten.

Aus dem Leben der Partei

Betriebszelle Bayer /Leverkusen

Bericht über unsere Zellenschulung

Die Analyse des IV. Parteitags über die Schulungsarbeit traf hundertprozentig auf unsere Zelle zu: „große und schwerwiegende Versäumnisse". Es gab damals eigentlich nur zwei Anlässe, zum Beispiel mal zu einem Klassiker-Text zu greifen. Einmal, wenn ein Genosse zu einem der seltenen Grundschulungstermine gehen „mußte" („mußte" ist schon das richtige Wort, denn es war nicht immer viel Freiwilligkeit dabei). Der andere Anlaß war, wenn wir bei der Diskussion einer politischen Frage nicht mehr weiterkamen, aber wirklich nur, wenn es absolut nicht mehr anders ging.

Mit diesem Zustand waren alle Genossen unzufrieden. Vor allem die Genossen, die erst kurze Zeit in der Partei waren, wollten einfach mehr über den Marxismus-Leninismus und die kommunistische Bewegung wissen, als die Diskussion aktueller Fragen bieten konnte.

Bei der Diskussion unseres Arbeitsplanes für 1979 wurde dann beschlossen, daß die Zelle mit einer regelmäßigen Schulung anfängt, die unabhängig von der Grundschulung und der damals bereits angekündigten Parteischulung laufen sollte.

Der erste Text stand sofort fest: es war die „Geschichte der KPdSU(B) — Kurzer Lehrgang". Die Gründe für diesen Text waren: Er enthält eine Vielzahl von Grundlagen des Marxismus-Leninismus und das nicht in einer abstrakten Darstellung, sondern im Rahmen des Klassenkampfes. Außerdem ist er sehr klar und leicht verständlich geschrieben, so daß auch die Genossen, die sich mit dem Lesen etwas schwerer tun, gut durchkommen. Es gab für uns noch mehr Gründe, aber das sind die wichtigsten.

Neu war für uns die Methode der Schulung. Es sollte überwiegend Selbstschulung sein, was sich vom Text her ja auch anbietet. Dadurch mußten keine zusätzlichen Schulungstermine gemacht werden. Um nun den Gang der Schulung von der Zelle aus verfolgen zu können, wurde festgelegt, daß monatlich ein Kapitel durchgenommen wird und zwar in der Form, daß jeder Genosse den Text gelesen haben mußte und dann auf einer normalen Zellensitzung gleich zu Beginn etwa ein halbe Stunde über das Kapitel gesprochen wird. Das hatte seinen guten Grund. Wenn man die Schulung ans Ende einer Sitzung legt, fällt sie entweder aus Zeitmangel aus oder die Konzentration ist nicht mehr da.

Eine halbe Stunde Dauer ist natürlich zur Diskussion aller wichtigen Punkte und Fragen eines Kapitels oder gar zur Klärung von Widersprüchen viel zu wenig. Aber das nahmen wir von vorneherein in Kauf, weil es ja nicht Ziel dieser Schulung war, ein Problem möglichst gründlich zu klären. Weil das von Anfang an klar war, war auch kein Genosse später enttäuscht oder verärgert, wenn die Diskussion abgebrochen wurde, ohne daß seine Fragen alle geklärt waren. Mit zwei Ausnahmen wurde diese halbe Stunde auch eingehalten.

Zur Unterstützung der Schulung wurden Fragen aufgeschrieben, die jeder Genosse ein bis zwei Wochen vor der Diskussion des jeweiligen Kapitels bekommen sollte. Auf der Sitzung wurde dann reihum von jedem Genossen eine Frage beantwortet. Das bot die Gewähr, daß das Kapitel wirklich gelesen wurde, und es erleichterte den Einstieg in die Diskussion.

Einige Fragen zur „Geschichte der KPdSU(B)"

- **Wie sieht Lenin das Verhältnis der marxistischen Partei zur bürgerlichen Revolution?**
- **Was verbirgt sich für uns hinter dem Begriff „Vaterlandsverteidigung"?**
- **Folgen der Niederlage der Revolution für die Partei?**
- **Was ist Dialektischer Materialismus?**
- **Wie war die Klassenstruktur nach der Zerschlagung der Ausbeuterklassen (1936) — vgl. mit Maos Thesen?**

Pro Kapitel waren das nicht mehr als vier bis fünf Fragen, die auf einen Zettel geschrieben wurden, mit jeweils einigen Zeilen Abstand zwischen jeder Frage, damit sich jeder Genosse Stichworte und Bemerkungen dazuschreiben konnte. Solche Zettel können natürlich dazu verleiten, daß man im Kapitel nur die Stellen liest, die man zur Beantwortung der Fragen braucht. Das ist bei uns aber nicht oft vorgekommen, und wenn es mal passiert ist, ist es ja auch kein Beinbruch.

Andererseits fordert so ein Zettel geradezu heraus, sich Stichworte und Fragen aufzuschreiben oder sich sogar einen Konspekt zu machen, und er läßt auf der Rückseite viel Platz für Notizen, die sich aus der Diskussion ergeben. Für spätere Schulungen und Diskussionen hat man dann schon wertvolle Unterlagen. Je nach Wunsch kann man sich diese Zettel abheften oder aber ins Buch beim jeweiligen Kapitel einlegen.

Fragen etwa in der Art: „Welche Beschlüsse faßte der XV. Parteitag", die ein reines Auswendiglernen erforderten, haben sich als ziemlich überflüssig herausgestellt. Wenn man das wissen will, muß man halt nachblättern.

Sinnvoll waren dagegen Fragen nach sehr wichtigen theoretischen und politischen Problemen, deren Kenntnis zum Grundwissen des Kommunisten gehört oder die einen direkten Bezug zu unseren eigenen anstehenden Fragen hatten.

Die Fragenzettel wurden übrigens am Anfang vom Zellenleiter geschrieben, bei späteren Kapiteln auch von anderen Genossen, die sich damit freiwillig in die Pflicht nehmen wollten, den Text gründlich durchzuarbeiten.

Pünktlich nach zwölf Monaten (für zwölf Kapitel) waren wir mit dem Text durch. Dabei wurden einmal die Kapitel X und XI zusammengefaßt, weil wir in der Urlaubszeit in Verzug gekommen waren. Alle Genossen waren mit der Schulung zufrieden.

Inzwischen haben wir mit dem nächsten Text begonnen, mit Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Dieser Text stellt schon mehr Anforderungen an jeden Genossen, wir haben ihn gewählt, weil einmal zu diesem Thema eine ganze Reihe von Fragen offen waren und wir uns gleichzeitig damit Grundlagen über unseren Betrieb erarbeiten wollen.

Deshalb haben wir auch die Schulungsmethode geändert. Nach wie vor gilt, daß der Text von jedem Genossen zu Hause gelesen wird und monatlich ein Kapitel auf einer Zellensitzung besprochen wird. Neu ist jedoch, daß wir versuchen, die Analysen, die Lenin gemacht hat, mit Zahlen und Unterlagen nachzuvollziehen, die unseren Betrieb betreffen.

Etwa zum ersten Kapitel, „Konzentration der Produktion und Monopole", wurden ein paar Zahlen zusammengestellt über die Konzentration in der Chemieindustrie und die Position von Bayer darin. Das bedeutet natürlich für den Genossen, der das jeweils vorbereitet, ein paar Stunden Arbeit, aber da unser Archiv in Schuß ist und sich auch in der Stadt- und Werksbibliothek Unterlagen finden lassen, geht es zu machen.

Bei anderen Kapiteln, etwa „Finanzkapital und Finanzoligarchie", würden wir uns mit aktuellen Zahlen schwer tun, in solchen Fällen begnügen wir uns halt mit den Zahlen von Lenin. Denn wir wollen aus dem ganzen ja keine Forschungsarbeit machen. Das Ziel unserer Schulung bleibt nach wie vor, uns Grundlagen des Marxismus-Leninismus anzueignen und damit Probleme aus unserer praktischen Arbeit zu lösen.

Einige Beispiele für die „Imperialismus"-Schulung

Konzentration der Produktion ist stärker als Konzentration der Arbeiter:

1977	Umsatz	gesamt	Beschäftigte in der Produktion
Chemie-Ind. BRD (1 224 Unternehmen)	85,5 Mrd. DM	547 000	350 000 (geschätzt)
Bayer AG	9,9 Mrd. DM 11,6 %)	63 100 (11,5 %)	20 000 (5,7 %)

Bankbesitz an Bayer-Grundkapital 360 Mio. Mark (= 17 %) 1.8.77
Invest -Besitz an Bayer-Grundkapital 250 Mio. Mark (= 12 %) 1.8.77

Auf der Hauptversammlung '74 waren über 40 % der anwesenden Stimmen durch Deutsche Bank und Commberzbank vertreten, weitere 38% von anderen Banken.

Bayer-Besitz an Banken und Versicherungen

a) Bayer Finance S.A. Luxemburg	4,5 Mio. Dollar zu 99,9%
Bayer Intern. Finance N.V. Nied. Antillen	140,0 Mio. Dollar zu 100,0%
Pallas-Versicherungen	5,0 Mio. DM zu 100,0%
weitere Beteiligungen unbekannter Höhe vorhanden	
b) über DEGEF-Fonds:	
Aktienbesitz an Dt. Bank	2,4 Mio. Mark
Aktienbesitz an Comm. Bank	1,8 Mio. Mark
Festverzinsliche und Wandelanleihen von 19 Bank- und Kreditinstituten	35,5 Mio. Mark
c) über Pensionskasse	
Rhein. Hypo Bank Mannheim	20,0 Mio. Mark

„Eigenfinanzierung" zum Beispiel auch über Pensionskasse (Vermögen '78: 2 Mrd. Mark) und DEGEF-Fonds (Vermögen '78: 70 Mio. Mark).

Zweigstelle der LZB Op '77 speziell für Bayer ausgebaut (Abwicklung zum Beispiel der Dividendenausschüttung über dieses Institut)

Parteilehrjahr

Im Rahmen des Parteilehrjahres werden in Kürze die Schulungen zum zweiten Thema „Das Parlament — eine Arena des Klassenkampfes" beginnen. Die Schulung beschäftigt sich diesmal mit der Notwendigkeit der Beteiligung der kommunistischen Parteien an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament. Zur Erinnerung sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß die Teilnahme an den Schulungen für alle Parteigenossen verbindlich ist. Im einzelnen beschäftigt sich die Schulung mit den folgenden Aspekten des Themas:

- **Das allgemeine Wahlrecht und seine verschiedenen Formen in den kapitalistischen Ländern**
- **Bürgerlicher Parlamentarismus und Wahlen**
- **Ist der Parlamentarismus politisch erledigt?**
- **Über die Arbeit einer kommunistischen Parlamentsfraktion**
- **Der Wahlkampf der kommunistischen Parteien**
- **Über den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie**

An den Schulungen kann jeder Parteigenosse teilnehmen. Besondere Voraussetzungen sind für die Teilnahme an der Schulung nicht erforderlich. Aber wer sich schon jetzt näher mit dem Thema beschäftigen will, dem seien die folgenden Texte zum Studium empfohlen:

W.I. Lenin: Der „linke" Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Kapitel VII: Soll man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen, Kapitel IX: Der „linke" Kommunismus in England (in: Werke Bd. 31, S. 41 bis 52 und S. 64 bis 76. Außerdem in: W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Bd. 3, S. 426 bis 435 und S. 446 bis 458), sowie die Seiten 85 und 86 im Band 31 der Werke bzw. im Band 3 der Ausgewählten Werke die Seiten 466 und 467.

W.I. Lenin: „Kommunismus", in: Werke, Bd. 31, S. 153 bis 155

W.I. Lenin: II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Rede über den Parlamentarismus, in: Werke, Bd. 31, S. 241 bis 245

W.I. Lenin: Brief an die österreichischen Kommunisten, in: Werke, Bd. 31, S. 256 bis 258

Ernst Aust: Referat auf dem IV. — erweiterten — Plenum des Zentralkomitees der KPD/ML im August 1979, in: Der Kommunist, Nr. 2/79, S. 1 bis 12.

Ein Teilnehmer berichtet: Zeltlager der Roten Garde an der niederländischen Nordseeküste

„Die internationale Solidarität ist unsere Waffe!"

Filme über Hafenarbeiterstreik und Krönungsbrimborium

„Lange nach Mitternacht, nach drei Stunden Fußmarsch kam der letzte am 1.-Mai-Zeltlager an", so beginnt der ausführliche Bericht eines Genossen der Roten Garde, der an einem Zeltlager der Roten Garde an der niederländischen Nordseeküste vom 1. bis 4. Mai teilgenommen hatte. Genossen und Freunde aus ganz Nordrhein-Westfalen waren dabei. Organisiert hatte das Lager die Bezirksleitung Ruhrgebiet. Im folgenden bringen wir den leicht gekürzten Bericht des Genossen. Wichtig zu erwähnen, daß das Jugendlager internationalen Charakter hatte, sozusagen eine kleine Vorwegnahme auf das IV. Internationale Jugendlager in Thiergarten bei Trier im Sommer dieses Jahres. Kommunisten aus Surinam und den Niederlanden, Freunde des Cine-Clubs aus Amsterdam sowie türkische Genossen aus dem Ruhrgebiet nahmen an dem Lager teil.



Ohne Klampfe und Gesang wäre so ein Zeltlager nur eine halbe Sache.



Bei fast immer sonnigem Wetter und ausgezeichneter Küche verlebten über 70 Lagerteilnehmer vier tolle Tage.

Am 1. Mai morgens waren wir natürlich alle auf den DGB-Demonstrationen. Strahlender Sonnenschein, viele kämpferische Transparente, Parolen, gemeinsame Lieder und viel mehr Kollegen als im letzten Jahr ließen den Tag schon gut beginnen. Wenn die Gewerkschaftsjugend im Anschluß an die 1.-Mai-Demo noch irgendwas losmachte, waren wir natürlich auch dabei.

Aber dann ging es los, das Auto war schon am Vortag gepackt worden, Ausweis parat und ab nach Holland. Nach drei bis vier Stunden Fahrt (manche auch länger, die fuhren so halbwegs über Hamburg) kamen wir an. Ein Voraustrupp hatte schon das Großzelt und das Küchenzelt aufgebaut, nur die beiden Gästezelte standen noch nicht, weil der Zeltverleih falsche Kupplungsstücke geliefert hatte, und die mußten jetzt erst einmal passend gedreht, gesägt und geschnitzt werden. Eine Sauarbeit, wenn die Sonne lacht und das Meer lockt!

Aber der Fahnenmast stand schon 10 Meter über Normal-Null. Als die Ersten kamen, wehte unsere rote Fahne; bunte Wimpel und Lichterketten sorgten für ein eindrucksvolles Bild. Als dann noch unsere 25 Schlafzelte im Rund aufgebaut waren, blieb manch ein Spaziergänger staunend stehen; unser schönes Zeltdorf war Tagesgespräch. Von den Grills stieg ein angenehmer Duft in die Nase: Koteletts, Rippchen und Wurst bruzzelten vor sich hin. 22.30 Uhr, endlich war es dunkel, und die Spätvorstellung der „Roten Leinwand" begann: Ein Kurzfilm über die Arbeit einer IG-Chemie-Jugendgruppe berichtet vom Kampf der Gewerkschaftsjugend um eine verbesserte Ausbildung und die Übernahme aller Azubis nach der Lehre.



Die Fußballmannschaft der Roten Garde Ruhrgebiet

Der Hauptfilm, „Das Lied der Matrosen", ließ keinen mehr frieren. Trotz nur 10 Grad über Null spürte man die Hitze der Kohlefeuerung der Schiffsmaschinen, die die Roten Matrosen löschten und so das Endes des 1. Weltkriegs in Deutschland beschleunigten. Die Revolution begann!

Auch wenn der Kapitalismus noch nicht gestürzt werden konnte, weil rosarote Spitzenfunktionäre den Kampf der Deutschen Arbeiter und Matrosen verrieten, so zeigte der Film doch klar, wo der Weg der Zukunft lang geht: 1919 wird die KPD gegründet, unsere Partei, an deren Seite wir heute kämpfen!

Beim Abendessen (Spaghetti Bolognese, Bohnensalat und Schokoladenpudding) tauchten mit einem Mal dunkle Gesichter im Zelteingang auf, LOSON, die Massenorganisation der Surinamesen in Holland, war da. Etwas Verlegenheit auf beiden Seiten, noch kannte man sich nicht so richtig. Erst einmal beschnüffeln.

Es wurde spannend, die Trommeln wurden aufgebaut, Gitarren ausgepackt, die rote Fahne mit dem gelben Stern der LOSON wurde aufgehängt, herzliche Begrüßung, und schon ging einem der südamerikanische Rhythmus unter die Haut. Das Eis war gebrochen.

Die sechs Mitglieder der REDI DRON (Rote Trommel) rissen alle mit, das Lied einer surinamesischen Mutter an ihr Kind, daß sie Surinam verlassen müssen, weil sie sonst verhungern würden; das Lied über Papa Anton de Kom, den ersten Kommunisten in Surinam, der 1930 von Holland nach Surinam ging, um dort den Kampf für den Zusammenschluß des Volkes zu organisieren, der dann, nach Holland ausgewiesen, im KZ Auschwitz ermordet wurde. La poeblo armada d'Elsalvador triumphera, triumphera! Da hielt es keinen mehr auf dem Platz, alles klatschte mit, sang mit. Gemeinsame Internationale, Hoch die Internationale Solidarität! Hoch die Internationale Solidarität!

Schwer fiel das Wachwerden, erst recht das Aufstehen. Aber nach dem Frühstück war die Welt wieder in Ordnung. Dann war Versammlung, Rotgardisten berichten über ihre Arbeit, über ihren Kampf in Betrieb und Gewerkschaft, vom 1. Mai.

Mittags 30 Liter Serbische Bohnensuppe, und einige waren immer noch nicht satt, der Koch raufte sich die Haare. Trotzdem, es gab immer mehr als genug Freiwillige für den Küchendienst; wurde eine Hand mehr gebraucht, schon war man zur Stelle. Vorbereitungen für den Abend, Zeltschnüre nachziehen, Papier aufsammeln, Müll wegbringen, Einkaufen, kein Problem:

In der Roten Garde herrscht Solidarität, Hilfsbereitschaft, Kameradschaft: einer für alle, alle für einen, das macht uns stark! Das haben auch unsere Freunde gespürt, sie waren sehr beeindruckt, die Rote Garde ist kein schlaffer Haufen, da ist was los, die wissen, was sie wollen, da fühlt man sich wohl. Das erste Ergebnis: Fünf Freunde der Roten Garde Oberhausen fahren mit nach Thiergarten, zum IV. Internationalen Jugendlager.

Mit den Genossen der LOSON waren auch die Freunde des Cine-Clubs aus Amsterdam gekommen. Und am Samstagabend zeigten sie eine Tonbildschau über den Streik der Hafenarbeiter in Rotterdam 1979.

Das war beeindruckend: Der erste Streik seit 29 Jahren, entschlossen gegen die Hafenbosse, gegen die Verräter in den eigenen Reihen, und wenn es nicht anders geht, dann wird auch mal das Gewerkschaftsbüro besetzt. Und überall das gleiche: das Gezeter der „armen" Kapitalisten, die Beschwörungen der „neutralen" Regierung, das Gehetze der „überparteilichen" Presse.

Wir waren uns einig: Das Kapital ist international organisiert, wie die Mafia. Uns international zusammenschließen, das müssen auch wir tun. Wir müssen Erfahrungen austauschen, die internationale Solidarität ist unsere Waffe! Das IV. Internationale Jugendlager ist ein wichtiger Schritt zum Zusammenschluß der antifaschistischen, antiimperialistischen und demokratischen Kräfte der Jugend in Europa und der Welt.

Dann, ganz aktuell: Dias vom 30. April, Beatrix wird Königin. Die Kraaker kämpfen, keine Wohnung — keine Krönung! Demokraten und Republikaner, gemeinsam gegen die Monarchie, insgesamt über 25 000. Der niederländische Staat macht mobil, 6 000 Polizisten und Soldaten; Wasserwerfer und Panzer sind aufgeboten, damit die orangene Fahne fleckenfrei bleibt. Es nützt nichts: Rote Farbbeutel verzieren die Staatskarossen, schwarzer Rauch stört die heile Welt der Monarchie, verdirbt den gekrönten und ungekrönten Herrschern der Welt (hoffentlich) den Appetit auf das 100 000-Gulden-Buffett.

Sonntag, klar, daß der Himmel lacht und die Sonne wieder scheint, Frühschoppen, Sonne tanken am Strand, zu nah ist der Aufbruch, der Abschied. Vor dem Mittagessen versammeln wir uns unter der Roten Fahne.

Grußworte und beste Wünsche für den gemeinsamen Kampf, Gedenkminute — heute ist nationaler Trauertag für die Opfer des Hitlerfaschismus — morgen, am 5.5., wurde vor 35 Jahren Holland befreit; gemeinsam singen wir das Moorsoldatenlied. Hoch die internationale Solidarität! Brüderliche Umarmung, wir sind eine Klasse, wir haben einen gemeinsamen Feind. Lange wird gewunken, die Fäuste geballt. Wir sehen uns wieder, in Thiergarten, zum IVten!

K.K.



Auch das gehört dazu: Zu zweit allein in den Dünen.

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager!

Vom 19. Juli bis 3. August findet in Thiergarten (Hunsrück), 25 Kilometer südöstlich von Trier das IV. Internationale Jugendlager statt. Unter den Losungen: *„Wir fordern das Recht auf Bildung und Arbeit", „Wir fordern das Recht auf ein Leben in Freiheit und Demokratie", „Für Frieden und Völkerfreundschaft"* und *„Hoch die internationale Solidarität"* rufen zahlreiche Jugendverbände aus aller Welt zur Teilnahme auf. **Der Jugendverband der KPD/ML, die Rote Garde, ist aktiv an den Vorbereitungen beteiligt.**

Für jeden, der sich bis zum 1. Juli 1980 anmeldet, beträgt die Teilnahmegebühr nur 180 Mark, danach 200 Mark. Kinder (vier bis zwölf Jahre) zahlen den halben Preis!

Anmeldungen an den Vorbereitungsausschuß: Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg-Marxloh.

Gebühr einzahlen auf das Konto: Klaus Kühl, Postscheckamt Essen, Nr. 208982-439.

Achtung! Einlieferungsschein der Zahlkarte dient als Eintrittskarte!

Das Lied der Frauen bei Foto-Heinze

Ein Lied — im Kampf entstanden

Wie Kultur von Arbeitern im Kampf entsteht, dafür bietet das Lied der Frauen bei Foto-Heinze ein gutes Beispiel. Die Dokumentation dieses Vorgangs gehört zu den eindrucksvollsten Beiträgen in der neuen „linkskurve". Der Beitrag ist von drei der betroffenen Frauen selbst verfaßt worden: Christa Becker, Marianne Kaiser und Gisela Kessler.

Erinnern wir uns: Anfang 1979 gingen 29 Frauen, die bei der Firma Heinze-Fotolaborbetriebe in Gelsenkirchen arbeiten, vor das Arbeitsgericht, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu fordern. Vor dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen bekamen sie recht, vom Landesarbeitsgericht Hamm wurde ihre Klage abgeschmettert. Vor dem Bundesarbeitsgericht Kassel wird es nun zu einer neuen Verhandlung kommen, voraussichtlich im Herbst dieses Jahres.

Über die Kampferfahrungen der Heinze-Frauen schreiben die drei Verfasserinnen: „In diesem Kampf, der nun schon länger als ein Jahr dauert, haben die Frauen viel gelernt und an Selbstbewußtsein gewonnen. Das schlägt sich nicht zuletzt in den Liedern nieder, die sie in ihren Auseinandersetzungen begleiten. Natürlich hatten auch diese Frauen zunächst Angst vor der eigenen Courage; Angst vor Schikanen im Betrieb; Angst um ihren Arbeitsplatz; Angst vor ‚dem Prozeß'; Angst vor dem Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Sie haben aber auch immer mehr gespürt: ‚Nur wenn wir viele sind, nur wenn wir Rückenstärkung durch den Betriebsrat, durch unsere Gewerkschaft bekommen — nur wenn wir zusammenstehen, dann haben auch wir auch die Kraft.'"

Und das Lied der Heinze-Frauen entstand so:

„Während der ganzen Zeit bis zum Urteil — das sind immerhin Monate gewesen — wurden sie ständig zu außerbetrieblichen gewerkschaftlichen Zusammenkünften eingeladen, und sie sind auch gekommen. Beim Wochenendlehrgang machten sie abends ihr Lied selbst, nach der Melodie ‚Gewerkschaft steht für alle':

Wir haben ein Recht auf Arbeit
Keiner schiebt uns weg
Wir wollen den gleichen Lohn haben
Keiner schiebt uns weg
Der Heinze wird sich wundern
Keiner schiebt uns weg
Mann und Frau zusammen
Keiner schiebt uns weg
Wir halten fest zusammen
Keiner schiebt uns weg
Wir werden schon gewinnen
Keiner schiebt uns weg."

Am 10. Mai letzten Jahres kam es zur ersten Gerichtsverhandlung vor dem Arbeitsgericht in Gelsenkirchen. 300 Menschen zogen in einem Demonstrationszug vor das Gericht. Und immer wieder wurde das Lied gesungen: „Keiner schiebt uns weg". — In dieser ersten Instanz bekamen die „Heinze-Frauen" recht. „Es war ein Urteil", schreiben die drei Verfasserinnen des Artikels, „das nicht nur dazu führte, daß die Heinze-Kolleginnen nach dem Urteil noch einmal spontan freudestrahlend und singend durch die Einkaufsstraße zogen ‚und dabei auf mehr Gegenliebe stießen als Schalke-Fans nach gewonnenem Spiel', sondern das zunehmend Frauen Mut machen wird, auch den Weg vors Gericht nicht zu scheuen. Neu gedichtet wurde die Strophe: ‚*Der Heinze muß bezahlen. Keiner schiebt uns weg*'".

Auch während der Arbeitsgerichtsverhandlung in Gelsenkirchen entstand, draußen vor dem Gerichtssaal, ein neues Lied:

In einer Dunkelkammer
da reifte der Entschluß
daß bei gleicher Arbeit
auch gleich bezahlt sein muß.

Sie setzten sich zusammen
weil so nur wächst die Kraft
die jeden Unternehmer
auch Foto-Heinze schafft.

Die Firma Foto-Heinze
erkennt immer mehr die Kraft
mit der die Frauen und Männer
Ungleichheit zu überwinden schafft

Die Foto-Heinze-Frauen
die stehen nicht allein
ihr Kampf der nützt uns allen
drum reihen wir uns ein.

Zu dem Prozeßtermin beim Landesarbeitsgericht Hamm fuhren von Gelsenkirchen aus zwei Busse mit über 80 Personen. Aus ganz Nordrhein-Westfalen fanden sich Kolleginnen und Kollegen in Hamm ein. Gitarren waren zur Stelle, und selbstverständlich erklang immer wieder das Lied der Frauen bei Foto-Heinze. *„So wie ein Baum beständig steht am Wasser — keiner schiebt uns weg."*

Allerdings schmetterte das Landesgericht die Klage der Frauen ab. „Die Richter standen voll auf der Seite der Arbeitgeber", schreiben die drei Frauen. „Die 29 Kolleginnen des Gelsenkirchener Fotolaborbetriebes hatten in Hamm erfahren müssen, daß recht haben und Recht bekommen, speziell für Arbeitnehmer, ganz besonders für Frauen, zwei sehr verschiedene Dinge sind.

‚Wir gehen jetzt nach Kassel,
keiner schiebt uns weg.
Und wenn's auch lange dauert,
keiner schiebt uns weg...'

Das Transparent ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' sehr fest in der Hand, eingehakt, dicht zusammengedrängt standen sie auf den Stufen des Landesarbeitsgerichts. Und sangen ‚ihr' Lied entschlossen und ernst wie nie, während die Fernsehleute kurbelten. Die IG Druck und Papier hat den Kolleginnen bereits Rechtsschutz für den Weg nach Kassel, vors Bundesarbeitsgericht, zugesagt. Das Lied wird sicher neue Strophen erhalten."

Der Kampf der Heinze-Frauen um Lohngleichheit ist auch in einem rororo-aktuell-Taschenbuch dokumentiert, das im April erschienen ist. Titel: „Wir wollen gleiche Löhne!"



Die Frauen von Foto-Heinze singen ihr Lied.

Zwei Lieder aus dem Michelin-Streik

In der Karlsruher DGB-Jugend-Kulturgruppe „Rotstifte", die seit 1976 unter Anleitung der Künstlerin Eva Maertin arbeitet, stellen Jungarbeiter, Lehrlinge und junge Angestellte die Probleme der Werktätigen in Szenen, Stücken und Bildern dar. In ihrem Theaterstück „Es war einmal ein Reifenkönig" haben sie den spontanen Streik bei Michelin (1978) verarbeitet. Damals protestierten 1 200 Kollegen gegen den Leistungsdruck. Michelin entließ zwei Betriebsräte und drei Vertrauensleute mit dem Vorwurf der „Rädelsführerschaft". Im April dieses Jahres bestätigten die Arbeitsgerichte in Mannheim und Karlsruhe endgültig die Entlassung der Betriebsräte Christ und Grether. — Die beiden nachstehend abgedruckten Streiklieder stammen aus dem Programm der „Rotstifte". In dem in der „Linkskurve" vollständig abgedruckten Interview sagen die „Rotstifte" über ihre Arbeit, ihr Stück und ihre Lieder unter anderm:

„*Thomas:*... Wir hielten es für unsere Aufgabe, auf jeden Fall aufzuzeigen, was sich so ein Multi erlauben kann, wie zum Beispiel Leistungsdruck aussieht, also einen praktischen Beitrag zur Solidaritätsarbeit zu leisten.

***Eva:*... Und die Micheliner waren wahnsinnig interessiert, daß ihre Sache auch möglichst viel verbreitet wird. Sie haben also sehr schnell den Nutzen erkannt, und wir haben uns gegenseitig sehr gut in die Hand gearbeitet.**

***linkskurve:* Ihr habt das Stück von Anfang an zusammen mit den Betriebsräten erarbeitet?**

***Eva:* Ja, sie sind bei den Proben gewesen. Sie konnten sehen, wie sich das entwickelt.**

***Helmut:* Unser Gitarrist ist ja schon während des Streiks rausgefahren und hat dort das Michelin-Lied gemacht. Also der Kontakt war eigentlich von Anfang an da. Und wir haben sie dann vorher eingeladen, weil wir genau wissen wollten, wie es gelaufen ist, wie die Kräfteverhältnisse waren und so weiter."**

Lied der Fragen

Warum sind wir wieder ins Werk marschiert
damals am Montag früh
Warum haben wir einen Streik verlorn
Wer kann denn da was dafür?

Warum gingen manche zum Arbeiten rein
und brachen diesen Streik
Warum ließen sie die Kollegen allein
War ihnen die Lage hier gleich?

Warum sind manche Streiks illegal
obwohl man sich wehren muß
Warum macht man denn Gesetze gegen uns
Wann ist damit endlich Schluß?

Warum war'n die Chemie Kollegen nicht da
aus Karlsruher Werken am Ort
Warum ließen sich nur andere sehn
und halfen der Streikfront fort.

Warum wurden dann noch bei Daimler-Benz
Michelin Reifen montiert
Warum sind die Autos nicht vom Band
ohne Reifen heruntermarschiert?

Warum gab es denn keine Streikleitung hier
und keine Soforthilfekass
Warum stand jeder auf sich allein gestellt
ohne alles auf der Straß?

Warum legte man denn die IG Chemie
hier in Karlsruh' so rein
Warum seifte Vitt die Kollegen dann
mit Schauermärchen so ein?

Text: Klaus C.
Melodie: Wiener Schmetterlinge
Entstanden am 25.9.78

Michelin-Lied

Seit langer Zeit denkt Michelin schon voller Hinterlist
Das Arbeitstempo hier in Karlsruh viel zu nieder ist
Drum zwingen wir den Stopper mal zur Manipulation
Der fälscht gestoppte Zeiten, dann klappt die Sache schon

Refrain:
Jetzt ist Schluß, jetzt ist Schluß, weil es so nicht weitergeht
Gegen Rausschmiß, Arbeitshetze hilft nur Solidarität
Denn ganz klar, eins ist wahr, uns platzt mal das Ventil
Wenn der Arbeiter es will, dann stehen alle Reifen still!

Bei 'nem Kollegen denkt euch nur welch Riesensauerei
stoppt man wenn er mal Pause macht und wenn sie dann vorbei.
Weils Michelin zu lange geht kriegt er nen schönen Schrieb
„Sie müssen gehn, es tut uns leid" ihr kennt das alte Lied. Jetzt...

Bei jedem Auto wie ihr wißt die Reifen wichtig sind
Doch halten sie nicht allzulang, das weiß doch jedes Kind.
Darum flutscht auch bei Michelin die Reifenproduktion
Doch die Kollegen haben nur den Leistungsdruck davon. Jetzt...

Bei Nachtschicht wird im Augenblick noch Zulage geblecht
Doch Michelin, wie konnts sonst sein, sagt: „Das ist furchtbar schlecht"
Drum kombiniert der Schittenhelm in seinem Kopf dem schlaun
„Die Zulagen die werden wir ganz klammheimlich abbaun." Jetzt...

Und weil noch nicht genug an Überstunden sind geschruppt
Der Schittenhelm sich wieder mal als schlauer Mann entpuppt.
Drum will er auch am Samstag, Sonntag Zusatzschichten führn
Doch die Kollegen stehn im Streik und kann das gar nicht rühren. Jetzt...

Ins Elsaß ja die fahrn bis jetzt Werkbusse hin und her.
Doch Schittenhelm der sagt jetzt plötzlich: „So geht das nicht mehr!"
„Die Busse werden reduziert, weil sie zu teuer sind!"
Daß die Zufahrtswege länger werden juckt ihn nicht das Rind. Jetzt...

Noch viele Schweinereien hier noch zu erzählen sind
Wenn wir sie all' besingen wolln wir noch lang am Singen sind
Doch die Kollegen schlauer warn, die sagten; jetzt ists aus
Am Dienstag Morgen Punkt zehn Uhr liefen die Wickler raus. Jetzt...

Drauf schlossen sich die anderen Kollegen alle an
Doch Rosenberg der faule Hund der macht sich plötzlich ran
„Den müßt ihr selbst bezahlen, den Produktionsausfall
Der Streik ist wild und wie ihr wißt ist das ganz illegal!" Jetzt...

Die ersten Kündigungen ja die hagelte es dann
Man sah Christ, Gretner, Limmacher als Rädelsführer an
Doch die Kollegen sagten fest: „Wir gehn erst wieder rein,
Wenn d' Forderungen durch sind und sie stelln die Entlaßnen ein!" Jetzt...

Auch Strasser und den Pilvin hat man auf die Straß geschubst
Im Elsaß ja da hat man dann die Klinken fein geputzt
Und einzeln die Kollegen zur Arbeit überredet
Doch sinnlos war die Rennerei, die Streikfront ja die steht.

Text: Klaus C. Melodie: Brusler Dorscht
Entstanden im Streiklokal in der Nacht vom 31.8. auf den 1.9.1978

Auf verlorenem Posten



Die Szene hätte aus dem Roman über den braven Soldaten Schweijk stammen können. Oder aus einem absurden Theaterstück. Oder aus einer antimilitaristischen Satire. — Der Vorfall ist aber tatsächlich passiert, und zwar in der letzten Woche im Landkreis Freising an der Amperbrücke im bäuerlichen Inkofen.

Dort stand der Bundeswehrsoldat Othmar P. zwei Tage und zwei Nächte mutterseelenallein bei Wind und Regen und hielt Wache. Er stand auf verlorenem Posten, denn seine Einheit — die 4. Kompanie des Bayreuther Jägerbataillons 102 — hatte den wackeren Vaterlandsverteidiger schlichtweg vergessen und war ohne ihn in die Kasernen zurückgekehrt.

Othmar P. aber hatte Befehl, bis zu seiner Abberufung zu warten, und so stand er nun da. Er rührte sich nicht vom Fleck. Es wurde Abend, es wurde Nacht, es wurde Morgen, und Othmar P. stand noch immer. Der neue Tag verging, und auch, als es wieder dunkel wurde, stellte der Soldat Überlegungen, wie seine mißliche Lage zu ändern sei, nicht an. Das einzige, das ihm durch den Kopf ging, war, wie er später sagte, dies: „Ich hab halt immer gehofft, daß doch mal einer kommt." — Und am Morgen des zweiten Tages stand er noch immer an der Brücke — ein Denkmal des Kadavergehorsams.

Daß der Soldat nicht vor Erschöpfung und Hunger schließlich umfiel und gar den Heldentod auf seinem verlorenen Posten starb, ist einzig und allein der Zivilbevölkerung zu verdanken. Die versorgte nämlich den Soldaten mit Speis und Trank, während dieser verbissen die Brücke bewachte. Am zweiten Morgen endlich wurde sein Anblick den Bauern zu bunt — „jo mei, etz steht der Bua no imma do!" — und sie verständigten die Bundeswehr.

Der Befehl wurde aufgehoben. Zurück bei seiner Einheit, traf den Soldaten keine Schelte. Er wurde auch nicht auf seinen Geisteszustand untersucht. Er wurde ausgezeichnet.

Der Chef der 4. Kompanie des Bayreuther Jägerbataillons sprach vor versammelter und in militärischer Formation angetretener Mannschaft eine „förmliche Anerkennung wegen hervorragender Pflichterfüllung" aus. Und auch aus Bonn kam ein höchstes Lob: Das Kriegsministerium rühmte die „bemerkenswerte Pflichttreue" des Soldaten Othmar P.

So erwies sich der arme Brückensteher am Ende als ein Vorbild, als ein Soldat, wie die Bundeswehr ihn braucht. Mit solchen Brückenheiligen ist die Durchführung selbst der wahnwitzigsten Pläne der Militärs von vorneherein gesichert: Befehlstreu und gedankenarm marschieren sie vor die Schlünde der Kanonen, gleichsam in tiefer Bewußtlosigkeit hinein in die eigene Vernichtung. — Warum eigentlich läßt das Bonner Kriegsministerium nicht an der Amperbrücke, wo der Soldat auf seinem verlorenen Posten ausharrte, ein Denkmal errichten zur Erbauung, Erziehung und Ertüchtigung der wehrpflichtigen Jugend?

SPD-Retusche



„Solidarität" ergaben die Buchstaben auf den Plakaten, die die Personen auf dem Foto in der Wahlkampfbroschüre der SPD trugen. Darüber stand in dicken Lettern „Gemeinsam gegen die Gestrigen." — Doch die Gemeinsamkeit endete rasch — zumindest soweit es das Foto betraf. Denn als der Wahlprospekt schon fertiggestellt war, entdeckten die SPD-Strategen, daß es sich bei den Personen auf dem Photo um die DKP-Betriebsgruppe von Hoesch handelte (Foto rechts). Also wurde die Broschüre „korrigiert". Das Foto wurde mit SPD-genehmen Personen noch einmal nachgestellt und in die alte Broschüre eingefügt (Foto links): „Gemeinsam gegen die Gestrigen".

Verrottung der US-Gesellschaft

In keinem Land so viele Morde

Im Selbstverständnis ihrer Verfechter sind die USA „gods own country" — Gottes eigenes Land. Und sie sind von ihrem „american way of life" so überzeugt, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, ihn den anderen Völkern der Welt schmackhaft zu machen; sie suchen ihn zu exportieren im Gefolge ihres Dollars, ihrer Soldaten, ihrer Kriege. — „Nein danke!" sagen jedoch die Völker, und ihre Ablehnung um so heftiger, je besser sie wissen, was sie erwartet.

Die amerikanische Gesellschaft kann, was ihre Verrottung betrifft, wohl den Spitzenplatz unter allen kapitalistischen Gesellschaften beanspruchen. Einen besonderen Aspekt dieser Gesellschaft aber hat der ehemalige Kriminalreporter John Goodwin jetzt in seinem Buch „Mord in den USA — wie wir uns gegenseitig umbringen" untersucht: Das ungeheure Ausmaß der Gewaltverbrechen.

Nach Goodwin wird in den USA alle 26 Minuten ein Mensch ermordet. In den letzten zehn Jahren hat sich die Mordziffer verdoppelt, in einigen Städten sogar verfünffacht. Die Täter werden dabei im statistischen Durchschnitt immer jünger.

Autor Goodwin sagt, daß ein beträchtlicher Teil des Terrors auf den amerikanischen Straßen heute nicht mehr das Werk der alten Art von eiskalten berechnenden Kriminellen sei, sondern von „verwirrten Jugendlichen". Meistens sind es „hoffnungslose untüchtige junge Menschen, die kaum noch in Verbindung mit der Wirklichkeit stehen". Ihre Gewalttaten sind willkürlich und ziellos, weil die Täter, Ursache und Wirkung einfach nicht miteinander verbinden können.

Was die Verbrechen in US-amerikanischen Schulen betrifft, so gibt es dafür nach Goodwin nirgendwo Parallelen, weder in Industrieländern noch in den Entwicklungsländern. Die USA bleiben die einzige Nation, die eine derartige Quote von Mördern unter den Schulkindern hat.

Die Flut von Gewalttaten führt in den USA zu einer weitverbreiteten Atmosphäre von Bedrohung. Es ist nicht mehr ungewöhnlich, daß Einwohner bestimmter Stadtviertel sich nicht mehr trauen, am Abend einen Spaziergang im Park zu machen oder eine Zeitung am Bahnhof zu kaufen. Welches Ausmaß das Verbrechen in den USA angenommen hat, zeigt ein Vergleich: In England mit einer Bevölkerung von 54 Millionen gibt es weniger Kapitalverbrechen als im New Yorker Stadtteil Manhattan mit ca. 1,7 Millionen Einwohnern.

Bei den genannten Verbrechen sind natürlich die Mordtaten nicht eingerechnet, die die USA außerhalb ihrer Grenzen begehen: sei es durch den Einsatz ihrer Truppen wie in Vietnam, sei es durch die Aktivitäten des CIA, sei es durch Strohmänner wie Pinochet in Chile. Das kapitalistische Regime der Wall-Street-Bosse ist ein Regime des organisierten Mordes, und das Klima des Mordes schlägt zurück und durchdringt und zersetzt auch die Schichten der eigenen Gesellschaft.

Es mußte einmal gesagt werden...



„Ein Panzer, ein U-Boot oder die Concorde sind viel ästhetischer als alle heute zur Verfügung stehenden Kunstwerke von Picasso bis zu meinem Mist."

***Josef Beuys**, grüner Kunstprofessor (zitiert nach: „Süddeutsche Zeitung" vom 19./20. April 1980).*

Karikatur der Woche



„Erst mal'n Tellerwäscherjob kriegen, Mann!"

„Bibelschüler"

Es waren schon merkwürdige „Bibelschüler", die ach so unschuldigen fünf Opfer des Angriffs palästinensischer Freiheitskämpfer in der letzten Woche im israelisch besetzten Hebron in Westjordanien: Nach Agenturberichten hatten sie keine Bibeln, sondern Maschinenpistolen in den Händen, als sie starben. Es war eine bewaffnete Einheit der paramilitärischen „Gush-Eumunim"-Bewegung gewesen, die ein Haus in Hebron besetzt hatte (siehe auch „Roter Morgen", 19/80).

Aber solche Details zählen ja kaum in den offiziellen Medien der Bundesrepublik, die es als ihre Aufgabe ansehen, den Freiheitskampf der Palästinenser zu diskreditieren. Hier werden aus „Bush-Eumunim"-Terroristen religionsfromme Dulder gemacht. — Wie fromm, das zeigt die Vergangenheit eines dieser Männer, der den Namen Eli Hase'ew trug: Der 32jährige war während des Vietnamkrieges als Scharfschütze der US-Armee in Vietnam tätig gewesen; für seine Mordtätigkeit war er mit fünf Ehrenmedaillen ausgezeichnet worden.

Seine Beerdigung feierten die Freunde der „Bibelschüler" dann auch auf ihre Art: Sie plünderten in Hebron arabische Geschäfte, sie drangen in Wohnungen ein und zerschnitten Autoreifen. Sie veranstalteten ein Pogrom.

Tips

Samstag, 17. Mai 22.05 Uhr, Südwest III
Mahagonny. Ein Songspiel nach Texten von Brecht. Musik: Kurt Weill. Das Songspiel, 1927 in Baden-Baden uraufgeführt, bildete die Vorstufe zu der Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" von Kurt Weill und Bert Brecht.

•

Montag, 19. Mai, 20.15 Uhr, Südwest III
Beim Nervenarzt. Von und mit **Karl Valentin und Liesl Karlstadt.**

•

Montag, 19. Mai, 21.20 Uhr, ZDF
Gruppenbild mit Dame. — Film nach dem Roman von Heinrich Böll. Drehbuch: Alexander Petrovic und Jürgen Kolbe.

•

Montag, 19. Mai, 22.55 Uhr, Hessen III
Dornröschens Erlösung. Über Volksmärchen gestern und heute.

•

Mittwoch, 21. Mai, 20.15 Uhr, ARD
Zuhaus unter Fremden. — Fernsehfilm von Renke Korn. Regie: Peter Keglevic. Der Film — es geht um die Liebesgeschichte eine türkischen Mädchens und eines deutschen Jungen — beschäftigt sich mit der Situation ausländischer Arbeiter und Kinder in der Bundesrepublik.

•

Mittwoch, 21. Mai, 22.15 Uhr, Hessen III
Kuriositäten von Karl Valentin. Monologe, Szenen und Couplets. Mit Helga Engel, Gerti Pall u.a. Inszenierung: Karl Friedrich.

•

Donnerstag, 22. Mai, 22.05 Uhr, Südwest III
Die Revolution ist keine Illusion. Bilder und Stimmen aus dem befreiten Nicaragua.

•

Freitag, 23. Mai, 23.00 Uhr, West III
Zweierlei Volksmusik. Das Duo Hellwig und Sänger um Wyhl. Vergleich von kommerzieller und traditioneller Folklore.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/26 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.